

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Zeitpunkt verpaßt

Am 10. September verabschiedete das US-Repräsentantenhaus Leitlinien für den National Defense Authorization Act (NDAA) 2026, den Entwurf für den US-Militärhaushalt. Er sieht Ausgaben in Höhe von mehr als 848 Milliarden US-Dollar vor. Auf der Internetseite des Trump-kritischen Washingtoner „Quincy Instituts für verantwortungsbewußte Staatskunst“ („Responsible Statecraft“) schrieb Militärexperte William Hartung dazu: „Zusammen mit den zusätzlichen Mitteln des sogenannten ‚Big, Beautiful Bill‘ würde dies den Haushalt des Verteidigungsministeriums erstmals auf über eine Billion US-Dollar heben. Inflationbereinigt ist das deutlich mehr als die Höchststände auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges oder des Vietnamkriegs.“ Hartung kritisierte, daß der NDAA „unter dem abgedroschenen Slogan ‚Frieden durch Stärke‘“ vermarktet werde. Die Kriege der USA hätten in den ersten 25 Jahren dieses Jahrhunderts weder Frieden noch Stärke gebracht, aber „mindestens acht Billionen Dollar gekostet, Hunderttausende auf allen Seiten getötet und vertrieben und verheerende Auswirkungen auf Veteranen gehabt, darunter eine große Zahl körperlicher und psychischer Verletzungen“. Der NDAA stellt erneut Mittel für Israels Völkermord bereit, aber auch für Truppenaufstockung an der Grenze zu Mexiko.

Es soll also mit den „endlosen, sinnlosen“ Kriegen, wie sie Donald Trump 2019 genannt hatte, weitergehen. Seit einigen Wochen kreuzt die US-Marine vor der Küste Venezuelas. Als das US-Militär Anfang September einen völkerrechtswidrigen Angriff auf ein kleines ziviles venezolanisches Boot verübte, behauptete Trump, das sei ein erfolgreicher Schlag gegen „Drogenterroristen“ gewesen. Vizepräsident JD Vance reagierte auf Vorwürfe, der Angriff sei ein Kriegsverbrechen, mit den Worten: „Mir ist scheißegal, wie Sie es nennen.“

Diese Attacke und die anderen des vergangenen Sommers haben gelehrt: Wo der US-Imperialismus eine Gelegenheit sieht zuzuschlagen, tut er es. Iran, Gaza, Jemen, Venezuela und Kuba, das noch nicht militärisch, aber propagandistisch und

wirtschaftlich am härtesten angegriffen wird, sind die aktuellen Beispiele. Trump verwandelt nicht nur im Inneren die USA in einen Gangsterstaat, seine internationalen Militäraktionen und erst recht sein Zollkrieg, den er mit Erpressung gegenüber Freund und Feind verbindet, besagen: Da will einer im alten Stil das Faustrecht durchsetzen.

Frieden ist für bürgerliche Politiker generell keine prinzipielle Frage, sondern eine konjunkturelle. Das war stets der Unterschied zu den Führern der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Länder. Es macht die Forderung nach Überwindung des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus heute mehr denn je zu einer Überlebensfrage der Menschheit.

Trumps Bemühungen um Frieden in der Ukraine stellt er selbst in Frage, wenn er Israel für den Völkermord an den Einwohnern von Gaza freie Hand gibt.

Er betrachtet den Nahen Osten, Nord- und Mittelamerika sowie die Karibik als Regionen, in denen er jede menschliche Regel zertrampeln darf. Die Zeiten der „einzigen Weltmacht“ nach dem Ende der Sowjetunion sind aber vorbei. Die USA und ihre Auftragspolitiker etwa in Westeuropa, die sogenannten Transatlantiker, haben die Rechnung ohne die Volksrepublik China gemacht. Wahrscheinlich haben sie den Zeitpunkt verpaßt, an dem sie deren Aufstieg hätten aufhalten können.

Das läßt sich aus der Tagung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) in Tianjin, aber auch aus den „atemberaubenden“ (New York Times) neuen Waffen schließen, die China am 3. September bei der Militärparade zum 80. Jahrestag des Sieges über Japan und den Faschismus in Peking zeigte. Der Westen versuchte, beide Ereignisse zu ignorieren oder reagierte mit Herablassung. An der Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt ändert die alte Herrenvolkperspektive aber nichts. Diese Veränderungen zugunsten der bevölkerungsreichsten Länder wie Indien, China, Indonesien oder Brasilien und des sogenannten globalen Südens insgesamt lassen hoffen, daß ein Weltkrieg verhindert

werden kann, daß die Zahl der Regionen, in denen die USA Mord und Totschlag ungestraft verbreiten können, kleiner wird. Innerhalb der BRICS-Staaten oder der SOZ existieren enorme Widersprüche, Trump tut im Moment aber unfreiwillig alles für deren friedliche Überwindung. Auch ein Militäretat von mehr als einer Billion Dollar wird ihm nicht helfen, das Rad zurückzudrehen. Die Summe besagt allein, in welcher Gefahr die Menschheit ist.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Unterwegs zur uniformierten Gesellschaft?	2
Frieden oder Eskalation im Ukraine-Konflikt?	4
Wofür die BRICS-Staaten und die SCO kämpfen	7
EU – um die Ecke gedacht	8
Geschichtspolitik als Kriegsstrategie	9
Patriotische Realisten	10
Drohnen, KI und das Märchen vom „sauberen Krieg“	11
„Zivilklauseln“ und was dahinter steckt	12
Die Ostsee als Schauplatz eines unerklärten hybriden Krieges	14
Kanzler Merz, der Kalte Krieger	15
Vernunft, Kriegshysterie und der Osten	17
KPF: Programmatische Erfordernisse im Kampf um den Weltfrieden	18
Pflichtjahr für Rentner?	19
Aufrüstung und Kriegsvorbereitung stoppen	20
Zur Geschichte Palästinas	22
Konflikt zwischen den USA und Venezuela spitzt sich zu	23
Zölle und die multipolare Welt	24
Chinas Gegen-Entwurf	26
1954: Das Staatliche DDR-Volkskunstensemble reist nach China	27
Die Arrest-Gesellschaft	28
Vor 100 Jahren wurde Heinrich Hannover geboren	29
Ein Verlag, der uns die Sowjetunion näherbringt (RF-Archiv)	30
1938/39 – die UdSSR in Gefahr	32
Slowenen im spanischen Bürgerkrieg	34

Unterwegs zur uniformierten Gesellschaft?

Es scheint, daß im Gemäuer der bisher so erfolgreichen kriegstüchtigen Propagandafront deutliche Risse auftreten – gegen eine Propaganda, die sich alle Mühe gegeben hat, ihre „Narrative“ (so heißt das ja heute) ihren Konsumenten so lange vorzubeten, bis sie als gesichertes Wissen in ihrem Langzeitgedächtnis verankert sind. In der Friedensbewegung (wir nehmen den pauschalen Begriff, wohlwissend um intern geführte Debatten) werden neuerdings neue mit Texten unterlegte Melodien

Ukraine“. Kürzlich hat der Kiewer Präsidentendarsteller W. Selenskyj eine Größenordnung für eine mögliche Truppenpräsenz in seinem Land genannt. Ohne eine genaue Zahl anzugeben, müßten es aber Tausende Soldaten sein.

Kleiner Blick um Jahrtausende zurück. Helena, die Tochter des Zeus, hat sich vom trojanischen Prinzen Paris entführen lassen und löste damit den zehn Jahre andauernden Trojanischen Krieg aus. Der griechische Held Odysseus hat mit einem

war und mit dem die Griechen den 10jährigen Krieg gegen Troja siegreich beenden konnten, sich ohne das Genie des damaligen Regisseurs wiederholen läßt, ist mehr als fraglich, genauer gesagt recht unwahrscheinlich. Schließlich lassen sich die Russen mit Putin an der Spitze nicht noch einmal hereinlegen, wie es ihnen u. a. mit der (zumindest mündlich ausgeschlossenen) NATO-Osterweiterung und dem (mittlerweile offen eingestandenen) Bruch des Minsk-II-Vertrags ergangen ist.

Bis zum Abgrund und weiter?

Man stelle sich eine Wandergruppe im Hochgebirge vor. Der Weg will kein Ende nehmen. Allmählich werden die Führer der Gruppe den Verdacht nicht los, daß sie einen falschen Pfad gewählt haben. Umkehren? Nein, zumal sie gerade ein großes Geröllfeld unter sengender Hitze durchquert haben. Also heißt die Devise: Augen zu und durch und weiter geradeaus auf der Suche nach einem Ausweg. Oder, wie Franz Josef Degenhardt in seinem Lied „Umdenken, Mister ...“ getextet hat: „Und immer weitermarschieren, und immer weitermarschieren, bis alles in Scherben ...“ Eine Forderung zum Umdenken, wie es Degenhardt empfiehlt, käme für das im Dogma der Kriegstüchtigkeit befangene europäische NATO-Ensemble einer Kapitulation gleich. Klar, wer keinen zielführenden Kompaß mit sich führt, läuft Gefahr, bald vor einem Abgrund zu stehen. Ob dann doch noch der Weg zurück eingeschlagen werden kann, steht derzeit noch nicht fest. Aber je offensichtlicher das Unausweichliche näher rückt, desto rabiater werden die von Russenhaß und peinlichen Lügen getränkten Kommentare. Auf der Suche nach einer treffenden Bezeichnung fiel mir das Wort „Analyse“ ein. Aber es käme wohl einer Beleidigung dieses Begriffs gleich, würde man ihn mit dem Blödsinn der Aussage Ursula von der Leyens in Verbindung bringen: „Putin hat sich nicht geändert. In den letzten 25 Jahren hat er vier Kriege begonnen. Nur durch starke Abschreckung kann er in Schach gehalten werden.“ Vier Kriege? Da wird die EU-Präsidentin wohl zuvor einen Bildungsurlaub im US-Kriegsministerium (wie es jetzt laut Trump heißt) gemacht haben. Aber auf dem Gebiet geopolitischer Propaganda hat von der Leyen einen harten Konkurrenten im Medienzirkus gefunden. In einem „Podcast“ mit Richard Precht stellt der Talk-Star Markus Lanz sich selbst auf den Kopf. Lanz: „Es ist das Bündnis, das Rußland mit einigen seiner besten Buddies geschlossen hat. Der Vertrag über kollektive Sicherheit zum Beispiel mit Belarus. ... Und



Franz Josef Degenhardt (1931–2011): „Und immer weiter marschieren bis alles in Scherben ...“

intoniert. Noch in einem Aufruf aus dem Jahr 2024 zu Antikriegsprotesten haben sämtliche beteiligten Friedensinitiativen den „russischen Angriffskrieg“ verurteilt. Kernaussage: Rußland führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, Wladimir Putin ist der Aggressor, und er ist allein schuld am Krieg zwischen Rußland und der Ukraine. Es fehlte nur noch das alle anderen Sichtweisen ausschließende „Basta“. Ob sich der Wind wirklich gedreht hat, ob es sich folglich um einen tragfähigen Sinneswandel handelt, bleibt abzuwarten. Aber immerhin scheint sich die Erkenntnis allmählich durchzusetzen, daß Rußland nicht allein schuld und ein Dialog mit Moskau das Gebot der Stunde ist. Vorsicht ist allemal geboten. Interessant ist, daß nach Jahren der Siegeszuversicht – „Rußland muß den Krieg verlieren“ bzw. „Die Ukrainer werden gewinnen.“ – eine andere Platte aufgelegt wird. Das neue Mantra heißt: „Sicherheitsgarantien für die

Trick der Belagerung ein Ende gesetzt. Er erfand das Trojanische Pferd, eine riesige, im Inneren hohle Holzfigur, die den Trojanern als Geschenk offeriert wurde. Die ahnungslosen Gastgeber ahnten nicht, daß sich im Inneren des Pferdes griechische Krieger befanden, die nach Übergabe des Gastgeschenks in der Stadt die Tore für das griechische Heer öffneten, was zur schlußendlichen Eroberung Trojas führte – soviel zur griechischen Mythologie, und nun zurück zur Gegenwart.

Und dort ist die „Koalition der (Kriegs-) Willigen“ drauf und dran, nach historisch-mythologischem Vorbild ein solches Trojanisches Pferd aufzuzäumen. In seinem Innenraum möchten sie ihre Soldaten unterbringen und jede Menge Kriegsmaterial zusammen mit dem ausgedruckten Paragraphen 5 des NATO-Vertrags in die Ukraine einschleusen. Aber ob der von Odysseus ausgeheckte Plan, der der griechischen Mythologie zufolge ja aufgegangen

überhaupt hat sich Rußland nach Westen ausgedehnt.“ Als Begründung nennt er die Namen von sechs ehemaligen Sowjetrepubliken, die 1992 einen Vertrag über kollektive Sicherheit unterschrieben, dem sich 1993 noch Aserbaidschan, Georgien und Belarus angeschlossen haben. Der Wertewesten baut sich selbst eine Brandmauer gegen historische Tatsachen. Es ist aber nur noch eine Frage der Zeit, bis die „Posaunen von Jericho“ das imperialistische Mauerwerk durchdringen. Gegenwärtig sind es noch diejenigen, die in der meinungsbildenden Öffentlichkeit die Stimmgabel bedienen und jeden gesprochenen oder geschriebenen Text mit diesen vier Worten beginnen: „Angesichts der russischen Bedrohung ...“ Ihnen folgt die Floskel, Rußland verstehe nur „die Sprache der Stärke und der Gewalt“. Ja, wenn das so ist, warum versteht man denn dann im „Kreml“ nicht die Botschaft? Ganz einfach: Es ist nicht ein ungenügendes Hörvermögen dort, sondern es sind die tauben Ohren in der EU, die ihre moralische Aggressivität nicht in politisch-diplomatische Umgangsformen umwandeln will. Das Verb „verstehen“ ist nicht korrekt. „Hören“ wäre richtiger. Denn in den Beziehungen zu Rußland wurde das Wort „Diplomatie“ zum Fremdwort. Verständnis immer auch für die Sichtweise des Gegners, des Feindes oder einfach nur des Gegenübers aufzubringen, dem haftet deshalb schon fast der Ruch des Verrats an.

Hohenschönhausen – also Sozialismus pur?

Kurzer Besuch an der Grabstätte des „Eisernen Lady“. Margaret Thatcher, die ehemalige britische Premierministerin, wurde gern mit dem Satz zitiert, daß es so etwas wie eine Gesellschaft gar nicht gebe, sondern nur Individuen. Ob sie diesen Satz in der heutigen mit Blei geschwängerten Luft bei wachem Verstand wiederholen würde, wissen wir nicht. Ihr Name aber ist gemeinsam mit dem des gleichfalls entschwundenen US-Präsidenten Ronald Reagan verknüpft. Beide haben sie den neoliberalen Jahren ihren Stempel aufgedrückt. Aber „Tempora mutantur“ – die Zeiten ändern sich. Es ist nunmehr das komplette Arsenal der Herausforderungen, das mit auf Waffen gestützter Propaganda gemeistert werden muß. Um dies zu stemmen, muß die gesamte Bevölkerung als geschlossenes Team in Marsch gesetzt werden. Simon David Dressler, ein 25-jähriger Politik-„Influencer“ hat es treffend so formuliert: „Diese Militär-Beschallung, zuletzt auch für Kinder dank des ‚Tags der Bundeswehr‘ und der Sendung ‚logo‘, hält die Bevölkerung in ständiger Alarmbereitschaft, auf daß sie bereit sein möge, bei Bedarf den Kopf für das Vaterland hinzuhalten. Die neoliberale Individualisierung der vergangenen Jahrzehnte muß ... erst einmal in das große nationalistische WIR

reformuliert werden.“ („Berliner Zeitung“, 2. September). Am 11. September wurde im Bundestag über die Forderung der Fraktion Die Linke, die Wehrpflicht aus dem Grundgesetz zu streichen, debattiert. „Es braucht eine Politik, die auf Frieden, Diplomatie, Deeskalation und Abrüstung setzt.“ Wie zu erwarten, wurde auf diese Haltung mit kakophonischer Russophobie reagiert. Heidi Reichinnek löste in einem Interview mit dem Magazin „Stern“ mit folgender Aussage einen Shitstorm aus: „Na ja, das in der DDR war kein Sozialismus. Also nicht so, wie ihn sich meine Partei vorstellt.“ Wir wollen diesen Satz hier nicht zum Anlaß nehmen, seinen Gehalt vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund tiefschürfend zu untersuchen. Statt dessen flankiere ich ihn mit drei Sätzen von Erich Fried: „Denk dir den Sozialismus von allem befreit, was dich stört! Frage dich, wen er dann erst recht stören würde. Niemand als der ist und bleibt wirklich dein Feind.“ Ein solcher ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, der sich mit anderen Vertretern des organisierten Antikommunismus (von Union über Springer bis „Cicero“ und „Neue Zürcher Zeitung“) an die Legende klammert, daß eine gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus auf Unrecht, Folter und „Hohenschönhausen“, also „Sozialismus pur“ (Söder), setzt. Aber tief im (Unter-) Bewußtsein sitzt die Sorge, daß dieses rechte Weltbild nicht ewig Bestand hat.

Von der formierten zur uniformierten Gesellschaft?

„Eine Großreform ist überfällig, denn eigentlich braucht es eine ganz neue Bundeswehr.“ Der Mann, der diesen Anspruch erhebt, drängt sich an jedes Mikrophon. Er heißt Roderich Kiesewetter. Gegenüber dem „Münchener Merkur“ fordert er nichts weniger als „eine Revolution der Bundeswehr von Struktur bis Mindset“. Mit „Mindset“ meint er aber hier nicht einfach nur die Denkweise oder Mentalität einer Person, die durch Erfahrungen und Umwelteinflüsse geprägt wird und ihr Denken, Fühlen und Handeln beeinflusst. Ihm geht es um die gesamte Gesellschaft. „Jetzt muß“, so der Präsident des Reservistenverbandes, Patrick Sensburg, „die ganze Gesellschaft wieder militärisch ausgebildet werden und das unter den Augen der Gesellschaft.“ In den 60er-Jahren hat der damalige Bundeskanzler Ludwig Erhard den Begriff der „formierten Gesellschaft“ in die politische Diskussion eingeführt. Der Begriff sollte eine Gesellschaftsordnung bezeichnen, in der alle Einzelinteressen unter dem Dach des „Gemeinwohls“ für eine wachsende Wirtschaft im Wohlstand untergebracht werden sollen. Vielleicht wird das Schlagwort bald um das Präfix „uni“ bereichert. Dann hätten wir eine uniformierte Gesellschaft mit entsprechender Kleiderordnung. Ab 2026 sollen

alle jungen Männer angeschrieben werden. Sie werden verpflichtet, Fragebögen auszufüllen. Ab 2028 wird eine verbindliche Musterung vorgenommen. Erfüllt sich die angestrebte Rekrutenzahl von 60 000 neuen Soldaten nicht, wird aus Freiwilligkeit Pflicht. Und der Wohlstand (sofern man ihn so noch nennen kann) endet dann am Gefechtsstand. Warum? „Deutschland muß nicht verteidigungsbereit, sondern kriegsbereit sein“, heißt es in einer Überschrift eines Kommentars in der „Braunschweiger Zeitung“. Das Fazit des Redakteurs lautet: „Wir müssen unser Verhältnis zum Krieg normalisieren.“ In einem Beitrag für eine Internet-Seite schreibt Renate Dillmann: „Kriegstüchtig‘ werden – dazu gehört neben der Beschaffung von Waffen und Soldaten ganz weit vorne in der Prioritätenliste: die Reihen im Innern zu schließen. Für den Kriegskurs muß eine neue nationale Einheit her, und wenn sie nicht da ist, wird sie erzwungen – im Namen der Freiheit selbstverständlich. Denn diejenigen, die nicht mitziehen, sind ja – das wußte schon Franz Josef Strauß – die Feinde der Freiheit.“ Deshalb wäre es zu kurz gesprungen, nur von einer Verschwörungstheorie oder -ideologie zu sprechen. Es handelt sich um eine institutionelle Hegemonie, die durch das bestimmt wird, was Antonio Gramsci als „kulturelle Führung“ bezeichnet hat, also die Fähigkeit einer herrschenden Klasse, ihre Werte und Weltbilder zur gesellschaftlichen Norm zu machen. Dagegen ist Widerstand gefordert. „Ein neues Verhältnis zu Kritik an Medien, Politik, Machteliten oder geopolitischen Strategien sollte“, schreibt Florian Kolle in der „Berliner Zeitung“ vom 5. September, „nicht mit abwertenden Etiketten belegt werden. Wer Kritik delegitimiert, statt ihr zu begegnen, verhält sich nicht demokratisch, sondern autoritär. Wir brauchen eine neue Kultur des Zweifelns, die offen ist, ohne naiv zu sein – und die anerkennt: Nicht jede abweichende Meinung ist Verschwörung. Und nicht jedes Framing ist Wahrheit.“

Hier noch ein kleiner Nachschlag. „RotFuchs“-Leserinnen und -leser wissen: Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Sollte es in den nächsten Tagen oder Wochen an Ihrer Haus- oder Wohnungstür klingeln, ist es mit Sicherheit der Paketbote und nicht der Russe. Der wartet nämlich, bis der „Aufwuchs“ (ein Wort, das mich immer an ein Foto aus einer Baumschule erinnert) der Bundeswehr abgeschlossen ist, weil er sich – fair wie immer –, nur mit Gegnern einläßt, die ihm einigermaßen gewachsen sind. Also muß der Russe halt noch ein paar Jahre warten.

Hans Schoenefeldt

Frieden oder weitere Eskalation im Ukraine-Konflikt

Positionen Putins zum USA-RF-Gipfel und zum Ukraine-Konflikt

Der russische Präsident verkündete vor in- und ausländischen Medien, daß die beim Gipfel in Alaska im September erzielten Ergebnisse den Weg für den Frieden in der Ukraine ebneten könnten. Inzwischen ist jedoch die Russische Föderation (RF) wegen der neuerlichen westlichen Provokationen und Eskalationen (Einsatz weitreichender Raketen, auch Taurus, auf russisches Territorium, falsche Flaggen – Drohnen-Provokation der Ukraine zur Entfaltung eines europäischen Großkrieges NATO gegen die RF) zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Die Situation ist so sehr eskaliert, daß die RF und Belarus es für notwendig erachteten, die Anzahl der Teilnehmer an dem Manöver „Sapad 25“ auf 100 000 zu erhöhen. Der russische Präsident in Uniform wandte sich an die 25 ausländischen Militärbeobachter, darunter auch US-Amerikaner, mit der Aussage, daß sich die RF quasi im Krieg mit der NATO sieht.

Er informierte auch darüber, daß Trump mit ihm darin übereinstimmte, daß die Hauptursachen des Ukraine-Konfliktes für eine langfristige Lösung beseitigt werden müßten. Natürlich ist man sich in Moskau darüber im klaren, daß die USA nur im Rahmen ihrer Interessen handeln.

Beide Seiten seien in Alaska der Auffassung gewesen, daß der Ukraine-Konflikt nicht durch einen „Angriff“ der RF ausgelöst wurde, sondern durch einen Staatsstreich, der unter Führung und Finanzierung der USA unter Biden von neokonservativen Kräften und die neonazistischen ASOW-Verbände umgesetzt wurde.

Aus Putins Sicht sind die NATO-Osterweiterung und die Aktivitäten des kollektiven Westens, die Ukraine in die Organisation einzubinden, die Hauptursachen des Konflikts. In diesem Zusammenhang verfolgt Rußland den Ansatz, daß kein Land seine Sicherheit auf Kosten eines anderen gewährleisten darf.

Der in der SOZ stattgefundene Dialog zu den weltweiten militärischen Konflikten hilft dabei, auch in Eurasien die Grundlagen für ein solches Sicherheitssystem zu legen, welches das überholte eurozentrische und euroatlantische Modell ersetzen könnte.

Rußland hilft, im Rahmen der Formierung einer multipolaren Weltordnung, den Einfluß der SOZ-Staaten bei der Lösung militärischer Konflikte und Probleme auszubauen.

Trumps Pendel-Politik

Trump scheint tatsächlich die Beendigung des Ukraine Konflikts, hauptsächlich aus eigenem und politischem Interesse, anzustreben, steht aber durch die Neokonservativen und den MIK in den USA, durch die kriegsgeilen Europäer und die kriegswütige Ukraine unter großem Druck, was zu häufigen Wechsellagen seiner Meinung und Handlungen führt. Kaum waren die Gipfel Trumps mit Putin, mit Selenskyj und mit Unterstützerstaaten der EU sowie die SOZ- und BRICS-Treffen in China Geschichte, verließ der ungeduldige Meinungspendler Trump wegen der Erfolglosigkeit seiner Bemühungen den bisher vertretenen diplomatischen Friedensweg und fiel gemeinsam mit NATO, EU und Ukraine zurück in eine militärische „Friedensmission“, um so die RF zur sofortigen Beendigung des Konfliktes zu zwingen.

Trump verfolgt auch in Sicherheitsfragen eine Amerika-first-Politik, d. h. vor allem die Gewährleistung der Sicherheit und die Weltführerschaft seines Landes. Er zeigt kein Interesse an einer langfristigen Sicherheitsarchitektur in Europa, welche die NATO, die Ukraine und weitere Staaten Osteuropas, aber auch Rußland, umfaßt.

Er stand bis vor kurzem dafür, den Ukraine-Konflikt für Eskalationen und Verschärfungen offen zu halten, um Rußland, trotz der „positiven“ Gipfelgespräche mit Putin zu schwächen.

So stimmten die USA zu, daß die NATO-Staaten in einem „Nachkriegs-Sicherheitsplan“ ihre Soldaten in der Ukraine stationieren können, daß aber keine US-Soldaten daran teilnehmen werden. Dennoch bleiben die USA weiter ein „strategischer Wegbereiter“ der europäischen NATO-Partner und der Ukraine, wobei sie Letzterer geheimdienstliche Erkenntnisse, Satellitendaten, Flugzeuge und Luftverteidigungskapazitäten, Logistik und Radars bereitstellen.

Trump war es auch, der den europäischen NATO-Staaten fünf Prozent ihres BIP für die Finanzierung der NATO und des Ukraine-Konfliktes abpreßte, wodurch dieser verschärft und verlängert wird. Das europäische Geld für die Ukraine fließt mehrheitlich in die Waffenbeschaffungen aus dem MIK der USA.

Trump bleibt dabei, daß in Deutschland 2026 weitreichende Mittelstrecken-Raketensysteme, Tomahawk-Marschflugkörper, ballistische Raketen SM-6, Hyperschall-Raketen Dark-Eagle stationiert werden sollen. Er erteilte die Genehmigung für den Einsatz von weitreichenden Waffen aus den USA,

den NATO-Staaten und der Ukraine auf die RF und forderte auch von den EU-Europäern noch eine Sperrung der Öllieferungen aus Rußland.

Einzig die Finanzierung von militärischer Hilfe an die Ukraine wird von den USA abgelehnt und an die EU delegiert, die nun alleine für die Kosten der Waffenlieferungen und anderer Hilfen an die Ukraine zu Lasten unserer Sozialfonds aufkommen muß. Mit der Einladung der Führer großer EU-Länder und Selenskyjs ins Weiße Haus Anfang September sind wir erneut mit einem Trumpschen Kurswechsel konfrontiert.

Was steckt dahinter?

Trump sieht offenbar seine Felle davonschwimmen und zieht die Reißleine, denn er will als Präsident einer „Supermacht“ auch seinen globalen Einfluß sichern.

Er will eine zeitnahe Beendigung des Ukraine-Konflikts, um sich der „Lösung“ innerer „Probleme“ (Stärkung seiner Regierung und der US-Wirtschaft, Kongreßwahlen 2026, Begrenzung der Migration) und äußerer (Nahost-Konflikt, Arktisnutzung, Umgang mit China, der SOZ und mit der BRICS-Organisation, Durchsetzung von Zöllen, Unterwerfung des Ölkonkurrenten Venezuela, internationales Finanzsystem, Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten u. a.) widmen zu können.

Um als Friedensnobelpreisträger in die Geschichte einzugehen, will sich Trump und sein Land als „Peacemaker“ profilieren. Deshalb wurde unter Berücksichtigung der Resultate der Arbeitsgruppen USA–Rußland eine Friedensvereinbarung mit ultimativem Charakter, darunter ein A- und B-Plan, erarbeitet, der viel Druck auf die involvierten NATO und EU-Staaten und besonders auf das Selenskyj-Regime ausübt. Rußlands Minimalforderungen sind u.a.: Die Krim wie auch die vier bereits integrierten Republiken gehören zur RF, keine NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine, Schutz der russischen Sprache und Kultur, keine Reparationen und Schuldigsprechungen sowie Streichung von Sanktionen. Diese Forderungen stellen, im Gegensatz zur Ukraine, eine positive Reaktion zu den von Trump gemachten Kompromißvorschlägen dar.

Selenskyj und seine Regimestützen lehnen Kompromisse, ähnlich denen der RF und solche, welche die Abgabe und den Austausch von Territorien für Frieden beinhalten, ab, da sie den Verlust ihrer Macht und ihre Verurteilung befürchten. Sie akzeptieren auch keine Sicherheitsgarantien, ähnlich denen des § V der NATO, anstelle einer NATO-Mitgliedschaft. Bisher kann

sich die Ukraine nur vorstellen, die von den russischen Streitkräften bereits befreiten Territorien, aber ohne juristische Anerkennung, der RF zu überlassen, da dies die Bevölkerung der Ukraine akzeptieren könnte. Die USA fixierten im Plan A ähnliche Kompromisse, wie die von der RF akzeptierten. Diese sind von den USA, den mitwirkenden EU-Staaten und der NATO (Unterschrift vereinbart), der Ukraine (bisher Ablehnung) sowie der RF (signalisiert Zustimmung) zu unterzeichnen.

Im Plan B sehen die USA vor, daß dieser, bei Ablehnung des A-Planes durch die Ukraine, nur von Trump und von den Europäern unterschrieben wird. Sollte es dazu kommen, würde die Ukraine ihre Restsouveränität verlieren und zu einem Protektorat der USA werden. Die Folge wären sofortige Präsidentschaftswahlen. Die Präsidentschaftskandidaten würden dazu von den USA bei Abstimmung mit Rußland ernannt werden.

Nur wenn Selenskyj den Plan A unterschreibt, kann er damit rechnen, einen Abgang mit Bonus, eine prestigeträchtige Position und persönliche Schutz-Garantien zu erhalten. Sollte er nicht unterschreiben, würde er ungeschützt dem freien Fall überlassen, denn der kollektive Westen wäre verpflichtet, jede Art von Hilfe einzustellen.

Damit hätte Trump seinen „Friedensdeal“ erreicht und darin auch die EU-Partner eingebunden, die plötzlich von einem Sieg der Ukraine abgekommen sind und sich einem Frieden, der trotz der großen Verluste und Kompromisse, besser als ein militärisches „weiter so“ ist, zugewandt haben. Dabei würden sich ihre bisherigen Narrative „gut gegen böse“ langsam selber auflösen.

Diese Prozesse finden zunächst nur unter der Oberfläche statt, da die westlichen Eliten in der eigenen Bevölkerung Unruhen befürchten, die ihnen gefährlich werden könnten.

Sollte sich Selenskyj doch noch besinnen, könnte ein Treffen Trump, Putin und Selenskyj tatsächlich die Beendigung des Konfliktes noch vor Weihnachten 2025 erreichen. (Quelle: „Russki wslot“)

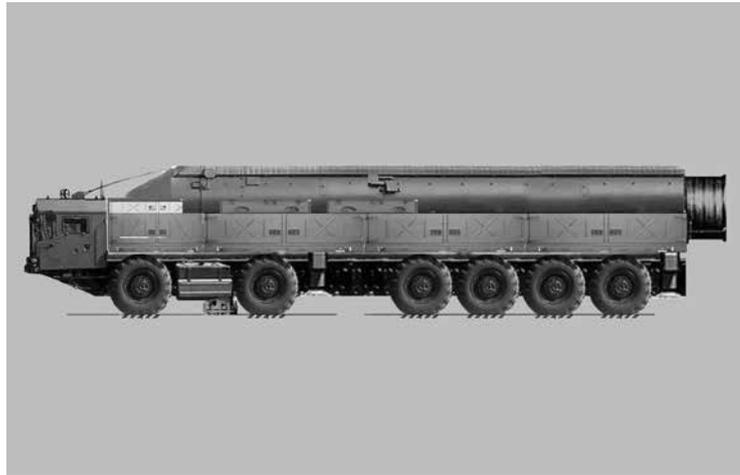
Militärpolitische Lage im Ukraine-Konflikt

Die Ukraine glaubt, trotz der weiter zunehmenden personellen Verluste (S. Ritter: 1,14 Millionen Tote, ca. 2 Millionen Verwundete, Vermißte und Gefangene, bei einer derzeitigen Truppenstärke von ca. 500 000 Mann), der hochgradigen Vernichtung ihrer militärischen Fähigkeiten sowie der Zerstörungen der Großindustrie, der Energiewirtschaft und der Transport- und Versorgungssysteme u. a. (S. Ritter: zu ca. 70 %) weiterhin, daß es mit den neuen weitreichenden u. a. modernen Waffen und immer mehr NATO-Führungskräften, Spezialtruppen und Spezialisten ihrer

Auftraggeber- und Unterstützerländer sowie Söldnern aus der ganzen Welt immer noch, die atomare Supermacht und militärische Großmacht Rußland besiegen oder entscheidend schwächen zu können.

Sie will mit ihrer Propaganda zu den derzeitigen „militärischen Erfolgen“ – der Beschuß von Nah- und Fernzielen (Ölindustrie, Betriebe des MIK, Transportwege der RF) bewirken allerdings keine Veränderungen der strategischen Lage – die Unterstützung zum Machterhalt des Selenskyj-Regimes beim eigenen Volk und bei den westlichen Hilfegebern erreichen.

Auf dem Gefechtsfeld ist zu beobachten, daß die immer wieder in Angriffe und zur Lückenschließung getriebenen ukrainischen



Verteidigungsministerium Belarus am 16. September: Während der „Sapad“-Übung wurde der Einsatz von „Oreschnik“-Hyperschallraketen geprobt

Brigaden, bis auf wenige Eliteeinheiten (neonazistische ASOW-Verbände), nur noch über einen Auffüllungsstand von ca. 40 % verfügen. Die Abstände zwischen den Verteidigungsabschnitten an der Front werden bei den ukrainischen Streitkräften (ukr.-SK) immer größer und damit bedeutend durchlässiger. Dieser Zustand verschlechtert sich, besonders nach Trumps Forderung an die Ukraine, mehr anzugreifen.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) verfügen über die strategische Initiative. Die Folge davon sind wesentlich größere Durchbrüche (2 bis 20 km, z. B. bei der Zangenoperation von Pokrowsk, bei der Umfassung von Kupjansk sowie bei anderen Frontschwerpunkten). Dabei werden zuerst die Luftverteidigungsmittel (LV-Mittel) ausgeschaltet, danach die stark befestigten Verteidigungsanlagen mit weitreichenden Gleitbomben, operativ-taktischen Raketen und Artillerie zerstört und darauf die Garnisonen mittels Sturmgruppen im Nahkampf freigekämpft, womit sich ihr langsames aber stetiges Vordringen erklärt. Die SK der RF sollen laut S. Ritter täglich durchschnittlich 15 km² befreien. Die Ukraine hat durch ihre hohen Verluste bei den schwächer werdenden Verteidigungshandlungen und den politisch motivierten und meist hektischen Gegenangriffen, welche quantitativ und qualitativ trotz aller

westlicher Hilfe nicht kurzfristig wieder auszugleichen sind, die Fähigkeit verloren, die von der RF befreiten Territorien zurückzuerobern. Aus diesem Grund versucht sie mit gelieferten und „selbstproduzierten“ weitreichenden Drohnen und Raketen, im Zusammenwirken mit den Geheimdiensten der EU-Staaten (GB, Deutschland) den Krieg mit Terror- und Drohnenangriffen auf das russische Kernland zu tragen. Dabei gab es zwar einige spekulative und durch die Propaganda überhöhte Erfolge (Angriffe auf Frühwarnanlagen, strategische Flugplätze und die Ölindustrie), die aber die Vorteile Rußlands auf dem Gefechtsfeld nicht aufheben konnten. Gegenwärtig unternimmt die Ukraine Anstrengungen, die SK der RF vor Sumy zu

rückzudrängen, um keine Territorien für einen eventuellen Landtausch zuzulassen. (H. Kujat)

Die Ukraine erfuhr durch die russische Sommeroffensive 2025 bedeutende Einschränkungen bei den notwendigen Rotations- und Versorgungsoperationen der ukr.-SK. Sie ist auch existentiell abhängig von dem US-Satellitensystem „Starlink“, über welches die gesamte Kommunikation der Ukraine und auch alle militärischen Führungs- und Waffenlenkprozesse laufen (J. Baud). Anfang

September kam es zu einem 10-minütigen Vollaussfall der Starlink-Satelliten, wodurch die gesamte Ukraine und deren Streitkräfte über längere Zeit funktionsunfähig waren. Parallel dazu meldete Rußland den Abschuß von über 600 Starlink-Satelliten über der Ukraine, wodurch deren Verteidigungs- und Angriffshandlungen stark eingeschränkt wurden.

Die RF nutzt die eroberten Terminals von Starlink und befindet sich derzeit beim Aufbau eines starlinkähnlichen Sputniknetzes.

Rußland geht es im Rahmen seiner militärischen Spezialoperation um das Aufhalten und um die Zurückdrängung der NATO, um die weitere Entmilitarisierung der Ukraine, um die Gewährleistung seiner Existenz und seiner Sicherheit sowie um den Schutz der russischsprachigen Bevölkerung seiner neuen Territorien.

Bei der Sommeroffensive soll die RF über 7000 km² befreit haben (D. McGregor). Auf diese Weise konnten bisher die LVR fast zu 100 %, die DVR zu über 80 %, das Saporischtscher Gebiet zu über 75 % und das Chersoner Gebiet zu über 76 % befreit werden. Damit verfügt die RF über gute Kompromißvoraussetzungen für mögliche Verhandlungen. Die Ukraine hingegen akzeptiert derzeit höchstens die Abgabe der von Rußland eroberten Territorien, die durch die reale Frontlinie fixiert sind.

Derzeit hat sich die Anzahl der realistischen Militäranalysten und Politiker, wozu auch einige US-Amerikaner und die meisten BRICS-Führer gehören, die, im Gegensatz zu den kriegswütigen NATO-Staaten und der Ukraine, Anzeichen für einen militärischen Sieg Rußlands gegenüber der US-Koalition im Ukraine-Konflikt sehen, wesentlich erhöht. Sie stützen sich dabei hauptsächlich darauf, daß die RF über größere eigene personelle, materielle Ressourcen und industrielle Kapazitäten, aber besonders auch über neue und modernisierte, stets an die Bedürfnisse der Front angepaßte Waffensysteme und kampferfahrene und gut ausgebildete Truppen verfügt, mit denen die bisherigen Erfolge gegenüber der Ukraine und deren Verbündete auf dem Gebiet der Entmilitarisierung erreicht wurden.

Besonders auf den Gebieten der luft-kosmischen Verteidigung, der Hyperschall- und Laserwaffen, des funkelektronischen Kampfes, der Luftkampfmittel und der Über- und Unterwasser-Marine hat die RF nicht nur Waffen mit überlegenen Fähigkeiten entwickelt, sondern diese bereits gezielt und wirksam zur Vernichtung wertvoller militärischer und ziviler Ziele in der Ukraine, aber auch zur immer erfolgreicherer Verteidigung auf den Territorien der RF eingesetzt. Die modernsten LV-Mittel des gesamten kollektiven Westens in der Ukraine konnten das nicht nur nicht verhindern, sondern sie wurden häufig selber ausgeschaltet.

Dazu einige spektakulär anmutende Beispiele.

1. Bei Manöverhandlungen auf der US-Basis „Demowo Piske“ im August 2025 in Polen, an denen 40 000 Mann aus acht NATO-Ländern teilnahmen und mit ihrer neuesten Ausrüstung (südkoreanische Panzer, Himars-Komplexe, verschiedenste Rakensysteme, AWACS-Flugzeuge, aber auch Patriot-Komplexe und diverse Nachrichtenmittel) übten, kam es plötzlich zu einer unerklärlichen zehninütigen Funktionsstörung der gesamten Militärtechnik auf der Basis. Rußland hatte, da es sich durch die Manöverhandlungen von NATO-Truppen an seinen Grenzen bedroht fühlte, nicht mit einem Truppenaufmarsch reagiert, sondern einen neuen Komplex der funkelektronischen Gegenwirkung „Diwno Mope“, der bis zu einer Reichweite von 1000 km elektronischen Mittel des Gegners am Boden, in der Luft und im Kosmos ausschalten oder stark in ihrer Funktion einschränken kann, eingesetzt und demonstrierte dabei eine totale funkelektronische Überlegenheit. Der Schreck in der NATO-Führung war so groß, daß der NATO-Chef Rutte den russischen Verteidigungsminister Belousow sogar auf einer selten genutzten Leitung anrief.

2. Bereits im August 2025 hatte die RF die Produktions- und Reparaturlinien von Rheinmetall in der Westukraine, mit

einer neuen Mittelstreckenrakete ohne Gefechtssteil – „Oreschnik“ – nur mittels seiner kinetischen Energie vollständig vernichtet. Bei dieser Rakete, die sich bereits in der Truppe befindet, handelt es sich ebenfalls um eine nicht abwehrbare Überlegenheitswaffe.

3. Als Kanzler Merz Selenskyj geheim die zeitnahe Lieferung von Taurusraketen und Taurusteilen in die Ukraine zusagte, konnte sich keiner vorstellen, daß die ganze Sache ein Fünf-Milliarden-Reinfall werden würde und daß die RF ernsthaft darüber nachdenkt, wegen der nicht erlaubten Lieferung von Angriffswaffen und Teilnahme an einer Aggression u. a. durch die BRD, den Einheitsvertrag (2+4) aufzukündigen. Damit einher geht die Frage des Souveränitätsverlustes Deutschlands.

4. In Tschassow-Jar wurden die Bunker- und Außenanlagen Mitte September des dortigen NATO- und Ukrainezentrums für Logistik, Reserven und Führungseinrichtungen, in welchem viele Offiziere und Spezialisten der Ukraine und NATO dienten, mit Iskander- und Kinshal-Raketen dem Erdboden gleichgemacht.

Diese Art russischer Angriffe unmittelbar vor dem Einsatz der neuesten NATO-Technik vor Ort, zerstörte die vier Produktions-, Montage- und Lagereinrichtungen von Taurus-Raketen, aber auch die Versuchslabore bei Lwiw, Charkow, in der Nähe von Odessa und bei Dnipro durch komplexe und präzise Vernichtungsschläge mit Geran-2-Drohnen, Iskander-Raketen und den Hyperschallraketen „Kinshal“ (V: 9-12 Mach, RW 2000 km) vollkommen.

Bei dem luftgestützten Waffensystem MiG-31 M und Kinshal, das mit westlichen LV-Mitteln derzeit nicht abwehrbar ist, handelt es sich ebenfalls um eine Überlegenheitswaffe, die im Verbund mit anderen modernen Systemen verantwortlich dafür ist, daß das gesamte System der Lieferung, der Montage und Reparatur westlicher Waffen sowie des Einsatzes von Führungskräften, Spezialeinheiten, Militärspezialisten der NATO und von anderen Söldnern sowie von in- und ausländischen Militärbasen und von anderen wertvollen Zielen im Ukraine-Konflikt neutralisiert wurde. Dank dieser Waffen der RF gibt es in der Ukraine für gegnerische Truppen und deren Ausrüstung keine geschützten Räume mehr.

Die in- und ausländischen Experten hoben weiterhin hervor, daß die RF außerdem noch über potentere und zuverlässigere Partner (China, DVRK, Iran u.a.) für eine mögliche Weiterführung der Kampfhandlungen im Ukraine-Konflikt verfügt, als die Ukraine mit der relativ unzuverlässigeren Fremdhilfe von 50 Staaten.

Beide Seiten setzen auf dem Gefechtsfeld massenweise immer weiter entwickelte Drohnen ein, wobei Rußland in letzter Zeit eine qualitative und quantitative Überlegenheit erreichte. So setzte die RF in den

letzten drei Wochen in allen Gebieten der Ukraine bis zu 1000 Drohnen in Verbindung mit Unter-, Über- und Hyperschall-Raketen mit dem Ziel der Zerstörung von in- und ausländischen Waffenschmieden und Reparaturwerken, von westlichen Waffentransporten und Truppenansammlungen, von Entscheidungszentren, Führungsstäben, Ausbildungszentren, Flugplätzen, Häfen und Luftverteidigungsmitteln, von Transportrouten (Autotrassen, Eisenbahnknotenpunkten, Brücken), Treibstoffdepots, von Energieanlagen u. a. ein. 50 bis 60 % der Waffen u. a. „Hilfslieferungen“ werden bereits schon im westlichen Grenzgebiet der Ukraine, am Karpatentunnel und in den Schwarzmeerhäfen der Ukraine und Rumäniens zerstört und erreichen somit die Front nicht.

Der Zerstörungsgrad der eingesetzten sehr wirksamen und nicht oder nur schwer abwehrbaren russischen Waffensysteme war um ein Mehrfaches höher, als der der ukrainischen Angriffe von bis zu 200 Drohnen und ballistischen Raketen auf ähnliche Ziele in Rußland.

Einige Bemerkungen zu der ukrainisch-britischen Falsch-Operation mit „russischen“ Drohnen zur Täuschung Polens und Beschuldigung Rußlands.

Durch die Untersuchung der vier über Polen abgeschossenen Shahed-Drohnen (von 19) ergab, daß diese ohne Sprengstoff unterwegs waren, deutsche u.a. westliche Komponenten aufwiesen und in der Gegend von Lwiw gestartet worden waren. Selenskyj und die Briten haben in der Ukraine außer Kraft gesetzte, aber erhalten gebliebene russische Shahed-Drohnen so präpariert, daß deren Einsatz gegen Polen wie ein Angriff Rußlands aussehen sollte. Das gefährliche Ziel dieser Provokation des Selenskyj-Regimes war es, Polen und damit die NATO in den bereits eskalierenden Konflikt mit Rußland hineinzuziehen, wodurch es zu einem vollwertigen NATO-Rußland-Krieg hätte kommen können, was fast gelungen war. Die Ukraine und ihre Unterstützer haben sich wieder einmal selbst ins Bein geschossen, denn es ist damit zu rechnen, daß die aufgeschreckten Helferländer weniger Luftverteidigungsmittel in die Ukraine schicken werden.

Resümee

Dem kollektiven Westen und der Ukraine ist es nicht gelungen, das militärische Kräfteverhältnis im Ukraine-Konflikt zu ihren Gunsten zu verändern.

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich trotz heftiger Gegenwehr von Kriegstreibern, Neokonservativen im Westen sowie den Neonazis der Ukraine der Kurs für einen zeitnahen Frieden im Ukraine-Konflikt gegenüber dem einer weiteren Eskalation durchsetzt.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Wofür die BRICS-Staaten und die SCO kämpfen

Die Geschichte wird festhalten, daß die BRICS-Staaten zwar endlich bei dem Gipfeltreffen in Kasan 2024 ins Rampenlicht traten, die SCO diesen Schritt jedoch bei dem Gipfeltreffen in Tianjin 2025 wiederholte. Das ursprüngliche RIC (Rußland, Indien, China), wie es vom großen Primakov Ende der 90er Jahre konzipiert wurde, war endlich wieder gemeinsam im Spiel.

Aber es war Xi, der persönlich die wichtigsten Leitlinien festlegte – indem er nichts Geringeres als ein umfassendes neues Modell der globalen Governance (Regel- und Koordinationssystem von Staaten) vorschlug, komplett mit wichtigen Auswirkungen wie einer SCO-Entwicklungsbank, die die New Development Bank der BRICS ergänzen soll, sowie einer engen Zusammenarbeit im Bereich der KI im Gegensatz zum Techno-Feudalismus des Silicon Valley.

Die globale Governance nach chinesischer Art umfaßt fünf Kernprinzipien. Das wichtigste ist zweifellos die souveräne Gleichheit. Diese steht im Zusammenhang mit der Achtung der internationalen Rechtsstaatlichkeit – und nicht mit einer nach Belieben veränderbaren „regelbasierten internationalen Ordnung“. Die globale Governance fördert den Multilateralismus. Und sie fördert zwangsläufig auch einen viel gepriesenen „menschenzentrierten“ Ansatz, der sich von Partikularinteressen entfernt. Putin seinerseits beschrieb die Rolle der SCO als „Instrument für echten Multilateralismus“ im Einklang mit dieser neuen globalen Governance. Und er forderte entscheidend ein paneurasisches Sicherheitsmodell. Das ist genau die „Unenteilbarkeit der Sicherheit“, die der Kreml Washington im Dezember 2021 vorgeschlagen hatte – und die auf keine Reaktion stieß.

Insgesamt sind die BRICS-Staaten und die SCO also fest entschlossen, die Mentalität der Kalten Kriegszeit, eine durch Blöcke geteilte Welt, zu begraben; gleichzeitig sind sie visionär genug, um zu fordern, daß das UN-System so respektiert wird, wie es ursprünglich konzipiert war.

Das wird nun der Beginn eines mühsamen Kampfes sein – von der Verlegung des UN-Sitzes aus New York bis hin zur vollständigen Umgestaltung des Sicherheitsrats. Wenn Xi die Leitlinien in Tianjin festlegte, mußte Putin der strategische Ehrengast sein. Und das übertrug sich auch auf ihr Einzelgespräch im Zhongnanhai in Peking; sehr privat, da im ehemaligen Kaiserpalast nur besondere Gespräche stattfinden. Xi begrüßte seinen „alten Freund“ auf Russisch.

Als Putin die zentrale Rolle des SCO-Entwicklungsprogramms für die nächsten

zehn Jahre betonte, spielte er ganz nach chinesischer Art, wenn es um all diese aufeinanderfolgenden, erfolgreichen Fünf-Jahres-Pläne geht.

Diese Roadmaps sind für die Festlegung langfristiger Strategien unerlässlich. Im Fall der SCO bedeutet dies, ihren schrittweisen Wandel von einem ursprünglich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichteten Mechanismus zu einer komplexen multilateralen Plattform zu organisieren, die die Entwicklung der Infrastruktur und die Ge-



**Der Tanz von Bär, Drache und Elefant
Bild: Forum Geopolitica**

oökonomie koordiniert.

Und hier kommt Chinas neue Idee ins Spiel – die Gründung der SCO-Entwicklungsbank. Sie ist eine Spiegelinstitution zur NDB – der BRICS-Bank mit Sitz in Shanghai – und parallel zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), der multilateralen Bank mit Sitz in Peking.

Wieder einmal sind BRICS und SCO eng miteinander verflochten, da ihr Hauptaugenmerk darauf liegt, die Abhängigkeit von westlichen Paradigmen schrittweise abzubauen und gleichzeitig die Auswirkungen von Sanktionen zu bekämpfen, die nicht zufällig die vier führenden Mitglieder sowohl der BRICS als auch der SCO hart treffen: Rußland, China, Indien und Iran.

Mit dabei in Tianjin war auch der indische Premierminister Modi, der zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder in China war. Xi kam direkt auf den Punkt: „China und Indien sind große Zivilisationen, deren Verantwortung über bilaterale Fragen hinausgeht.“ Und Zeremonienmeister Xi betrat erneut die Tanzfläche: Die Zukunft liege „im Tanz des Drachen und des Elefanten“.

Die Erklärung von Tianjin – nicht so umfangreich wie die von Kasan im letzten Jahr – betonte dennoch die für Eurasien wichtigen Punkte: Souveränität über alles, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten und

vollständige Ablehnung einseitiger Sanktionen als Mittel der Zwangsausübung.

Entscheidend ist, daß dies nicht nur für die SCO-Mitgliedstaaten gelten sollte, sondern auch für die Partner – von den arabischen Ölmonarchien bis hin zu den südostasiatischen Wirtschaftsmächten. Die Entwicklungsstrategien verschiedener Nationen kooperieren in der Praxis bereits mit BRICS-Projekten, vom China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) bis zum China-Belarus Industrial Park, und lassen sich auf grenzüberschreitenden E-Commerce, KI und Big Data übertragen.

Die erstaunliche geografische Ausdehnung der SCO, kombiniert mit der Hälfte der Weltbevölkerung, birgt ein enormes Potential in allen Bereichen – beispielsweise in den Bereichen Handel, Verkehrsinfrastruktur, grenzüberschreitende Investitionen und Finanztransaktionen. Dieses Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft. Aber die Hochgeschwindigkeitszüge sind bereits unterwegs: Geopolitische Zwänge führen zu einer verstärkten geökonomischen Interaktion in ganz Eurasien.

Das ist also die wichtigste Erkenntnis aus der Tianjin-Show: Die SCO bestätigt sich als solider strategischer Pol, der einen Großteil der globalen Mehrheit vereint. Und das alles, ohne sich zu einem offensiven Militärgiganten wie der NATO entwickeln zu müssen.

Das ist ein langer Weg seit dem Pavillon in einem Park in Shanghai im Jahr 2001, nur drei Monate vor dem 11. September – der vom Imperium des Chaos als Grundstein für den „Krieg gegen den Terror“ vermarktet wurde. Dieser andere, anfangs bescheidene Grundstein – mit Rußland, China und drei zentralasiatischen „Stans“ – war der „Shanghai-Geist“: eine Reihe von Prinzipien, die auf gegenseitigem Vertrauen und Nutzen, Gleichheit, Konsultation, Respekt für die Vielfalt der Zivilisationen und einer Betonung der gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklung basieren.

Die Ergebnisse davon kann jeder sehen, der sich mit der spektakulären Entwicklung Tianjins befaßt. Das hat absolut nichts mit „Demokratie“ zu tun – wie sie von ihren angeblichen Vertretern im gesamten Westen herabgewürdigt wird – im Gegensatz zu „Autokraten“, „Bösewichten“, der Achse des Umsturzes oder anderen Dummheiten. Es geht immer um harte Arbeit – für das Gemeinwohl. Dafür kämpfen die BRICS-Staaten und die SCO.

Pepe Escobar

Redaktionell gekürzt

Quelle: Strategic-Culture, 2.9.2025

Die EU – um die Ecke gedacht

Wer kennt sie nicht, diese schwärmerischen Selbstdarstellungen der Europäischen Union? Aus den Medien tritt sie uns wie eine wohlgeschmückte Prinzessin vor ihrer Hochzeit entgegen. Da ist sie ein politisch einheitlich handelnder, ökonomisch außerordentlich bedeutsamer und weltpolitisch alles entscheidender Staatenbund. Nach den in Deutschland verbreiteten Nachrichten müßte man annehmen, in Brüssel befinde sich das eigentliche Zentrum der Welt. Überall erstarre man geradezu in Ehrfurcht vor der Weisheit westeuropäischer Politik. Es gäbe kein wichtigeres Ziel, als sich der EU anzuschließen.

Ist es da nicht ziemlich verblüffend, wie die Frontfrau dieser so bedeutsamen Wirtschaftsmacht, Frau Ursula von der Leyen, von US-Präsident Trump ohne weitere Umstände auf sein persönliches Anwesen in Schottland befohlen werden konnte, wo sie ihm die Stiefel lecken und demütig jene Zölle als Sieg feiern durfte, mit denen die USA die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen künftighin zu ruinieren gedenken? Nach Bedeutsamkeit oder einer gehörigen Portion Selbstbewußtsein sah das jedenfalls nicht aus. Auch in China ließ man Frau von der Leyen demonstrativ am Katzentisch Platz nehmen. In Indien oder im Nahen Osten scheint man nicht gerade viel von ihr, immerhin der Repräsentantin der EU, zu halten. In Afrika, dem aufsteigenden Kontinent, oder in Süd- und Mittelamerika genießt die EU ebenfalls nicht jene große Wertschätzung, die sie sich immer wieder selbst vorgaukelt.

Ist die EU vielleicht gar nicht so bedeutend, wie sie von sich behauptet? Schauen wir auf zwei sehr eindrucksvolle Zahlen. Schon die reichen aus, um zu zeigen, warum die EU im ständigen Kniefall vor Interessen verharren muß, die gar nicht ihre eigenen sind. Und diese nüchternen Zahlen zeigen, daß US-Anlagefirmen in Westeuropa Ende Mai 2025 über Geldanlagen im Wert von rund 4,9 Billionen Dollar verfügten. Diese Summe ist ein ganzes Stück größer als die jährliche Wirtschaftsleistung der stärksten Wirtschaftsmacht der EU, der Bundesrepublik Deutschland. Zudem war das inzwischen weit mehr als das Doppelte von dem Wert 2015, auch damals immerhin schon 2,2 Billionen Dollar.

Ab hier wird es ganz einfach. Denn sagt nicht der Volksmund aus tiefer Kenntnis dessen, was in der Welt wirklich zählt: „Wer das Geld hat, hat die Macht“? Und ergänzt: „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing.“ Ist es bei diesen Verhältnissen wirklich ein Wunder, daß die EU bei allen wichtigen Fragen vor den USA kuschen muß wie ein getretener Hund?

Aus USA-Sicht ist alles ganz einfach; wer so viel Geld nach Europa schickt, hat ein nachvollziehbares Interesse daran, daß es dort sicher aufgehoben ist. Und daß mit ihm nichts gemacht wird, was die eigenen Positionen untergraben würde. Ist es da vermessen zu behaupten, daß das Kapital das natürlich durch gezielte und langfristige Kaderpolitik absichert? Schließlich gilt nicht nur im Sozialismus die Regel „Kader entscheiden alles“. Blättert man ein wenig



Hält sich für den Nabel der Welt: Sitz der EU-Kommission in Brüssel

in den Lebensläufen der heute entscheidenden Politiker Westeuropas, wird man unschwer feststellen können, wie sie alle, manchmal ziemlich direkt, manchmal auf eleganten Umwegen, auf die Interessen der US-amerikanischen Anleger eingeschworen wurden. Immer wieder tauchen dabei als wichtige Institutionen, über die so etwas abgewickelt wird, die Atlantikbrücke oder Blackrock auf. Bundeskanzler Merz ist mit seiner Vergangenheit ein wunderbares Beispiel dafür, wie solche Kaderpolitik funktioniert. Was aus den einst progressiven Grünen in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten geworden ist, wäre ohne den beständigen US-amerikanischen Einfluß niemals denkbar gewesen. Die in der Politik verschlissenen und danach abgehalfterten Vertreter nicht nur dieser Partei zeigen uns präzise, woher das Geld kam, das sie einst förderte. Denn auf dem Weg aufs Altenteil folgen sie instinktiv genau dieser Spur. Robert Habeck hat uns das gerade wieder einmal nachdrücklich vorgeführt.

Wohin man in den Staaten der EU auch schaut, überall findet man diese Spuren, die das große Geld in den Lebensläufen der handelnden Personen hinterlassen hat.

Dementsprechend ist es dann auch kein Wunder, daß die Politik, die sie betreiben, keine Politik ist, die Europa oder die Europäer notwendig hätten. Wie wäre sonst zu erklären, daß sie faktisch tatenlos verharrten, als man die Basis der westeuropäischen Energieversorgung torpedierte und schließlich wegsprengte? Als die Vorteile gesamteuropäischer Integration und Kooperation unterminiert wurden, indem die Speerspitze auf dem europäischen Kontinent geschärft und nach Osten gerichtet wurde? Als die förderliche Zusammenarbeit mit China wider allen Menschenverstand immer stärker untergraben wurde? Das US-amerikanische Kapital hat relativ früh erkannt: Man kann das Entstehen eines wirklich gefährlichen Konkurrenten einfach dadurch wirksam verhindern, daß man ihn rechtzeitig aufkauft. Auch die Erweiterungspolitik der EU in den vergangenen Jahrzehnten ist nicht anders zu erklären, als durch den Einfluß eines Kapitals, das panische Angst davor hat, einen wirklich mächtigen Konkurrenten zulassen zu müssen. Es wäre im Interesse des europäischen Kapitals gewesen, seine Wettbewerbsfähigkeit vor allem dadurch zu stärken, möglichst leistungsfähige Länder in seinen Bannkreis zu ziehen. Was aber tat man wirklich? Man holte die ökonomischen „Riesen“ des Baltikums, Rumänien, Bulgarien und die Reste Jugoslawiens an Bord, buhlte um Albanien, schielte nach Georgien und Armenien. Und öffnete mit der Ukraine ein weiteres Faß ohne Boden. Das alles ist beileibe nicht durch Versehen oder politische Blindheit passiert. Es hat Methode. Es ist doch kein Zufall, daß sich die wirtschaftlich bedeutendsten Länder der EU, wie Deutschland, Frankreich, Spanien oder Italien durch ein ungebremstes Schuldenwachstum und eine wahnsinnsgesteuerte Militarisierung immer näher an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses manövrieren. Wenn man von den genannten enormen Summen ausgeht, die das US-Kapital in Westeuropa investiert hat, könnte man dann nicht wirklich zu der Annahme gelangen, es wäre aus US-Sicht sehr zweckmäßig angelegt? Denn Geld kann man auch in der Absicht investieren, bestimmen zu können, welche Musik am Ort seines Einsatzes gespielt wird, damit das Überleben zu Hause einfacher wird. Wir sollten durchaus davon ausgehen, daß das US-Kapital über diese Eigenschaft verfügt, so um die Ecke denken zu können.

Hier in Europa darf es dann ab und zu mal so aussehen, als wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt, wenn Frau von der Leyen ihre großen Reden schwingt. Jenseits des Atlantik hat man dafür gewiß nicht mehr als ein müdes Lächeln übrig.

Achim Seider

Geschichtspolitik als Kriegsstrategie

*Vom 17. bis zum 19. September fand in Peking die internationale Konferenz „Xiangshan Forum“ zu Sicherheitspolitik statt. Sie wurde 2006 von der Chinesischen Vereinigung für Militärwissenschaft ins Leben gerufen, seit 2015 ist das Chinesische Institut für Internationale Strategische Studien Mitveranstalter. Am 17. September sprach dort die BSW-Politikerin **Sevim Dagdelen**. Wir dokumentieren ihre Rede mit leichten redaktionellen Kürzungen.*

Neue Weltepoche und Hauptbollwerk

Die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union, Kaja Kallas, erklärte im September 2025, es sei ihr völlig neu, daß sich Rußland und China auf eine gemeinsame Vergangenheit als Kämpfer gegen Faschismus und Militarismus im Zweiten Weltkrieg beriefen. Rußland und China wollten die Geschichte neu schreiben, und die Welt glaube ihnen, so Kallas. Man könnte diese Aussage einer der ranghöchsten Vertreterinnen der EU als verwirrt und uninformiert abtun. Interessant ist jedoch, daß sie bei den Staats- und Regierungschefs etwa Deutschlands, Frankreichs, Polens und Italiens auf keinerlei Widerspruch stieß. Man muß daher das historische Urteil von Frau Kallas als Ausdruck einer EU-Politik verstehen, die versucht, die Geschichte umzuschreiben, um die Vorbereitung eines Krieges geschichtspolitisch zu flankieren. (...) Beim Überfall des „Dritten Reiches“ auf die Sowjetunion wurden 27 Millionen Menschen getötet, ein Großteil davon Zivilisten. Beim Angriff des japanischen Militarismus auf China starben 35 Millionen Menschen, darunter 16 Millionen Zivilisten. Die Sowjetunion und China trugen die Hauptlast im Kampf gegen den Antikominternpakt, dem sich 1936 das NS-Regime und das japanische Kaiserreich angeschlossen hatten. (...) Vor 80 Jahren einigten sich im Schloß Cecilienhof bei Potsdam US-Präsident Harry S. Truman, der britische Premierminister Winston Churchill und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Josef Stalin, auf das Potsdamer Abkommen. In dessen Folge wurden die Vereinten Nationen gegründet. (...) Auf den Trümmern des Zerstörungswerks des „Dritten Reiches“ und des japanischen Imperiums sollte eine multipolare Welt entstehen, nicht zuletzt geprägt vom nationalen Befreiungskampf der kolonialisierten Länder. Bereits mit dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki jedoch unternahm die US-Führung den Versuch, die einstigen Alliierten einzuschüchtern und mit einer

„atomaren Diplomatie“ eine eigene Hegemonie zu errichten.

Am Ende des Kalten Krieges schien dieses Kalkül aufgegangen zu sein, und sie gessicher sprach man nun von der einzig verbliebenen Weltmacht und dem „Ende der Geschichte“. In diesen Tagen jedoch ist von diesem damaligen Optimismus der NATO wenig übrig geblieben. Das Treffen der Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Shanghai-Kooperationsorganisation (SCO) wurde von den westlichen Eliten mit Schock aufgenommen. Denn jetzt zeichnet sich genau jene multipolare Welt ab, deren Verhinderung die eigene geopolitische Agenda über Jahrzehnte bestimmt hatte. Wie Zauberschüler, denen die Machtinstrumente entgleiten, haben US-Präsident Donald Trump mit seinen Strafzöllen gegen Indien und – mit Abstrichen – auch der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz mit dem Abschluß des deutsch-japanischen Rüstungsabkommens der Welt offenbart, dass ein Abschied vom Kolonialismus nur gegen den Westen und seine führenden Mächte zu erreichen ist. So war und ist der Westen der unfreiwillige Geburtshelfer einer neuen Weltepoche. Das entsprechende deutsch-japanische Geheimschutzabkommen im militärischen Bereich war bereits 2021 unterzeichnet worden. Jetzt, nach dem Besuch des deutschen Außenministers Johann Wadepful in Japan im August 2025, soll die militärische Zusammenarbeit beider Länder etwa durch die Entwicklung der deutschen Lenkwaffe „Taurus“ durch japanische Unternehmen für den Antrieb des Waffensystems massiv intensiviert werden. Wer allerdings glaubt, daß diese Rückschläge eine Umkehr im Westen befördern könnten, sieht sich getäuscht. US-Präsident Donald Trump versucht nun, alle NATO-Staaten in eine Welt-handelskriegsallianz gegen China einzubinden – mit dem Ziel, daß Handelspartner wie Deutschland Strafzölle gegen Peking und Neu-Delhi in Höhe von 50 bis 100 Prozent verhängen. Der Vorwand ist, Rußland treffen zu wollen – das eigentliche Ziel ist jedoch die Durchsetzung einer kolonialen Weltordnung. So wie Trump hier versucht, die NATO gegen China in Stellung zu bringen, spiegelt sich dies auch im militärischen Bereich wider: China ist seit dem NATO-Gipfel im Juni in Den Haag offiziell ins Fadenkreuz des Militärpakts geraten. Über bilaterale Militärabkommen von NATO-Mitgliedstaaten mit asiatischen Ländern und Australien wird versucht, Frontstaaten zu schaffen, die auch

Konflikte provozieren können. Deutschland ist dabei eines der Länder, die neben den USA vorangehen – durch Abkommen mit Japan, den Philippinen und eine strategische Partnerschaft mit Singapur. (...) Wer aber bestimmen will, welches Land mit wem Handel treiben darf, muß sich den Vorwurf des Kolonialismus zu Recht gefallen lassen. (...) Weder China noch Rußland oder Indien lassen sich ihre Politik länger von Washington, Brüssel, Berlin oder Tokio diktieren. Den Aufstieg des Globalen Südens hat der Westen schlicht verpaßt. Darin steckt natürlich auch etwas zutiefst Irrationales – und zugleich ein Stück gefährlicher Realitätsverweigerung. Denn anstatt gemeinsam an einer multipolaren Welt zu arbeiten und sich an die Gründungsidee der Vereinten Nationen zu erinnern, gibt man sich der Illusion hin, man könne zurückkehren zu einer Politik der Zersetzung und Aufteilung – und „Rußland ruinieren“, wie es die frühere deutsche Außenministerin Annalena Baerbock so unfreiwillig treffend formulierte. Es gibt daher mehr denn je eine gemeinsame Verantwortung, für die Gleichheit souveräner Staaten in dieser Welt und für die Gestaltung einer multipolaren Ordnung einzutreten. In dieser Welt ist sicher für vieles Platz – nicht aber für die Politik eines rückwärtsgewandten, nostalgischen Kolonialismus. Wer allerdings erwartet, die USA würden sich freiwillig vom Konzept globaler Hegemonie verabschieden – angesichts der Pläne, US-Truppen verstärkt auf dem amerikanischen Kontinent zu stationieren, könnte sich getäuscht sehen. Alles deutet auf eine Rückkehr des Westens zu einer Strategie des Kalten Krieges hin: eine Strategie des Rollback, mit neuen Prioritäten in den Weltregionen. Lateinamerika und eine vorgestellte westliche Hemisphäre scheinen der erste Fokus der USA zu sein, während in Asien, im Nahen Osten und in Europa Washingtons Verbündete in die erste Reihe gestellt werden sollen, um US-Ressourcen zu schonen. Dies erinnert unfreiwillig an das Wort von Mao Tse-tung: „Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“ Das Entstehen aber einer multipolaren Welt ist unumkehrbar. Wichtig sind dabei immer mehr Partnerschaften für gegenseitige Sicherheit und die friedliche Entwicklung zum Nutzen aller. Wir haben eine gerechte Welt zu gewinnen. Wir sollten diese Chance nutzen.

Patriotische Realisten

Klaus von Dohnanyi und Erich Vad sprechen miteinander über die Ursachen des Ukraine-Krieges

Links von der SPD galt Klaus von Dohnanyi als klassischer „rechter Sozialdemokrat“, d. h. als jemand, der sich in Antikommunismus von keinem Konservativen übertreffen ließ. Dazu paßte allerdings seine Herkunft nicht – sein Vater Hans von Dohnanyi wurde als Widerstandskämpfer von den Nazis 1945 hingerichtet, seine Mutter war die Schwester des Theologen und Antifaschisten Dietrich Bonhoeffer. Nach den Bundestagswahlen 2017 erklärte er bei „Maischberger“, er habe seine Partei mit dem Kanzlerkandidaten Martin Schulz nicht gewählt und betonte seine Freundschaft mit Angela Merkel. Dohnanyi ist Jahrgang 1928, trat 1957 in die SPD ein, war Mitarbeiter von Willy Brandt, handelte als Wirtschaftsstaatssekretär ab 1968 das Röhren-Erdgas-Geschäft der Bundesrepublik mit der Sowjetunion aus, war von 1972 bis 1974 Bundesbildungsminister und ab 1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister Hamburgs. Ab 1990 war er im Auftrag der Treuhand an der Privatisierung von DDR-Kombinaten wie Takraf Leipzig beteiligt. Im Januar 2022 veröffentlichte er das Buch „Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“. Eine Kernthese lautet sinngemäß: Die Sicherheitsinteressen der USA (und Großbritanniens) sind denen Deutschlands entgegengesetzt.

Erich Vad stand politisch Jahrzehnte auf konservativer Seite. Er wurde 1957 geboren, war seit 1976 Berufssoldat der Bundeswehr, zuletzt Generalmajor, und promovierte über den Militärtheoretiker Carl von Clausewitz. Ab 1987 war er ein Jahr lang im US-Panzertruppenzentrum in Fort Knox eingesetzt, arbeitete bei der NATO und im US Central Command, ab 2001 in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo er Angela Merkel kennenlernte, und bei ihr von 2006 bis 2013 im Bundeskanzleramt als Berater tätig war. Aber oder vielleicht deswegen: Seit 2022 rief er dazu auf, den Ukraine-Krieg auf diplomatischem Weg zu lösen, weil er militärisch nicht entschieden werden könne. 2024 veröffentlichte er die Arbeit „Ernstfall für Deutschland: ein Handbuch gegen den Krieg“. Er schildert darin drastisch die russische Reaktion auf einen Beschuß mit deutschen Langstreckenwaffen wie dem „Taurus“.

Die biographischen Hintergründe und beide erwähnten Bücher spielen eine Rolle in dem Gespräch vom 9. Juli zwischen Dohnanyi und Vad, das in dem Band „Krieg oder Frieden – Deutschland vor der

Entscheidung“ dokumentiert wird. Dohnanyi erwähnt, daß er 1945 als 16jähriger „ein Kampfataillon des sogenannten Reichsarbeitsdienstes zu führen hatte und auf der Flucht vor der Roten Armee gehängte Fahnenflüchtige und einen Zug von KZ-Häftlingen sah: „Es ist ein großer Unterschied, ob man über den Krieg redet oder ob man ihn mal um die Ohren gehabt hat.“ Vad erzählt von Günther Pape, 1944 einer der jüngsten Wehrmachtsgeneräle, „der eben auch die deutsche Panzertruppe der Bundeswehr aufgebaut hat“ und Nachbar des jungen Vad war: „Er war und ist mein Vorbild.“ Vad hält „das Abschreckungsprinzip der NATO ... für sehr, sehr wichtig ... auch für die künftige Aufstellung der Bundeswehr“. Zugleich sei für ihn Clausewitz „der strategische ‚Mastermind‘“, der Krieg und Politik zusammengedacht habe, genauer: Man brauche ein politisches Konzept, wenn man Krieg führe und wenn man den Krieg beenden wolle. Die damit verbundene Frage nach realistischen Zielen „haben wir uns in der Ukraine-Debatte überhaupt nicht gestellt“. Damit ist der Dreh- und Angelpunkt des Gesprächs benannt: Die Bundesregierung vertritt nach Ansicht beider nicht deutsche Interessen, sondern handelt ziellos und unrealistisch. Dohnanyi sieht das in bezug auf Rußland und den Ukraine-Krieg bis heute anhalten, Vad spricht von „Wunschkonzert“ und „billiger Propaganda“. Erst nach dem Dienstantritt Donald Trumps habe sich „das ein Stück weit verändert“. Dohnanyi ist in diesem Punkt skeptisch und fragt, warum dann Friedrich Merz die US-Politik „gewissermaßen“ unterlaufe und „nicht einmal den Versuch“ unternehme, „zu einem Frieden mit Rußland zu kommen“. Vad bringt die gemeinsame Sicht auf den Punkt: Aus deutscher und westeuropäischer Interessenlage sei „ein europäischer Krieg überhaupt keine rationale Option. Das ist aus amerikanischer oder aus britischer Sicht anders ...“ Jeder europäische Krieg mache Deutschland zum Schlachtfeld. Er sagt, die NATO habe immer Abschreckung mit Dialog und Interessenausgleich verbunden. Weder an Ungarn 1956 oder an die Tschechoslowakei 1968 seien Waffen geliefert worden. Was Putin 2022 gemacht habe, habe er „aus seiner Interessenlage heraus machen“ müssen, auch wenn er, Vad, den „Völkerrechtsbruch“ nicht akzeptiere. Die NATO-Osterweiterung sei anfangs durch Kooperation mit Rußland „abgefedert“ worden (NATO-Kooperationsrat, Aufnahme Rußlands in G7 und Welthandelsorganisation), aber diesen Kurs hätten vor allem die USA verlassen. Der „Maidan“? Vad: „Regime Change-Operationen gehören nun mal zum Repertoire des US-Militärs.“ Dort werde auch wissenschaftlich dazu gearbeitet,

hierzulande herrsche Schweigen. Allein im Kalten Krieg bis 1991 hätten die USA 66 solcher Operationen durchgeführt – und dann auch in der Ukraine. Wenn Trump jetzt den Panamakanal und Grönland zu einer Frage der nationalen Sicherheit erkläre, dann verstehe er „diese strategische Sichtweise, aber wir müssen dies auch den Russen und Chinesen zubilligen“.

Der Gesprächsband enthielt viele aufschlußreiche Details zur deutschen Politik gegenüber den USA und der Sowjetunion beziehungsweise Rußland. Die Haltung Dohnanyis und Vads erinnert an die von Angehörigen des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), die sich gegen die antinationale Politik des deutschen Faschismus wandten. Den beiden erfahrenen Fachleuten scheint die Lage für Deutschland und seine Bevölkerung offensichtlich ähnlich dramatisch wie vor mehr als 80 Jahren – auch ohne faschistische Diktatur. Das bringt sie zu patriotischem Realismus.

Arnold Schölzel

Klaus von Dohnanyi/Erich Vad: Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung. Westend-Verlag, Neu-Isenburg 2025, 124 Seiten, 20 Euro

Nahost, Ukraine und wer weiß, wo noch

– Im Vergleich zu heute war die Völkerwanderung eine Posse –

Die stetige Neuaufteilung der Welt
Ist im Wandel von gestern und heute,
Da jeder Fortschritt wirkt vergällt
Im Chaos als ein Meer von Geld,
Selbst macht den Tod zur Beute.

Die Erde ward kleiner, zeitbetont.
Kontinentinteresse zerschellt.
Ganz egal, wer wo noch heute wohnt,
Das alte Europa bleibt nicht verschont.
Kapital hält die Erde für Geld.

Und Afrika, wo der Mensch her kam,
Sei's Asien, Australien, Amerika,
Dem Kapital fremd ohne Scham
Sind Leben, Glauben, wie der Islam.
Auch Europa ist längst nicht mehr da.

E.Rasmus

„Drohne wars“ – Drohnen, Künstliche Intelligenz und das Märchen vom „sauberen Krieg“ (Teil 1)

Bereits seit Mitte der 90er Jahre werden Drohnen zu militärischen Zwecken eingesetzt. Dienten sie anfangs überwiegend der Aufklärung, kamen rasch neue, tödliche Aspekte ins Spiel. Als die Amerikaner in Afghanistan, Irak und später auch in Syrien erstmals „Killerdrohnen“ im größeren Stil einsetzten, war die Empörung in weiten Teilen der deutschen und internationalen Öffentlichkeit noch groß. Und heute? Heute gelten sie geradezu als selbstverständlich. Dennoch: Über mehr als zweieinhalb Jahrzehnte hinweg ging der Einzug von Drohnen und AI (Artificial Intelligence/Künstliche Intelligenz) in den militärischen Bereich nur relativ schleppend vonstatten. Der Ausbruch des Ukraine-Konflikts änderte alles. Was wir gegenwärtig beobachten, kann mit Fug und Recht als Revolution der Kriegsführung bezeichnet werden: Gewiß war man sich in Amerika, Großbritannien, der Russischen Föderation, China und anderen Ländern auch zuvor schon der wachsenden Bedeutung von Drohnen und AI für den militärischen Sektor bewußt, doch der große Durchbruch kam erst 2022. In gleichem Maße, wie das Feindbild des „bösen Russen“ entwickelt, Haß und Ängste geschürt und ein abstruses, jedweder Realität widersprechendes Bedrohungsszenario aufgebaut wurden, schmolzen bisher bezüglich des Einsatzes von Drohnen und AI in Politik und Öffentlichkeit bestehende moralische Bedenken dahin wie Softeis an einem heißen Sommertag. Die enormen Risiken dieser neuen Technologien werden von den Verantwortlichen entweder billigend in Kauf genommen oder verharmlost – auch in der Selbstwahrnehmung. Die Sicht von Politik, Öffentlichkeit und vieler Militärangehöriger auf die Themenkomplexe „Drone warfare“ und den Einsatz Künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich ist geprägt durch eine Vielzahl von Mißverständnissen, Mythen und gefährlichen Halbwahrheiten.

Wie eingangs bereits erwähnt, forcierte der Ausbruch des Ukraine-Konfliktes eine Entwicklung, die schon Jahre zuvor begonnen hatte, in ungeahntem Maße. Unter den Militärstrategen herrscht seltene Einigkeit darüber, daß Drohnen in zukünftigen Konflikten eine weitaus größere Rolle zukommen wird als das in der Vergangenheit der Fall war. Die Autoren des im Frühjahr 2025 vom britischen Verteidigungsministerium publizierten „Strategic Defence Review“ weisen Drohnen und KI-unterstützten Systemen sogar eine dominierende Rolle zu. Man muß

sich dabei vor Augen halten, daß dieses von der Labour-Regierung in allen Punkten gebilligte Papier richtungsweisend für die zukünftige britische Militärdoktrin ist. Erklärtes Ziel ist demnach, die britischen Streitkräfte „um ein Zehnfaches tödlicher“ zu machen als bisher. Großbritannien soll in die Lage versetzt werden, jederzeit einen Krieg zu führen und zu gewinnen, es soll – um mit den führenden deutschen Politikern zu sprechen – „kriegstüchtig“ gemacht werden. Eine komplette Neustrukturierung der britischen Streitkräfte soll hierzu maßgeblich beitragen. Die sogenannte 20-40-40-Strategie setzt voll auf Drohnen (40 %) und KI-gesteuerte Autonome Waffensysteme (40 %); Panzer, Motorschützen, Artillerie u.a. sollen nur noch 20 % der Feindangriffe ausmachen¹ – eine erschreckende Perspektive auch deshalb, weil die Konsequenzen einer drohnenbasierten Kriegsführung weit über den militärischen Bereich hinausreichen. Fakt ist, dass Killerdrohnen die Hemmschwelle für den Einsatz militärischer Mittel zur Lösung von Konflikten sowohl bei Soldaten als auch in Politik und Gesellschaft stark herabsetzen. Die Politiker trösten sich damit, dass man nicht mehr das Leben der eigenen Leute in Gefahr bringen muß, um die „Bösen“ zu eliminieren, sondern im sicheren Schutz des Büros zum tödlichen Schlag ausholen kann. Das macht die Entscheidung für einen Angriff leichter, zumal Drohnen auch noch vergleichsweise „billig“ sind.

Auch in der Gesellschaft ist ein drohnenbasierter Kampfeinsatz oder Krieg wesentlich leichter akzeptabel – zumindest dann, wenn man selbst nicht davon betroffen ist. Warum? Ganz einfach: Die eigenen Soldaten riskieren dabei ja nicht ihr Leben und der Feind hat schließlich den Tod verdient.

Apropos „Feind“: Ohne Beobachtungseinrichtungen vor Ort ist es einfach nicht möglich, genau zu wissen, was hunderte oder gar tausende Kilometer entfernt gerade passiert. Die traurige Wahrheit ist, daß das Risiko für die Zivilbevölkerung durch den Einsatz von Killerdrohnen enorm ansteigt. Der eigentliche Gegner hat nicht einmal die Chance, sich zu ergeben. Im Drohneneinsatz gibt es nur eines: das „gezielte Töten“.

¹ Ganz so weit will man in der Russischen Föderation nicht gehen: Im Juni 2025 unterzeichnete Präsident Putin einen Befehl zur Schaffung einer neuen, auf Drohnentechnologie spezialisierten Teilstreitkraft.

Die Präzision der Killerdrohnen und anderer Hochpräzisionswaffen ist ein weiterer Mythos. Selbst unter Testbedingungen treffen nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen das Ziel innerhalb der angegebenen Toleranzgrenzen; unter realen Bedingungen ist die Treffergenauigkeit entsprechend schlechter.

Studien weisen zudem auf eine weitere, von Politikern und Medien verschwiegene Gefahr hin: Drohnenbasierte Kriegsführung ist ein Kampf auf Distanz. Der die Drohnen lenkende Operator ist vom Ort des Kampfgeschehens hunderte, wenn nicht tausende Kilometer entfernt. Das Operationsgebiet sieht er nur durch die Sensoren der Drohnen. Die Grenzen zwischen Realität und Fiktion verschwimmen, das Ganze wirkt fast wie ein Videospiel. Die Hemmschwelle sinkt: Daß es sich bei den Zielen um lebende, führende Menschen handelt, dringt gar nicht ins Bewußtsein. Es ist die Entmenschlichung des Krieges – ohne Moral, ohne Gnade.

Dr. Dörte Hansen



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei

Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

„Zivilklauseln“ und was dahinter steckt

Es tobt der Kampf um die sogenannten Zivilklauseln. Viele können mit dem Begriff nichts anfangen. Gerade jetzt, wo die Zivilklauseln unter die Räder der Kriegsertüchtiger kommen, sollte man sie nicht dem Vergessen preisgeben. Was ist eine Zivilklausel? Der Begriff bezeichnet die freiwillige Selbstverpflichtung akademischer Institutionen, ihre Forschung, Lehre und Entwicklung ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu betreiben. Die Idee einer Wissenschaft, die sich bewußt vom Militärssektor distanziert, ist keineswegs eine deutsche Erfindung. 1950 beschloß der Japanische Wissenschaftsrat eine bis heute Geltung beanspruchende akademische Selbstverpflichtung, keine Militärforchung zu betreiben. Es gab naturgemäß unzählige Versuche, insbesondere des US-Imperialismus, diese ihm mißliebige Konstruktion zu unterlaufen, so während des Vietnamkriegs (60er Jahre) und anlässlich der „Strategic Defense Initiative“ (SDI, 80er Jahre). Dies blieb allerdings in der Forschergemeinschaft nicht ohne Widerstand, als z.B. die renitente Japanische Physikalische Gesellschaft 1967 auf ihrer Generalversammlung beschloß, jeder Unterstützung von militärischen Stellen eine strikte Absage zu erteilen. Im Nachkriegsdeutschland verfolgte das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 25 (April 1946) explizit das Ziel, Forschung für militärische Zwecke zu verhindern, indem es jegliche angewandte naturwissenschaftliche Forschung, die rein oder wesentlich militärischer Natur war, verbot. Forschungsvorhaben bedurften der schriftlichen Genehmigung durch die jeweilige Militärkommandantur. Unmittelbar nach dem Krieg entsprach dieses Ziel den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens, nämlich jedweden deutschen Militarismus bereits im Keim zu ersticken. Im Zuge der von der Adenauer-Regierung während der 50er Jahre betriebenen Wiederbewaffnungspolitik und besiegelt durch den deutschen NATO-Beitritt (1955) verschwanden auch die antimilitaristischen Zielsetzungen aus der Forschung. Als in der CDU/CSU offen eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen diskutiert wurde, formierte sich innerhalb der Wissenschaft Widerstand. Ausgehend von der Gefahr einer nuklearen Eskalation fanden sich namhafte Wissenschaftler zusammen und veröffentlichten am 12. April 1957 die „Göttinger Erklärung“, eine klare Absage an Forschung,

„die sich mit der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise“ beschäftigt. Die nächste Wegmarke schlug die Zustimmung des Bundestags am 22. November 1983 zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen ein. Die erste an einer deutschen Hochschule institutionalisierte Zivilklausel ließ infolge der erstarkten Friedensbewegung nicht lange auf sich warten. 1986 verabschiedete die Universität Bremen eine Regelung, die



18. April 1957: Professoren der Karl-Marx-Universität Leipzig solidarisieren sich mit der „Göttinger Erklärung“ gegen Atomwaffen

besagt, daß „jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung bzw. Zielsetzung“ vom Akademischen Senat abgelehnt wird. Die Klausel verlangte ferner von den Mitgliedern der Universität, „Forschungsthemen und -mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können“. Viele Hochschulen und Forschungsinstitute folgten, so daß inzwischen an 75 von 422 Forschungsinstituten Zivilklauseln in unterschiedlich strikter Ausprägung existieren. Angriffe der Apologeten militärischer Forschung gab es stets, auch zahlreiche Versuche, die Forschung nach effektiveren Waffen und Kampfmiteln an Instituten, die sich keine Selbstverpflichtung auferlegt hatten, voranzutreiben. So konnte man 2014 in der „Bayerischen Staatszeitung“ (herausgegeben von genau jener Verlagsgruppe, die auch die „Süddeutsche Zeitung“ und den Münchner „Merkur“ editiert) etwas lesen, was nicht nur für Bayern repräsentativ war: „Die vom Militär finanzierten Projekte sind vielfältig.“ Es wurde „an der LMU im Bereich der Medizin untersucht, wie Stammzellen nach einem Giftgasanschlag die Heilung der Haut beschleunigen können. Die TU befaßte sich mit der Frage, wie Elektronikbauteile radioaktive Strahlung überstehen und ganz

allgemein mit der Verbesserung von Navigationsverfahren, Raketenantrieben oder Drohnen. An der Universität Nürnberg-Erlangen wurde die Materialforschung mittels Kurzwellen vorangetrieben, um zum Beispiel Haarrisse in Flugzeugflügeln aufzuspüren. An der Bundeswehr-Uni war das Ziel, die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft von Soldaten zu steigern. In Würzburg arbeitet man an Quantencomputern, (...) in Deggendorf wurden Laserentfernungsmesser entwickelt, (...) in Bayreuth Biomaterialien wie Spinnenseide für schußsichere Westen erprobt. Über die Ergebnisse ist meist nichts bekannt: Sie sind geheim und werden nicht veröffentlicht.“ Der „Spiegel“ griff in seiner Ausgabe vom 25.11.2013 die Thematik auf: „Wie der NDR und die Süddeutsche Zeitung berichteten, sollen 22 deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute seit dem Jahr 2000 mehr als zehn Millionen Dollar Forschungsgeld aus dem Haushalt des US-Verteidigungsministeriums erhalten haben. Bei den geförderten Projekten handele es sich demnach sowohl um Grundlagen- als auch um Rüstungsforschung, zum Beispiel an Sprengstoffen. So habe die Ludwig-Maximilians-Universität in München vom US-Kriegsministerium 2012 mehr als 470 000 Dollar erhalten, um militärische Sprengstoffe zu verbessern.“ Und heute? Es braucht angesichts des Kriegsgeheuls in der Politik und ihrer Helfershelfer in den Mainstream-Medien nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, welche Entwicklung der Forschungssektor in den letzten fünf Jahren genommen hat. Aus der öffentlichen Reaktion auf die mehr als plumpe Direktfinanzierung militär-affiner Projekte an den Universitäten hat man in den Führungsetagen von NATO, Bundeswehr und angeschlossener Einrichtungen „gelernt“. In Zeiten knapper Forschungsmittel für nicht-militärische Projekte punktet die militärische Forschung mit schier unerschöpflichen Finanzmitteln, die ihr zur Verfügung stehen. So fördert einer der größten Geldgeber, der „Europäische Verteidigungsfonds“ (EVF) „Projekte, die innovative Technologien erforschen und entwickeln, welche militärische Fähigkeiten bedienen. Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung ... berät die nationale Kontaktstelle deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei ihrer Antragstellung für eine solche Förderung.“ Das Geld lockt und eine überwältigende Zahl

„innovationsfördernder Ausschreibungen“ von genuin militärischen Forschungsprojekten tut ihr übriges. Orientiert am militärischen Nutzen, der stets am Ende der „Wertschöpfungskette“ stehen soll, verlegen sich aus dem Kriegshaushalt finanzierte „Innovationsagenturen“ auf den totalen Waffenhype. Der „Tagesspiegel“ schrieb am 27. März 2025: „Wohin man auch schaut: An der Bereitschaft, die von EU-Kommission und Bundesregierung ausgelobte Wehrtüchtigkeit umzusetzen, mangelt es derzeit wirklich nicht. Die Ideen sprudeln, insbesondere, wenn sich damit viel Geld verdienen läßt: Da will Rheinmetall in leeren VW-Werken Panzer produzieren oder zivile Werke rund um Berlin in kürzester Zeit zu Munitionsfabriken umbauen. Deutsche Start-ups wie Helsing rechnen vor, wie schnell sie Drohnenwälder produzieren können.“ Dabei setzen die Protagonisten der Rüstungstechnik nicht mehr auf die allzu schnell ans Licht der Öffentlich tretende Direktbeauftragung, sondern man präferiert aktuell das Konzept des „Dual-Use“. Dual-Use beschreibt Forschungsergebnisse, Wissen oder Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können. Die oftmals vagen

Formulierungen in vielen Zivilklauseln lassen eine klare Trennlinie zum Militärischen vermissen. Das eröffnet neue Felder für die Militärforschung. Bei den Biowissenschaften kann die Erforschung von Viren einerseits dazu dienen, neue Medikamente und Impfstoffe zu entwickeln. Gleichzeitig schaffen diese Forschungen aber auch einen „Bauplan“ für potenziell tödliche Krankheitserreger, die der biologischen Kriegsführung dienen. In der Palette der Produkte eines Hubschrauber-Herstellers sind die Chassis identisch, durch Zusatzaggregate laufen in der Endfertigung aber gleichzeitig Rettungs- wie auch Kampfhelikopter vom Band. Wer hier mit der ethischen Ausrichtung der Wissenschaft argumentiert, dem schlägt es lauthals entgegen, er sei ein „Feind der Wissenschaftsfreiheit“, ein Gegner „prosperierende Wirtschaftsentwicklung“ oder beeinträchtige die „Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulforschung“. An vorderster Front der Auftragswerbung agieren drei neue Hätschelkinder des „Verteidigungs“ministeriums: „Cyberagentur“, „Cyber Innovation Hub“ der Bundeswehr und die in Kürze neu aufgelegte „Sprind.MIL“. Letztere feiert das bevorstehende goldene Profitzeitalter mit

todbringenden Waffen: „SPRIND.MIL wird daher den einzigartigen Fokus haben, mit der Bundeswehr, den Sicherheitsbehörden und europäischen Militärs transformative Technologien durch das Red Teaming (d. h. das reale Testen defensiver und offensiver Technologien von Startups, welche sich in die Position feindlicher Staaten versetzen und entsprechende Szenarien simulieren) spezifisch zu identifizieren, zu testen, zu validieren und voranzutreiben.“ Für sie alle sind Zivilklauseln nicht viel mehr als bloße Papiertiger.

Wohin das führt? Das wissen wir, sie wissen es auch. Auch die Forschung hierzu läuft. Am 27.6.25 startete die Ausschreibung eines Großauftrags für mehrere tausend Stück Leichensäcke vom Typ „BERGESACK, -LEICHEN, Angebots-Nr. B/ E2DW/QR048“. Im inzwischen gelöschten Text wurden die Leistungsmerkmale beschrieben: „aus Kunststoff, luft-, wasser- und gasdicht“. So sorgt das Beschaffungamt für eine nachhaltige letzte Heimreise und eine blickdichte Verpackung der zerfetzten Reste derer, die für den Profit im Dreck der Schlachtfelder elendig verreckt sind.

Dr. Ralf Hohmann

Alte und Kranke sollen Kriegskurs zahlen und Zwangsdienst leisten Kahlschlag soll nicht Kahlschlag heißen

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) kam polternd aus der Sommerpause: „Ich werde mich durch Worte, wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt, nicht irritieren lassen.“ Der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar. Die SPD nimmt es gelassen: Die „Aussagen (...) scheinen mir mehr Pflichtelement einer CDU-Parteitagrede zu sein als alles andere“, kommentierte deren Generalsekretär, Tim Klüssendorf. Zur gleichen Zeit zeigte sich SPD-Vizekanzler Lars Klingbeil in Kiew spendabel. Er sagte der Ukraine weiterhin jährlich neun Milliarden Euro für ihre Kriegskasse zu. Als Finanzminister bringe er „die klare Zusage mit: Die Ukraine kann sich weiter auf Deutschland verlassen.“

Um diesen Wahnsinn weiter zu betreiben und Rheinmetall und anderen Waffenschmieden noch mehr Geld zuzuschleusen, forderte Klingbeil seine Kabinettskollegen auf, Einsparvorschläge im zweistelligen Milliardenbereich vorzulegen. Unterstützt wurde er von der sogenannten Wirtschaftsweisen Veronika Grimm.

„Ausgabenreduzierungen“ seien vor allem durch „Sozialreformen“ möglich. „Insgesamt könnte man 70 bis 80 Milliarden Euro

pro Jahr einsparen“, so Grimm gegenüber der „Rheinischen Post“ – „wenn der Wille dazu gegeben wäre.“

Im Zentrum des bevorstehenden Angriffs auf die Reste des Sozialstaats stehen die, die am wenigsten haben. Die Milliarden, die in Rüstung und Krieg fließen, sollen aus Bürgergeldbeziehern und Flüchtlingen gequetscht werden. Auch andere Bedürftige wie Empfänger der Grundsicherung und von Eingliederungshilfen sollen dranglauben. Betroffen sind unter anderem Alte, die nicht von ihrer Rente leben können, und Kranke, zum Beispiel Menschen mit Behinderungen. Natürlich lassen sich so keine „Löcher stopfen“, wie Grimm es fordert. Vielmehr geht es um Spaltung und Disziplinierung von Erwerbslosen und Beschäftigten.

Und um Mobilmachung. Die Jungen sollen zum Dienst an der Waffe gezwungen werden. Die Alten – „aus Gerechtigkeitsgründen“ – zu einem unbezahlten „sozialen Pflichtjahr“. Alle sollen ran, um das zu vollbringen, was 1941 bis 1945 nicht gelang: „Die Russen“ in die Knie zu zwingen.

Wenn dieser Großangriff auf die Bürgerinnen und Bürger ohne nennenswerte Gegenwehr gelingt, wäre aus Sicht der

Herrschenden ein großer Schritt hin zur neuen deutschen Kriegstüchtigkeit getan. Fragt sich, wie es um die Bereitschaft bestellt ist, an die Front zu gehen und für „das Vaterland“ zu sterben, um sich den Osten untertan zu machen. Diese Opferbereitschaft herzustellen ist der Grund für die immer aggressivere Kriegspropaganda und die stetig wiederholte Bedrohungslüge vom bösen Russen.

Auch der DGB betont in seinem Aufruf zum Antikriegs- und Weltfriedenstag „die Notwendigkeit, in Deutschland und Europa die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit zu stärken“. Der Gewerkschaftsbund fürchtet, Deutschland könne sonst unter die Räder der rivalisierenden Großmächte USA, China und Rußland geraten. Der Aufruf läßt sich nur als „Ja“ zu Hochrüstung und damit auch zu Sozialabbau lesen. An vielen Orten erteilen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dieser eine klare Absage und suchen statt dessen den Schulterschluss mit der Friedensbewegung.

Wera Richter

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, DKP, 29.8.2025

Die Ostsee als Schauplatz eines unerklärten hybriden Krieges

Der Berater des russischen Präsidenten und Vorsitzender des Maritimen Kollegiums, Nikolai Patruschew, äußerte sich zur Sprengung der Nord-Stream-Leitungen.

Der Informationsrummel um die unerwartete Aktivität deutscher Ermittlungsbehörden, die die mutmaßlichen Teilnehmer an den Sprengungen der Gaspipeline Nord Stream 1 und Nord Stream 2 identifiziert haben, reißt nicht ab. Journalisten wenden sich an das Marinekollegium und stellen berechnete Fragen: Können wir den Daten trauen, daß Saboteure, die Terroranschläge in der Tiefsee verübt haben, tatsächlich gefunden wurden, und was steckt hinter dieser Phase der Ermittlungen?

Ich möchte Sie daran erinnern, daß Staaten, die an echten Informationen über die Geschehnisse im September 2022 interessiert sind, nicht berechtigt waren, die Sabotageakte bei Nord Stream zu untersuchen und die Materialien der Strafverfahren einzusehen. Der letzte von ihnen beschuldigt bedingungslos eine Gruppe ukrainischer Bürger, die angeblich mit einem gefälschten rumänischen Paß eine Yacht für eine Kreuzfahrt auf der Ostsee gechartert haben. Unbemerkt laden die mutmaßlichen Saboteure mühelos Tauchausrüstung, mehrere hundert Kilogramm Sprengstoff und andere notwendige Ausrüstung auf einen Pier, hundert Meter vom NATO-Marinestützpunkt in Rostock entfernt, und fahren in aller Ruhe aufs offene Meer hinaus. Irgendwie entdecken sie eine Gaspipeline, ohne sie mit anderen Pipelines und Kabeltrassen zu verwechseln, die in dieser Gegend zahlreich vorhanden sind. Unter den Bedingungen des regen

Schiffsverkehrs führen sie mehrere Tauchgänge durch, befestigen Sprengladungen an der Gaspipeline und kehren sicher in den Hafen zurück. Ich weiß nicht, für wen diese Leaks an die Presse bestimmt sind, aber kompetente Leute haben viele Fragen. Wer hat beispielsweise ukrainischen Saboteuren erlaubt, so ungehindert auf dem Territorium eines anderen Staates zu operieren? Es stellt sich heraus, daß die NATO-Marinestreitkräfte die Sicherheit rund um ihre Stützpunkte nicht gewährleisten können und die deutschen Behörden nicht in der Lage sind, das Verhalten von Ausländern auf ihrem Territorium zu kontrollieren. Oder wurden all diese Aktivitäten unter Beteiligung hochprofessioneller Vertreter der NATO-Geheimdienste geplant, kontrolliert und durchgeführt?

Dies ist eindeutig ein Sabotageakt, der auf sehr professionellem Niveau durchgeführt wurde. Die Zerstörung eines Abschnitts einer Unterwasserpipeline ist an sich schon eine schwierige Aufgabe, insbesondere wenn sie möglichst unauffälliges Arbeiten ohne den Einsatz eines speziell ausgerüsteten Schiffes erfordert. Im Fall von Nord Stream wurde diese Aufgabe offensichtlich von einem hochqualifizierten Saboteursteam mit umfassender Erfahrung in großen Tiefen und unter den schwierigen hydrologischen Bedingungen der Ostsee durchgeführt. Nicht jede Armee oder Spezialeinheit der Welt verfügt über Schwimmer, die in der Lage sind, eine solche Aktion kompetent und vor allem verdeckt durchzuführen.

Dies ist eine der ältesten Marinesabotageeinheiten, die sich während des Zweiten Weltkriegs einen Namen machte. Britische Saboteure wurden berühmt für ihre Fähigkeit,

Angriffe mit einfachsten Mitteln wie Kanus und Kajaks durchzuführen, weshalb der Dienst als Bootsdienst bezeichnet wurde. Und nach dem Krieg lernten ihre Kämpfer aus erster Hand von ihren ehemaligen Feinden, den Deutschen und insbesondere den Italienern der 10. MAS-Flottille, deren Veteranen, ich erinnere Sie daran, nicht unbegründet verdächtigt werden, an der Explosion des sowjetischen Schlachtschiffs Noworossiysk beteiligt gewesen zu sein. Es ist ein Sabotageversuch im englischen Portsmouth gegen den Kreuzer Ordschonikidze bekannt, an Bord dessen sich der Chef der UdSSR, N. S. Chruschtschow, befand. Übrigens möchte man sich heute lieber nicht daran erinnern, daß buchstäblich am Vorabend der Explosion der Nord Stream 2 in diesem Teil der Ostsee NATO-Marineübungen abgehalten wurden. Es sei auch darauf hingewiesen, daß die verhafteten Ukrainer selbst erklärten, die gegen sie geführten Ermittlungen zielten darauf ab, die Schuld auf die Ukraine zu schieben und die wahren Organisatoren und Teilnehmer des Terroranschlags zu vertuschen, die an einer Verschärfung der Spannungen im Baltikum interessiert seien. Eine Analyse der Lage in der Region bestätigt ihre Aussagen.

Es ist bekannt, daß die Sabotageakte an der Nord Stream-Pipeline nur der Auftakt zu einer neuen, in der modernen Geschichte beispiellosen Spannungswelle in der Ostsee waren. Eine Reihe merkwürdiger Vorfälle mit Unterwasserkabeln und russischen Schiffen deuten darauf hin, daß der Westen ernsthaft beschlossen hat, den Einsatz zu erhöhen und die Ostsee zum Schauplatz eines unerklärten hybriden Krieges zu machen.

Quelle: „Kommersant“, Moskau, 7.9.2025

RF-Singegruppe – gefragter Partner

Die große Demonstration am 13. September am Brandenburger Tor brachte viele Berliner, so auch Mitglieder unserer RF-Singegruppe, auf die Beine, wenn es auch wesentlich mehr hätten sein können. Einige von uns machten sich aber auf den Weg in die sächsischen Gefilde, um den dortigen Genossen vom RFB e. V. bei ihrer Jahresversammlung Mut und Kraft durch das Singen von Arbeiter- und Kampfliedern zu spenden. Nachdem die Arbeit der letzten 30 Jahre durch den Vorsitzenden in Erinnerung gerufen wurde, untermalt durch Bilder von den Höhepunkten der Arbeit und zur Würdigung der Mitglieder des Vereins, tauschten sich die Teilnehmer zu den anstehenden Aufgaben im

Friedenskampf aus und erinnerten sich u. a. an die Erlebnisse der Riesengebirgstreffen in Mala Upa.

Dann stimmte die RF-Singegruppe Lieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung an, gefolgt von Liedern aus der DDR und der Mahnung, sich gemeinsam gegen Krieg und Aufrüstung zur Wehr zu setzen.

Die Dresdener und Heidenauer Genossen sangen begeistert mit, klatschten und wollten Zugaben – es war eine wunderbare gemeinsame Erfahrung für uns alle.

Am Ende wurden wir sogar eingeladen, im nächsten Jahr in Mala Upa mitzuwirken.

Gabi Parakeninks, Berlin



Kanzler Merz, der Kalte Krieger

(...) „Schwachmatten und Schwachmatinnen, überbieten sich gegenseitig an Inkompetenz, Dummheit, Arroganz und Frechheit. Keine Peinlichkeiten, Lügen oder Angstgeschichten, um das Volk zu sedieren und es zu manipulieren, sind ihnen zu skrupellos, um sie ohne Schamgefühl zu propagieren ...“

Die so adressierte Kumpanei treibt zum Krieg gegen Rußland. Noch stemmt sich die Bevölkerungsmehrheit dagegen. Es läßt sich jedoch nicht übersehen, daß das Trommelfeuer von „Lügen oder Angstgeschichten“ über den „russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine“ in Deutschland Wirkung zeitigt. Ungeniert und gehässig verwendet die Tageschau die AgitProp-Formel „Machthaber Putin“ für den demokratisch gewählten russischen Staatspräsidenten. Das Gebot, Kommentar von Nachricht zu trennen, gilt ihr einen Dreck. Von einem „Machthaber Trump“ würden diese journalistischen Rotzlöffel nicht zu schreiben wagen.

Kriegsminister-Verschnitt Pistorius darf immer noch behaupten, spätestens 2029 sei mit einem russischen Angriff auf Deutschland zu rechnen, ohne daß die versammelten Redaktionsbleistifte ihn beweispflichtig machen. Mit solchem Stuß sammelt der Mann Punkte. Sein Kalkül mit der Vergeßlichkeit des deutschen Publikums (und mit dem talentfreien Tagesschau-Journalismus!) geht auf: *Leute, hier wird konsumiert, was ich sage und was so auf den Bildschirm kommt. Der Teller wird leergegessen, dann gibt es am Schluß auch einen schönen Wetterbericht. Basta!* (...)

Imperiale US-Politik

Der NATO-Westen pumpte bis April 2025 mehr als 200 Milliarden Euro in das korrupte System der Ukraine. Deutschland ist der zweitgrößte Spender. Glaubwürdig mit Fakten und Zahlen begründet wurde die ungeheure Geldverschwendung nie. Der Öffentlichkeit wird vielmehr mit wortreichem Geschwurbel der Durchblick verstellt. Wer erinnert sich noch daran, daß Trump die Blase „russischer Angriffskrieg“ platzen ließ: Ex-Präsident Joe Biden habe – so die nunmehr offizielle US-Linie – den Krieg gegen Rußland begonnen. Nix „Putins Krieg“!

Das ist zwar eine arge Verkürzung der Konfliktgeschichte. Die begann nicht erst 2022 mit Biden, sondern spätestens 2014 mit Trumps Vorgänger Barack Obama. Dessen kriegswütiges und mörderisches Regime hat auch den antirussischen Putsch in Kiew finanziert und angezettelt. Aber richtig ist: In der imperialen US-Politik liegt die Wurzel des Ukraine-Krieges.

Biden war 2022, bei Kriegsbeginn, noch sehr direkt, als er öffentlich Putins Sturz verlangte: „Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben.“ Um vor der Öffentlichkeit zu verbergen, daß es bei der Waffenhilfe für das neonazistisch beeinflusste Selenskyj-Regime primär nicht um die Ukraine, sondern um den westlichen Zugriff auf Rußlands Reichtum geht, argumentierte man bei offiziellen Verlautbarungen dann nur noch hinterfotzig – nach dem „Haltet-den-Dieb!“-Muster aller Politgangster:

„Der russische Präsident Putin hat einen ein-samen, völkerrechtswidrigen Krieg begonnen. ... ein brachialer Angriff auf unsere Freiheit, unsere gemeinsamen europäischen Werte, auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit und der Versuch, eine diktatorische Herrschaft auszudehnen. ... Putin hat mit seinem brutalen Angriffskrieg die Tür zur Diplomatie zugeschlagen...“

Die Behauptung, es handele sich beim Ukraine-Krieg um einen völkerrechtswidrigen Krieg – „russischer Angriffskrieg“ –, ist die seit Jahren wirkungsvoll wiederholte Propagandaformel des Wertewestens. Mit dessen Repräsentanten über Völkerrechtsfragen zu debattieren, ist pure Zeitverschwendung.

Völkerrecht der Scheinheiligen

Kein Recht der Welt hindert eine Regierung daran, ihre Interessen militärisch durchzusetzen. Das ist nun mal gang und gäbe. Abgewogen wird nicht nach rechtlichen und erst recht nicht nach moralischen Gesichtspunkten, sondern nach Machbarkeit und Konsequenzen. Das Recht des Stärkeren ist zu keinem Moment vom Völkerrecht abgelöst worden. Das Völkerrechts-Getue ist nicht mal ernst gemeint, sondern dient in erster Linie dem propagandistischen Ziel, die Welt zum jeweils eigenen Wohl in Gut und Böse einzuteilen.

Insbesondere die USA pfeifen traditionell auf das Völkerrecht: Seit Gründung der UN-Charta 1945, seit Ende des Zweiten Weltkrieges, haben sie bis zur Jahrtausendwende mehr als 100-mal andere Länder überfallen und Millionen Menschen umgebracht. Mindestens 81 mal haben sie dabei in Wahlvorgänge in anderen Ländern eingegriffen. Seit dem Jahr 2000 haben sie sich weiterer 17 (!) Angriffskriege schuldig gemacht, kleiner und größer; 4,5 Millionen Tote gehen allein in dieser kurzen Zeit auf ihr Schuld-Konto.

Seit 1999 haben sie dabei einen zuverlässig kriecherischen Kameraden: Deutschland ist Mitmacher, zum Teil offen, wie in Jugoslawien, oder klammheimlich, wie im Irak. Auch gegenüber Syrien haben sich

deutsche Regierungen des Massenmords schuldig gemacht, vor allem mit Sanktionen und deren tödlichen Folgen für die syrische Zivilbevölkerung. Die politische und materielle Unterstützung islamistischer Kopfabsteiger zwecks Entmachtung des vormaligen Präsidenten Baschir Assad war fraglos ebenfalls völkerrechtswidrig. Und gerade ist unsere Regierung dabei, sich mit „Übergangspräsident“ Ahmed al-Scharaa zu arrangieren, einem vormaligen IS-Terroristen, Massenmörder, Folterer und Vergewaltiger, auf den die USA einst 10 Millionen Dollar Kopfgeld ausgesetzt hatten.

„Politischer Realismus“ und moralischer Anstand passen zueinander wie der Pups zum Parfümladen.

Urheber des Krieges

Hier eine kleine Gedächtnishilfe, notwendig, weil die langen Kriegsjahre und der EU-weite russenfeindliche Meinungssterror die deutschen TV-Verbraucher den Überblick verlieren lassen: Der Ukraine-Krieg wurde vom Westen provoziert. Der Westen mißachtete die Sicherheitsbedürfnisse Rußlands, brach nach dem Anschluß der DDR an die BRD sein Versprechen, die NATO „keinen Schritt weiter nach Osten“ auszudehnen und betrieb fortgesetzt aggressive Einkreisungspolitik: zuletzt offensiv mit dem Angebot an die Ukraine, ihre Aufnahme in die NATO zu unterstützen. Und aggressiv mit der finanziellen und schließlich militärischen Unterstützung der Putschjunta in Kiew.

Der Westen, angeführt von den USA und Deutschland, unterstützt ein Völkerrechtsverbrechen: den Krieg der Ukro-Junta gegen die russischstämmige Bevölkerung im Donbass und an der Schwarzmeerküste. Daß dieser Krieg seit dem Maidan-Putsch im Jahr 2014 laut OSZE-Beobachtung schon 14 000 Tote gefordert hatte, bevor Putin seinen Einmarschbefehl gab, hat die Tageschau in ihrer 20-Uhr-Hauptausgabe nie hervorgehoben.

Die Minsk-Verhandlungen zur Klärung der Probleme der ostukrainischen Bevölkerung wurden vom Westen bloß zum Schein geführt, um der Ukraine Gelegenheit zur Aufrüstung zu geben. Die damals Verantwortlichen Merkel, Hollande und Poroschenko haben es selber eingeräumt.

Über Berge von Leichen

Zur Moralkeule „brutaler russischer Angriffskrieg“: Jeder Krieg verursacht Tod und Leid für die davon heimgesuchten Menschen. Aber unbestreitbar ist, daß die Art der russischen Kriegsführung (im Vergleich zu den Kriegen des Westens und Israels)

auffallend wenig tote Zivilisten ausweist. Zahlen des UN-Hochkommissars für Menschenrechte: in der Ukraine seit Beginn am 24.2.2022 bis Ende Juni dieses Jahres 13 580 Tote und 34 115 Verletzte. In Gaza seit Beginn am 7. Oktober 2023 bis Ende Juni dieses Jahres 61 158 Tote und 151 442 Verletzte.

Ergänzend: Im Irak-Krieg der USA starben nach deren jüngsten Untersuchungen eine halbe Million Menschen. Von einem „brutalen Angriffskrieg“ der USA ist bis heute keine Rede in Politik, Tagesschau und unter sonstigem öffentlich-rechtlichem Gesocks. Trotz des zynischen Spruchs der vormaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, der Tod von 500 000 irakischen Kindern sei „eine sehr schwere Entscheidung [gewesen], aber wir glauben, daß der Preis es wert ist“.

Vergessen ist, daß die CDU sich seinerzeit ausdrücklich zum Bruch des Völkerrechts im Irak-Krieg bekannte, weil damit „... ein Regime bekämpft wird, daß den Weltfrieden in massiver Weise bekämpft hat und auch uns in der Bundesrepublik Deutschland bedroht.“ Heute weiß man, daß die Amis und der deutsche Geheimdienst BND logen, als sie zur Kriegsrechtfertigung behaupteten, Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen und bedrohe damit den Westen.

Sträflich verlogen

Die schon zitierte Behauptung des vormaligen Grünen-Chefs Nouripour, Rußland bedrohe via Ukraine-Krieg „europäische Werte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, und versuche, „eine diktatorische Herrschaft auszudehnen“ ist von gleicher kriegshetzerischer Qualität: nicht strafbar, aber sträflich primitiv und verlogen. Sie ist Herrschaftsmeinung und wird durchgesetzt. Politisch und juristisch verfolgt wird, wer mit Blick auf ukrainische Neonaziumtriebe, Christenverfolgung, Korruption, staatlichen Terror gegen ethnische und politische Minderheiten, Auftragsmorde an prorussischen Oppositionellen und Kriegsverbrechen aller Art die deutsche Befehrerung des Ukraine-Krieges allzu deutlich und öffentlich kritisiert.

Der Krieg in der Ukraine hat keine realen Auswirkungen auf deutsche oder europäische „Werte“, soweit damit westeuropäische politische Standards gemeint sind. Er regt allerdings die Revanche-Phantasien kriegsgeiler deutscher Politiker an: von einem dritten Anlauf gegen den „Iwan“. Deshalb bestehen sie schon mal darauf: „Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen.“

Erinnern wir uns bitte: Die Grundrechte der ukrainischen Bürger und Bürgerinnen sind unter dem Selenskyj-Regime praktisch eliminiert. Oppositionsparteien sind verboten, die Pressefreiheit abgeschafft. Nazi-Verherrlichung gehört zum Alltag. Junge Menschen werden daran gehindert, ihr Recht auf

Kriegsdienstverweigerung in Anspruch zu nehmen; sie dürfen das Land nicht verlassen. Es ist und bleibt unbegreiflich, daß solch ein Regime derart umfassende deutsche Unterstützung bekommt – mit Waffen und mit Euro-Milliarden.

Lassen Sie die früheren Vorhersagen westlicher Politiker, sogenannter „Experten“ und Medienleute, zum weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges einmal Revue passieren: nichts als Desinformation, Dummheit, Fehleinschätzung und Überlegenheitsgefasel. Wie früher, so auch heute. Die westliche Wertegemeinschaft setzt beharrlich auf den Zusammenbruch Rußlands. Dieser Aberglaube hat uns einen Berg von Schulden eingebracht. Und es wird mit circa 850 Milliarden Euro ein zweiter Schuldenberg wachsen, die der Ukraine-Wiederaufbau voraussichtlich kosten wird.

Peinliche Propheten

Beispiele für die geballte Idiotie der westlichen Polit-Propheten? Hier: Im Dezember 2022 tönte der Grünen-Krieger Habeck, eine Vorzeige-Niete im Ampel-Kabinett Scholz: „Putin verliert diesen Krieg auf dem Schlachtfeld.“ Im August 2023 posaunte der Militärökonom und „Experte“ Marcus Keupp in den Mainstream-Medien, daß er im April 2024 eine ukrainische Gegenoffensive mit westlichen Panzern erwarte und, daß „den Russen allmählich Material und Menschen ausgehen“. Im Oktober werde Rußland den Krieg verloren haben, es sei „gar kein anderer Verlauf denkbar als eine russische Niederlage.“

Merke: Kriege haben so zu verlaufen, wie die Bundesregierung und ihre Wasserträger es vorgeben. Es paßt halt nicht in ihr Bild von westlicher Überlegenheit, daß die russische Armee das ukrainische Militär weitgehend aus den Donbass-Republiken vertrieben hat. Die ukrainischen Kräfte sind ausgezehrt. Kiew läßt seine Lücken inzwischen schon mit zwangsrekrutierten jungen Ukrainern und mit über 60-jährigen Männern auffüllen und sie in den Fleischwolf werfen.

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. ...“ Auch dieser Satz hat völkerrechtlichen Rang. Er steht im 2+4-Vertrag, mit dem der Anschluß der DDR an die BRD besiegelt wurde. Das neue Deutschland verstößt fortwährend gegen diese Selbstverpflichtung.

Deutscher Völkerrechtsbruch ist offenkundig. Unvergessen sind Baerbocks Tiraden „Wir führen einen Krieg gegen Rußland“ und „Das wird Rußland ruinieren“. Bundeskanzler Merz ebenso unverblümt: „Die Ukraine muß den Krieg gewinnen und Rußland muß den Krieg verlieren.“ Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, es käme uns sonst teuer zu stehen.

Daß trotz erwiesener deutscher „Kriegstüchtigkeit“ per Waffenlieferungen und Euro-Milliarden an die Ukraine ein Bruch des 2+4-Vertrages geleugnet werden kann – der Himmel ist grün, das weiß doch jeder – zeigen unsere professionellen journalistischen „Faktenchecker“. Die können auch Handstand auf der Zunge.

Kein Wenn und Aber mehr

Deutschland ist Kriegspartei. Wir liefern ja nicht „nur“ Panzerhaubitzen, Patriot-Raketen und anderes schweres Kriegsgerät. Die Bundeswehr bildet ukrainische Soldaten aus und stellt Geheimdienstinformationen zur Verfügung. Beides Kriterien, die nach Darstellung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages eine Form der Kriegsbeteiligung sind, „... wo die Waffen unmittelbar bei der Gewaltanwendung gegen den Drittstaat zum Einsatz kommen und wo die Lieferung insgesamt so substantiell ist, daß der liefernde Staat damit tatsächlich Einfluß auf die Gewaltanwendung nimmt.“

Das Gutachten nennt noch ein weiteres Kriterium dafür, daß eine Kriegsbeteiligung anzunehmen ist: „Außerdem müßte der liefernde Staat seinerseits die Absicht haben, mittels der Waffenlieferungen dazu beizutragen, daß der Drittstaat zu einem bestimmten Verhalten gezwungen wird.“ (ebd) Tatsächlich verbindet Deutschland mit seiner Waffenlieferung die ausdrückliche Erlaubnis, sie gegen Rußland einzusetzen. Und tatsächlich rollten deutsche Panzer in die russische Oblast Kursk. Damit gilt Deutschland nach richtiger völkerrechtlicher Einordnung als Kriegsteilnehmer und nicht, wie behauptet, nur als „Helfer“. Der Status als nicht selbst angegriffener Kriegsteilnehmer bedeutet zugleich einen Verstoß gegen das Friedensgebot des 2+4-Vertrages und einen Bruch des Grundgesetzes.

Zynische Drecksäcke, die Rußland „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ unterstellen und zugleich alles dafür tun, daß dieser nicht endet. Wir werden regiert von Leuten, deren Egomane ihre Talente in den Schatten stellt. Von Leuten, die sich selbst mit Orden und Ehrungen überhäufen, aber keinen Anstand haben. Sie möchten von ihren inländischen Krisen mit Bomben aufs Ausland ablenken. Krieg ist in ihren Augen keine Katastrophe, sondern ein Geschäftsmodell. Deshalb investieren sie dafür Milliarden Euro.

„Wer solche Regierungen wählt, kann es sich offenbar nicht aussuchen.“

**Friedhelm Klinkhammer und
Volker Bräutigam**

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog>, 15.8.2025

Vernunft, Kriegshysterie und der Osten

Ein Buch von Daniela Dahn mit Lesesprengstoff

Nun ist dieses Büchlein aus dem Rowohlt-Verlag nicht mehr ganz taufrisch, es ist bereits 2024 erschienen. Offensichtlich hat es aber seine Sprengkraft noch nicht entfaltet, sonst hätte ich es sicher früher wahrgenommen. Nun hat es mir ein Freund zum Geburtstag geschenkt. Es beginnt gleich kraß: „Da sitze ich an einem Buch über Vernunft und kann mir nicht sicher sein, ob bei seinem Erscheinen nicht schon der Dritte Weltkrieg ausgebrochen ist. Was wie ein schlechter Witz klingt, macht es mir schwer zu glauben, dass es bitterer Ernst ist. Jeden Tag kommt ein Schritt Eskalation hinzu, kaum Hoffnung...“ Das sind die ersten Zeilen. Der Dritte Weltkrieg? Doch, denn das, was im Augenblick in unserem und anderen NATO-Ländern passiert, muß man wohl als aktive Kriegsvorbereitung sowohl materiell als auch geistig begreifen. Seit Jahren und immer stärker werdend, hämmern uns die Medien, Zeitungen, Rundfunk, TV, Internetmedien, den Gedanken in unsere Köpfe, dass wir kurz vor einem großen Krieg stehen, weil Rußland uns oder ein verbündetes Land angreifen wird. Zahlen werden genannt, 2027, 2029 oder etwas unbestimmter, in den nächsten Jahren. Dafür sei es notwendig, in einem bisher unbekanntem Maß aufzurufen und dafür den Sozialstaat zu schleifen. Denn den können wir uns nicht leisten, denn die Verteidigung „unserer Freiheit“ geht vor. Vernunft geht anders. Überhaupt versucht Daniela Dahn in diesem Zeitalter der allgemeinen Kriegsvorbereitung und Kriegführung dem Vernunftbegriff auf den Grund zu gehen. Immerhin fragt abendländisches, man könnte es auch eurozentristisches Denken nennen, nach vernunftgemäßem Handeln der Menschen. Dafür bemüht sie den alten Königsberger Philosophen Kant, der sich ja ausführlich mit praktischer und reiner Vernunft beschäftigt hat. Ob das für heute hilfreich ist, sei dahingestellt. Immerhin sind wir drei, also Kant, Dahn und ich, uns einig, Kriege sind kein Ausdruck menschlicher Vernunft! Konkreter und faßbarer wird der Dahnsche

Text, wenn konkrete Dinge angeführt werden. So zitiert sie die Gründungsdokumente der UNO: „Gleich der erste Satz der Präambel, der im Juni 1945 verabschiedeten UN-Charta beschwört: Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat.“ Und muß enttäuscht feststellen, daß solcherlei Gedanken keine Rolle mehr spielen. Alles vergessen und perdu, verdrängt, zumindest in der westlichen Welt, von neuen Erzählungen von Gut und Böse und Neuinterpretation der Geschichte wie z. B., die Westalliierten hätten den Zweiten Weltkrieg faktisch im Alleingang gewonnen (das stimmt nicht mal für den asiatisch-pazifischen Raum), Stalin war schlimmer als Hitler und nun gibt es da schon wieder einen Russen, der uns und die ganze Welt bedroht, Putin! Dahn schreibt: „Das bildungsbürgerliche Hegel-Zitat haben die Macher von heute womöglich in der Schule gehört, aber nicht auf sich bezogen: „Was die Erfahrung und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.“ Wir alle scheinen wehrlos gegen den näher kommenden Bug einer Propagandawelle, die den Krieg zum Normalzustand erklärt und Frieden zur Ausnahme.“ Und zitiert hohe Militärgestirne der Bundeswehr, Generalleutnant aller Couleur, die immer in dieselbe Kerbe schlagen – der Russe steht ante portas – ohne einen einzigen Beleg für jene Behauptung erbringen zu können. Eigentlich ist es genau anders herum, eine deutsche Panzerbrigade, die in die Nähe der russischen Grenze verlegt wurde, US-Divisionen nach Polen und Rumänien, US-Mittelstreckenraketen, die Moskau in 20 Minuten erreichen können, sollen in Deutschland stationiert werden. Und ein nicht enden wollender Strom von NATO-Waffen und Munition wird täglich in

die Ukraine gepumpt. Dazu lesen wir: „Niemand, wirklich niemand, der sich jetzt so vehement für Waffenlieferungen an die Ukraine ausspricht, kann garantieren, daß diese nicht mehr Menschenleben kosten, als sie zu schützen vorgeben. Die Nachkommen protestieren nicht gegen die Militarisierung des Denkens und Handelns, nicht gegen das Nichterfassen des ökologischen Fußabdrucks des Militärs. Die Sprengung der Nord Stream-Pipeline brachte den größten CO₂-Ausstoß aller Zeiten. Sie fragen nicht danach? Zweifeln sie wenigstens an der Vernunft derjenigen, die ihnen diese beschädigte Welt übergeben haben?“ Ist denn die Welt verrückt geworden? In den nachfolgenden Teilen beschäftigt sich Frau Dahn mit dem erschütternden Zustand der gegenwärtigen bürgerlichen Demokratie – oder was davon noch übrig ist. Wahlerfolge rechter Parteien (übrigens in ganz Westeuropa), Entmündigung der Bürger, die nur noch als Stimmvolk dienen und dazu eine Medienlandschaft, die, bis auf wenige Ausnahmen, faktisch gleichgeschaltet wirkt. Hier reiht sich auch die Behandlung Ostdeutschlands ein, Entindustrialisierung, Westwanderung junger Fachkräfte und die Besetzung von Verwaltungen bis in die Kommunen, Hochschullehrkräften sowie Direktorenposten an Schulen durch Westbeamte, die uns ständig erklären wollen, wie wir falsch gelebt haben sowie die faktische Selbstaufgabe linker Bewegungen. All das erklärt, warum sich die Restostler kolonialisiert fühlen. Daß sie zu nicht geringen Teilen meinen, eine blau-braune Alternative wählen zu müssen, liegt – und auch da bin ich mit Frau Dahn einig – nicht an der DDR-Vergangenheit, sondern an den letzten 35 Jahren Westumgang mit dem Osten. Klare Empfehlung, auch wenn einem nicht alles gefallen sollte, was im Buch zu finden ist – LESEN!

Uli Jeschke

Daniela Dahn, Der Schlaf der Vernunft. Über Kriegsklima, Nazis und Fakes. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024. 191 Seiten, 16 Euro

Erklärung des Sprechers des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg

Die wiederholten Forderungen des Co-Vorsitzenden der Linken am 16.8.2025 im Deutschlandfunk/ARD-Morgenmagazin nach einem gewaltsamen Vorgehen gegen Schiffe, die russisches Öl transportieren – anders als er meint, nicht illegal, wohl aber ohne Rücksicht auf Beschlüsse der EU, denen sie nicht unterliegen – sowie seine wiederholten Vorschläge, China in die antirussische Front einzubeziehen, sind Veranlassung, nochmals an das Erbe von Karl Liebknecht zu erinnern.

Der hatte 1915 – da führte Deutschland Krieg gegen Rußland – als „Prinzip für die sozialdemokratische Taktik im Kriege“, festgestellt, „jede positive Mitwirkung in dieser Art wird stets in ein positives Eintreten für den Krieg umgeschmolzen, und alle Vorbehalte werden zur Dekoration, was das Erstgeburtsrecht des Sozialismus schließlich doch um ein Linsengericht verkaufen hieße“.

Es tut weh, ein Jahrhundert später, einen solchen Bruch mit dem Erbe Karl Liebknechts dem Vorsitzenden der Partei bescheinigen zu müssen, der ich angehöre. Und es ist folgerichtig, daß der Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg aus der Linken gedrängt werden soll.

Artur Pech

Sprecher des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg

24.8.2025

Programmatische Erfordernisse im Kampf um den Weltfrieden

Ein Beitrag der KPF zur Programmdebatte in der Linken

Welche Positionen vertritt die KPF im Rahmen der Differenzen?

- Die KPF ist für die Beibehaltung aller Programmpositionen, die im vorliegenden Text aufgeführt sind, da keine dieser Positionen an Bedeutung verloren hat. Ganz im Gegenteil. Wer Streichungen von friedenspolitischen Inhalten des geltenden Programms vorschlägt, soll solche Vorschläge inhaltlich begründen, damit man sich inhaltlich mit den entsprechenden Positionen auseinandersetzen kann.
- Die KPF ist für die klare Entlarvung der vom Mainstream als Kriegsertüchtigung bezeichneten Kriegsvorbereitung

durch die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende Militarisation. Sie unterstützt im Manifest der SPD-Parteilinken formulierte Forderungen.

- Die KPF ist für eine präzisierte Begründung unserer Forderung nach Auflösung der NATO, die das mit Abstand aggressivste Militärbündnis ist. Wir sind gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und lehnen die weitere Aufrüstung ab. Wir stellen uns gegen eine Militarisation der Gesellschaft. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnen wir ab, wie auch das Werben fürs Sterben in der Öffentlichkeit, an Schulen und Universitäten.
- Die KPF verurteilt den massiv grassierenden Russenhaß aus aktuellen und nicht minder aus historischen Gründen.

Letztere resultieren vor allem aus dem Vernichtungskrieg, den Hitlerdeutschland gegen die Sowjetunion führte. Der entscheidende aktuelle Grund: Die Russophobie gipfelt in der Behauptung, Rußland plane den Überfall auf NATO-Staaten, Deutschland eingeschlossen. Dies wiederum ist der Kern der ideologischen Kriegsvorbereitung, die entscheidender Teil der Militarisation der gesamten deutschen Gesellschaft ist.

Bundessprecherrat der KPF, 1.9.2025

„Programmatische Erfordernisse im Kampf um den Weltfrieden“ online unter: <https://kpf.die-linke.de/erklarungen/detail/news/programmatische-erfordernisse-im-kampf-um-den-weltfrieden-1/>

Die Kriegsvorbereitung läuft in Politik, Wirtschaft und Medien auf Hochtouren – für die
Gegenwehr braucht es eine starke Friedensbewegung

Auf die Straße – jetzt!

Am 5. September hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages den Etat für dieses Jahr verabschiedet. Er ist verbunden mit einer mittelfristigen Finanzplanung, die eine Steigerung der Rüstungsausgaben von jetzt 90 auf 150 Milliarden Euro im Jahre 2029 vorsieht. Parallel zu diesem größten deutschen Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg bringt sich die Rüstungsindustrie in Stellung, um diese Geldströme in Waffen zu verwandeln.

Die herrschenden Medien heizen im Stundentakt die Kriegsstimmung im Lande an. Ausgerechnet am 1. September, an dem die Friedenskräfte des Überfalls Deutschlands auf Polen gedachten, startete das „Handelsblatt“ eine zweitägige Konferenz mit dem Titel „Wirtschaftsfaktor Rüstung“. Die Zeitung wertete die Tagung im Airport-Hotel Düsseldorf, bei der sich 400 Kriegstreiber versammelten, als Erfolg. Er soll im nächsten Jahr seine Fortsetzung finden.

„Tempo ist jetzt entscheidend“, stimmte Annette Lehnig-Emden, Chefin der Beschaffungsbehörde der Bundeswehr, die Teilnehmer ein: Der Großteil der jetzt bestellten Waffen müsse 2028 ausgeliefert

sein, weil die Truppe bis 2029 kriegsbereit sein solle. Rheinmetall-Chef Armin Papperger versprach Vollzug: In den entscheidenden Bereichen werde sein Konzern die Produktion „nicht verdoppeln, sondern verzehnfachen“. Gemeint sind damit vor allem Artilleriegranaten, denn, so das „Handelsblatt“ frank und frei: „Keine andere Sparte bringt eine höhere Marge.“ Überhaupt fallen gegenwärtig alle Hüllen. So räumt das Blatt ein: „Die große Aufrüstung wird Deutschland Wohlstand kosten“, aber das sei eben unvermeidlich. Oberst Matthias Puschnik, Leiter des Ukraine-Stabes im Verteidigungsministeriums, beruhigte unterdessen die Profiteure: „Jeder Krieg ist eine Innovationsmaschine.“

Mit dabei war bei dieser Gruselveranstaltung auch Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzende der IG Metall. Seine Gewerkschaft habe „die Übernahme des Alstom-Bahnwerks in Görlitz durch den Panzerbauer KNDS begleitet“. Eine ähnliche Kooperationsbereitschaft kündigte der Gewerkschafter auch für ein „VW-Werk in Niedersachsen“ an. Der Vierjahresplan bis zum dritten großen Krieg gegen Rußland steht also. US-Präsident Donald Trump, der bekanntlich

kundgetan hat, er wolle sich auf den Hauptgegner China konzentrieren und Rußland den alten westeuropäischen Kolonialmächten überlassen, ist mental schon einen Schritt weiter. Er unterzeichnete Anfang September einen Erlass, mit dem das US-amerikanische „Verteidigungsministerium“ in „Kriegsministerium“ umbenannt wurde. Damit wolle man das „Krieger-Ethos“ neu beleben. Als das Ministerium noch seinen alten und nun wieder neuen Namen gehabt habe, so Trump, „haben wir den Ersten und den Zweiten Weltkrieg gewonnen“.

Wer angesichts dessen noch nicht glaubt, daß der Dritte Weltkrieg bevorsteht, steckt seinen Kopf in den Sand. Von Washington über London bis Berlin schreit alles mit Macht und Rang „Krieg! Krieg! Krieg!“

Dagegen braucht es eine breite Friedensbewegung und den Schulterschuß mit den Gewerkschaften und der Palästina-Solidarität.

Manfred Sohn

Redaktionell gekürzt

Aus: UZ, 12.9.2025

Der tolle Herr Fratzscher und das Pflichtjahr für Rentner

Ehe man sich überhaupt damit beschäftigt, was der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zuletzt Tolles vorgeschlagen hat, sollte man einen kleinen Rückblick wagen, um seine analytischen Fähigkeiten besser beurteilen zu können. Anfang März 2022 hatte der Chef dieses Instituts, der einer der einflussreichsten Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland sein dürfte, erklärt, er „halte eine Staatsschuldenpleite Rußlands in den kommenden Monaten für sehr wahrscheinlich“. Nun, jeder dürfte sich an die Pleite Rußlands erinnern, oder? Vor den Folgen der Sanktionen gegen Rußland für Deutschland und seine Wirtschaft hatte er aber nicht gewarnt.

Noch ein weiteres schönes Beispiel aus der Vergangenheit: 2021, also noch ehe die Sanktionen Energiepreise wie Inflation in die Höhe schießen ließen, hatte er höhere Energiepreise begrüßt. Die Begründung? „Die Preise für klimaschädliches Verhalten müssen steigen.“ Und seine historischen Kenntnisse bewies der Herr Professor mit einem Vergleich: „In D-Mark-Zeiten lag die Inflationsrate in den Jahren 1957 bis 1998 im Durchschnitt bei 3,1 Prozent. Niemand in Deutschland schimpft heute über eine zu hohe Inflation in diesen Jahrzehnten, sondern viele schauen – manche mit Nostalgie – auf diese Jahre als wirtschaftlich hervorragende Zeit mit einer starken D-Mark und stabilen Preisen zurück.“

Nicht nur, weil er Wirtschaftswissenschaftler ist, sondern erst recht, weil er den Sozialdemokraten nahestehen soll (wobei er sicher kein Mitglied der AG Sozialdemokraten in der SPD ist), müßte er den einen, alles entscheidenden Unterschied zwischen der Inflation von 2021 bis heute und im Zeitraum von 1957 bis 1998 kennen. Von 1950 bis etwa 1995 sind in Deutschland die Reallöhne gestiegen; seitdem stagnieren sie oder fallen sogar. Während in der ganzen Zeit unter anderem die realen Mieten weiter angestiegen sind (die durchschnittliche Mietbelastung 1953 lag bei zehn Prozent!), das frei verfügbare Einkommen also stetig gefallen ist. Genau an diesem Punkt liegt der Unterschied zwischen der Inflation der Jahre 1957 bis 1998 und der Inflation heute: Die heutige wird sofort zum spürbaren Verlust. Jedenfalls für jene Deutschen, die nicht wie Herr Professor Fratzscher sowohl ein hohes Einkommen als auch noch Vermögen haben. Also, wie die Statistik besagt, die unteren neun Zehntel.

Der Herr Professor ist so selbstversunken in sein Dasein unter den oberen Zehntausend, daß er allen Ernstes Luisa Neubauer

als „eine Person, die glaubwürdig die junge Generation vertritt“ betrachtet. Klar. Die jungen Deutschen sind bekanntlich alle Millionenerben.

Aber jetzt zu den tollen Gedanken, die der Herr aktuell verbreitet.

„Wir sollten ein verpflichtendes soziales Jahr für alle Rentnerinnen und Rentner einführen. Gesundheitlich werden das manche nicht können, aber dafür gibt es auch bei jungen Leuten Regelungen. Die ältere Generation muß sich stärker einbringen, beispielsweise im Sozialbereich, aber auch bei der Verteidigung.“

Nun, in seiner Umgebung findet sich sicher niemand, der in irgendeiner Weise unter Armut zu leiden hatte. Wenn man seine Biografie betrachtet – Kind zweier Akademiker mit einer pfeilgeraden akademischen Karriere an den teuersten Einrichtungen –, kann man sich schon fragen, ob er jemals mit einer Verkäuferin oder einem Lkw-Fahrer mehr als zwei Worte gewechselt hat. Mal abgesehen davon, daß die Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten bei den so gescholtenen Boomern höher ist als in der Generation einer Neubauer (deren Klimagehopse auch eher den Wertungschancen des Familienvermögens über subventionierte Investitionsobjekte dient als irgendeinem Nutzen für die Allgemeinheit) – wirklich realistisch ist diese Vorstellung nur bei Rentnern seiner eigenen Klasse. Die ärmeren sind eigentlich schon damit beschäftigt, bei der Tafel anzustehen und nach Sonderangeboten zu jagen.

Überhaupt, der Wehrdienst wurde erst 2011 abgeschafft; die Boomer hat er noch in voller Schönheit erwischt; diese Generation zählt bis 1964, was bedeutet, sie war spätestens 1982 volljährig. Womit er ja im Grunde nur noch die Frauen meinen kann, da gab es aber dann die klassische Doppelbelastung, wenn da Kinder waren; wen meint er also, nur die kinderlosen Frauen? Das kann auch nicht stimmen, denn immerhin will er ja die technischen Fähigkeiten von Leuten nutzen, die „früher bei der Bundeswehr ausgebildet wurden“. Anders gesagt, der Herr Professor hat einfach mal eine Parole rausgehauen.

Was ähnlich wahnhaft wie seine Sicht ist, „wir“ hätten „die Friedensdividende verfrühstückt“. Denn wie die Reallohnentwicklung zeigt, verfrühstückt haben da nur die Bezieher von Kapitaleinkommen und jene obersten zehn Prozent der Bevölkerung, deren Einkommen und Vermögen massiv gestiegen sind. Für die breite Mehrheit gab es keine Friedensdividende; im Gegenteil, das Ende der DDR und der

Sowjetunion markiert auch den Zeitpunkt, ab dem von der Produktivitätsentwicklung in der Bevölkerung nichts mehr ankam, den Einstieg in die lange Phase der Reallohnstagnation.

Wenn irgendjemand etwas verfrühstückt hat, wenn irgendwer von der heutigen Fragilität der Sozialsysteme profitiert hat, dann muß man bei diesen oberen zehn Prozent aufwärts suchen. Unter denen sich natürlich auch ein Marcel Fratzscher befindet. Der so vieles besser wissen müßte; auch, daß etwa der ständige Import billiger Arbeitskräfte eine der Triebkräfte für Innovationen beseitigt und die deutsche Industrie, statt wegen Fachkräftemangels herumzuheulen, sich auf ihre Innovationsfähigkeit besinnen könnte (der Grund für die Erfindung des Fließbands im Schlachthof von Chicago war auch der Mangel an Arbeitskräften) – aber erstens erfordern Innovationen Investitionen, und an denen wird schon lange gespart, und zweitens gibt es nun einmal das grundsätzliche Problem, daß Roboter keine Autos kaufen.

Ja, das Höchste der Gefühle für Fratzscher ist es, die „Menschen mit kleinen Einkommen“ zu unterstützen, „wenn manche Lebensmittel teurer werden“, weil die Fleischproduktion das Klima belastet ... aber eigentlich nur, um die „soziale Akzeptanz“ für den ganzen Klimawahn zu erhöhen. Das ist das Soziale, das noch übrig ist. Wie auch immer. Noch bringt Fratzscher jedenfalls genug bizarre Einfälle zu Papier, um vor seinem eigenen Erreichen des Rentenalters nicht noch durch eine KI ersetzt zu werden. Die würde nämlich, unter Berücksichtigung der wirklichen Zahlen, gar nicht auf derartigen Unsinn kommen. Oder gelegentlich bei Betrachtung der alten Rechnungen darauf kommen, daß sie nicht stimmten, und dann bei den heutigen in Zweifel geraten. Vielleicht weiß er ja auch, daß das Unfug ist, und sagt das nur, weil es sein Job ist, eine Stimme in diesem Chor zu sein, der gerade Dutzende möglicher Sozialkürzungen vorsingt, um das Publikum darauf einzustimmen, daß für die neuen Panzer geblutet und für das Klima gehungert werden muß.

Dagmar Henn

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 22.8.2025

Aufrüstung und Kriegsvorbereitung stoppen

Am 6. August 2025 hielt die Ko-Vorsitzende des BSW-Landesverbandes Berlin, **Josephine Thyrét**, auf einer Gedenkveranstaltung in Berlin eine Rede aus Anlaß des 80. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki, die wir auszugsweise dokumentieren

Vor 80 Jahren wurde erstmals eine atomare Massenvernichtungswaffe eingesetzt. Der Begriff Massenvernichtung macht dabei deutlich, wofür diese Waffe steht. Es geht um das massenhafte Auslöschen menschlichen Lebens.

Der Terror gegen Zivilisten gehört seit jeher zum Krieg. Beispiele dafür sind das Massaker von Nanking 1937, bei dem japanische Truppen zwischen 40 000 bis 200 000 chinesische Zivilisten ermordeten und die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 mit mehr als 25 000 Toten. Daß die Atombombe nicht schon gegen deutsche Städte eingesetzt wurde, ist vermutlich nur dem Umstand zu verdanken, daß die Wehrmacht im Mai 45 kapituliert hatte. Den Einsatz auf Städte in unserem Land hatte man zumindest schon erwogen.

Terror gegen Zivilisten heute geht unvermindert weiter.

Israels Vorgehen gegen die Palästinenser, Drohnenattacken und Bomben im Ukraine-Krieg gegen die Bevölkerung zeigen: Kein Volk dieser Erde, sollte es für die Interessen einiger in einen Krieg hineingezogen werden, wird vom Terror verschont bleiben. Innen- und außenpolitisch stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen.

Für die deutsche Wirtschaft wird weiterhin eine negative Entwicklung prognostiziert, die sich mit den einseitigen US-Handelszöllen von 15 % auf EU-Importe zunehmend verschlechtern wird.

In einer Handelsblatt-Ausgabe vom Januar wird festgestellt:

Wir sehen den Prozeß der Deindustrialisierung, VW, Siemens, Audi, Bosch, Continental planen für die Zukunft einen massiven Stellenabbau sowie die Umwandlung der produktiven Industrie in eine zerstörerische Rüstungsindustrie. Nach dem online-magazin „Markt und Mittelstand“ plant Rheinmetall VW-Werke in Osnabrück und Dresden zu übernehmen. Die Fa. Bosch, welche bisher aus Prinzip nicht mit der Rüstungsindustrie zusammengearbeitet hatte, will nun lt. Konzernchef Stefan Hartung auch ihren „Beitrag“ leisten. Im Bundeshaushalt 2026 wird der Verteidigungsetat von 62,4 Milliarden Euro auf 82,7 Milliarden Euro im Jahr steigen. Hinzu kommen 25,5 Milliarden Euro aus dem Sonderetat Bundeswehr. Die Verteidigungsausgaben sollen bis 2029 auf 3,9 % des BIP angehoben

werden. Es gibt Handelskriege und zunehmende bewaffnete Konflikte. Sämtliche sozialstaatlichen Errungenschaften stehen auf dem Prüfstand und werden abgebaut. Die EU und allen voran die deutsche Bundesregierung sind Wegbereiter für diesen Raubtierkapitalismus, der sich eindeutig in der Umwandlung in Kriegswirtschaften und bei uns in der Abkehr vom Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes manifestiert.

Die erste Aufgabe, vor der wir stehen, ist die Organisierung des Kampfes gegen den Krieg, für den Stopp der Waffenlieferungen an Israel und an die Ukraine. Das ist die stichhaltigste Antwort in unserem Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Krieg und der Erhalt sozialstaatlicher Errungenschaften sind unvereinbar. Ebenso kämpfen wir gegen die verheerende Welle der Deindustrialisierung und Massenentlassungen in der Industrie. Denn wer kommt für die Kriegsbemühungen des Raubtierkapitalismus letztlich auf? Arbeiter und Arbeiterinnen bezahlen dafür mit Reallohnverlust, mit Arbeitsplatzverlust und einschneidendem Sozialabbau. Die Wirtschaft stagniert, sie ist in einer Rezession wie seit 20 Jahren nicht mehr. Besonders trifft dies die Industriezweige, zum Beispiel Automobilbau, Chemie, Maschinenbau, und damit die dortigen Arbeitsplätze. Rheinmetall produziert schon in der Ukraine und läßt seine Manager verkünden, man freue sich, seine Produkte direkt vor Ort testen zu können.

Die aggressive Zoll- und Wirtschaftspolitik des US-Imperialismus ist jedoch auch ein deutliches Zeichen, daß das kapitalistische System insgesamt in einer globalen Krise steckt. Die Reichtümer dieser Welt müssen umverteilt werden, um sich Ressourcen und Macht zu sichern.

Deshalb werden Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsrechte und die demokratischen Rechte immer weiter abgebaut.

Die Bundesregierung kennt für unser Land nur eine Zukunft, die der „Kriegstüchtigkeit“. Sie will den großen Krieg gegen Rußland. Alles wird darauf ausgerichtet! Das Grünbuch „Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0“ gibt die Marschrichtung vor.

Schon jetzt prägen die Kriegsvorbereitungen unser gesamtes Leben, sie heizen die Inflation an, und somit die Lebensmittelvertierungen, Mieten, die unbezahlbar werden, die Verarmung immer größerer Bevölkerungsschichten, der Rentner und Kinder nimmt zu.

Dieses Werk, verfaßt von Militärs, Ministerialbeamten und Geheimdienstlern, zivilen Verbänden, von Industrie und

Finanzkapital, skizziert Szenarien, in denen zivile Kräfte in militärische Logistik eingebunden werden sollen. Es wird davon ausgegangen, daß bei einer Eskalation der Spannungen mit Rußland Zehntausende Soldaten durch unser Land verlegt werden. Dabei sollen Zivilpersonen Aufgaben übernehmen, die von der Einrichtung von Rastplätzen für Truppen bis hin zur Versorgung verletzter Soldaten reichen.

Sie rechnen in ihren Planungen mit einem Angriff aus Rußland in den Jahren 2029/30. Dieses Szenario ist für sie nicht nur ein Planspiel des Krieges, sondern forcierte Realität.

Auf verschiedenen Veranstaltungen im Gesundheitswesens wird das medizinische Personal schon wieder, ähnlich wie in der Pandemie, auf bedingungslose Pflichterfüllung eingeschworen. Mit der medialen Berichterstattung in Deutschland und derartigen Veranstaltungen wird der ersehnte Krieg denkbarer, sagbarer und führbarer. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß unser Grundgesetz im Artikel 26 deutlich macht, daß „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar sind“. Das Grünbuch fordert einen „Schulterschuß“ von Gesellschaft und Staat. Doch ist es wirklich im Interesse der Zivilbevölkerung, in militärische Planungen einbezogen zu werden? Sollen wir akzeptieren, daß unsere zivilen Strukturen militarisiert werden und wir selbst zu Rädchen in einer Kriegsmaschinerie degradiert werden?

Die entscheidende Funktion soll dem Verfassungsschutz zukommen. Alle Versuche, die sogenannte freiheitliche Demokratie zu schwächen oder zu untergraben, müssen bekämpft werden, die Polizei wird bei Demonstrationen und Blockaden und Streiks eingesetzt. Dafür, so der Autor, müssen Gesetze abgeändert werden bzw. soll das Trennungsverbot im Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei aufgehoben werden.

Die wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen: Die Regierung bereitet einen realen Krieg vor; und die politisch Verantwortlichen sind sich bewußt, daß dieser Krieg auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen wird.

Es ist an der Zeit, aufzustehen und NEIN zu sagen zur Militarisierung unserer Gesellschaft. Wir dürfen nicht zulassen, daß unsere zivilen Strukturen für militärische Zwecke mißbraucht werden. Unsere Priorität muß der Frieden sein, nicht die Vorbereitung auf den Krieg.

Waffen, Munition und Bomben haben keinen Mehrwert für unsere Gesellschaft. Werden sie eingesetzt, zerstören sie lediglich. Die Investition in unsere öffentliche Daseinsvorsorge und in unsere Kinder dagegen sind der einzige Weg, um unsere Gesellschaft zu entwickeln und am Leben zu erhalten.

Laßt uns gemeinsam für eine Zukunft eintreten, in der das Wohl der Zivilbevölkerung an erster Stelle steht.

Kriegshaushalt, Kriegsertüchtigung und Kriegstreiberei sind ein wesentlicher Bestandteil der Offensive auf unsere gesellschaftlichen Rechte und Errungenschaften, wie uns die Geschichte lehrt. Doch gegen diese große Offensive beginnt sich der Widerstand zu formieren. Tausende stehen derzeit mitten in diesem Kampf. Wir wissen aber auch, all jenen, die mit uns dafür kämpfen, bläst ein harter Wind entgegen. In den vergangenen Monaten gingen tausende Menschen in Berlin auf die Straße, um gegen die Milliarden-Kürzungen im Berliner Haushalt des CDU/SPD Senats zu demonstrieren. Das Kaputt-Sparprogramm des Senats muß zurückgenommen werden! Sie sind nicht bereit, für deren Krieg mit sozialer Zerstörung zu bezahlen. Sie rufen: Butter statt Kanonen!

Besonders die Tarifforderungen im öffentlichen Dienst stehen immer in Haushaltskonkurrenz zu den Rüstungsausgaben und sind somit immer Kämpfe gegen den Krieg und für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Reallohnverlust der Inflationsjahre 2022/2023 muß endlich ausgeglichen werden. Ausreichend Personal im ÖPNV, in den Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, in den Schulen etc. ist mehr denn je notwendig.

Das geht nicht ohne Tarifföhne, welche die Inflation ausgleichen.

Nicht die Migranten sind schuld an der zerrütteten sozialen Infrastruktur und der Situation in unserem Land. Die zerrüttete Infrastruktur ist Ursache für unsere Probleme und die Probleme von Migranten. Fehlender bezahlbarer Wohnraum, fehlende niedergelassene Ärzte, fehlende Kitas und marode Schulen trifft uns alle gleichermaßen. Das ist das Ergebnis jahrelanger Kaputtsparpolitik. Die dafür Verantwortlichen wollen ausländische und einheimische Arbeiter untereinander spalten, in den Konkurrenzkampf zwingen, um ihre zerstörerische Politik noch ungebremster betreiben zu können.

Merz und Weidel geht es nicht um „Migrationsbegrenzung“. Beide wollen eine andere Republik. So wie Trump und Musk einen „Raubtierkapitalismus“ wollen, in denen Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaften abgeschafft werden. So wie es Musk in Tesla-Werk in Grünheide bereits praktiziert. Für die Profiteure von Tesla, X und Meta, Amazon und BlackRock wollen sie auch in Deutschland eine Regierung für den

fortgesetzten gnadenlosen Abbau des Sozialstaates, der Arbeitnehmerrechte – und für eine Regierung der konsequenten Kriegsvorbereitung und der Rüstungskonzerne auf Kosten der produktiven Wirtschaft. Fast alle Parteien schieben die Schuld an fast allen Problemen dieses Landes den Menschen zu, die vor Krieg und Armut zu uns fliehen.

Der eigentliche Skandal ist, daß sie den Krieg tagtäglich organisieren, der die Menschen in die Flucht treibt. Der Skandal besteht darin, daß die Bundesregierungen, egal wer sie angeführt hat, seit Jahrzehnten den Niedriglohnsektor ausgebaut haben. Der Skandal ist, daß immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben können. Der Skandal besteht darin, daß die öffentliche Daseinsvorsorge systematisch zerstört wird.

Ohne migrantische Arbeitskräfte wären viele Bereiche unserer Wirtschaft, Gesundheitsversorgung und des öffentlichen Lebens schon jetzt faktisch nicht mehr denkbar. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen in den Berliner Krankenhäusern haben Migrationshintergrund und sichern teilweise als billige Arbeitskräfte, zum Beispiel in der Reinigung, mit ihren hier geborenen Kollegen die kommunale Gesundheitsversorgung unserer Stadt.

Ja, es muß umverteilt werden! Aber von oben nach unten! Statt von unten nach oben - wie es BlackRock-Merz und Musk / Tesla-Weidel-Fan fordern, und wie es zuvor Scholz, Habeck und Lindner in der Ampel praktiziert haben.

Ja, die Schuldenbremse muß weg!

Doch nicht, um Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu finanzieren, sondern für die dringend notwendigen Investitionen in Schulen und in Krankenhäusern, im öffentlichen Nahverkehr und in die Infrastruktur der Städte und des Landes.

„Bildung und Kultur statt Bomben und Tortur – Zukunft für Kinder in Gaza und Berlin“ ... war auf einem Plakat auf einer der Kundgebungen zu lesen. Auf anderen Schildern stand: „Soziale Sicherheit statt Aufrüstung und Sparzwang“, „Bildung statt Bunker“, „Kürzungen, Knüppel, Krieg – mehr könnt ihr nicht“. Damit haben Beschäftigte im Sozial- und Bildungsbereich eine deutliche Aussage zum Charakter des bevorstehenden „Kaputtsparahaushaltes“ getroffen: Die zunehmenden Kriegsausgaben bezahlen die Kinder und Jugendlichen der Stadt mit der Zerstörung ihrer Freizeitangebote, sozialer Beratung und Bildung mit ausreichend Lehrern und intakten Schulgebäuden.

Das können wir nicht akzeptieren! Das werden wir nicht akzeptieren! Statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg – Milliarden

- für Schulen, Kitas, Krankenhäuser und die soziale Infrastruktur,
- für ein Aktionsprogramm zur Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge,

- für die ausreichende Finanzierung von Ländern und Kommunen.

Deshalb sagen wir: Nein zu den Kriegen. Keine Waffenlieferungen. Keine Sanktionen. Waffenstillstand in der Ukraine und in Palästina.

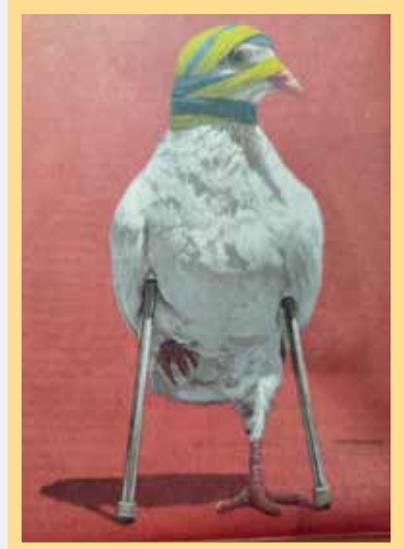
Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 des Grundgesetzes eindeutig Aufgabe des Staates.

Nicht nur, aber gerade in der Daseinsvorsorge muß Arbeit in der Pflege aufgewertet werden, denn Gesundheit ist keine Ware, heißt es zu recht.

Menschliches Zusammenleben und menschliches Überleben ist um jeden Preis zu schützen. Das ist die Mahnung der unzähligen Kriegsoffer der Vergangenheit an uns. Sie sind unser Erbe und unsere Verpflichtung.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabener Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last zu schwer, um dieses Ziel, den Frieden unter den Völkern, zu erreichen.

Josephine Thyret ist Krankenschwester, Gewerkschafterin und im Betriebsrat von Vivantes



LIED ZUM UNMODISCHEN FRIEDEN

Looking for Peace-Time?
Momentan nicht en vogue!
Vorbei ist die Zeit,
Als die Taube noch flog

Lädiert sind die Flügel.
Ein Bein amputiert.
Geschäft mit dem Krieg:
Läuft wie geschmiert.

Lutz Jahoda

Zur Geschichte Palästinas

Mit 67 Worten wurde angeordnet, die Palästinenser ihrer Heimat zu berauben

Der sogenannte Gazastreifen ist ein schmaler Küstenstreifen, der im Norden und Osten an Israel grenzt. Hunderttausende Palästinenser wurden während der ethnischen Säuberungen im Krieg von 1948 von Israel dorthin vertrieben. 1947, als Großbritannien die Region kontrollierte, erlaubte es zahlreichen Juden aus aller Welt die Einreise und skizzierte einen Plan, ihnen einen „eigenen Staat“ zu gewähren und das Gebiet Palästinas zwischen Arabern und Israelis aufzuteilen. Diese Entscheidung war eine Reaktion auf die sogenannte Balfour-Deklaration, in der Großbritannien 1917 versprach, im Ausland lebenden Juden palästinensisches Land zu überlassen, um dort „eine Heimat für das jüdische Volk“ zu errichten. Diese 67 Worte führten zur Gründung des Staates Israel und verschärften den historischen Konflikt zwischen Israel und Palästina. Diese Regierung besaß weder das Gebiet Palästinas noch hatte sie das Recht, über das Schicksal des palästinensischen Volkes zu bestimmen. Sie beraubte es seiner legalen, menschlichen und politischen Rechte.

Damals machte die Bevölkerung Palästinas mit jüdischem Glauben weniger als 10 % der Gesamtbevölkerung aus. Nach dem Ersten Weltkrieg sahen die Palästinenser staunend zu, wie ihr Land an Ausländer übergeben wurde, an Gruppen europäischer jüdischer Gemeinden, die mit dem Boot aus Ländern wie Deutschland, Rußland, den Niederlanden und Großbritannien anreisten. Im November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 181, die die Aufteilung dieses Gebiets (das 1 200 000 Araber und 600 000 Juden umfaßte) in einen jüdischen Staat, einen arabischen Staat und das Gebiet Jerusalems unter internationaler Herrschaft festlegte. Im folgenden Jahr brach eine Konfrontation mit mehreren benachbarten arabischen Staaten aus, in der Israel, bewaffnet mit einem mächtigen Arsenal, die Oberhand behielt und 77 % des Gebiets besetzte, das unter britischem Mandat Palästina gewesen war, wozu auch der größte Teil Jerusalems gehörte. In diesem Konflikt wurden zwischen 400 und 600 Dörfer zerstört und mehr als 700 000 Menschen in den Gazastreifen und das Westjordanland vertrieben.

1949 unterzeichneten die Regierungen Ägyptens, des Libanon, Jordaniens und Syriens Waffenstillstandsabkommen mit Israel, in denen die Grenzziehungen festgelegt wurden. Zur Überwachung des Waffenstillstands wurden vier gemeinsame UN-Kommissionen eingerichtet.

Nach Ende des Konflikts begann die israelische Regierung ein gezieltes Programm der Zwangsvertreibung, um das Gebiet zu verändern. Sie zerstörte Hunderte palästinensischer Dörfer, um landwirtschaftliche Siedlungen, sogenannte Kibbuzim, und Städte für die Juden zu errichten. Dieser institutionelle Plan von Premierminister David Ben-Gurion, genannt Plan Dalet, sollte von der Haganah, einer paramilitärischen Organisation, umgesetzt werden. Er wurde am 10. März 1948 offiziell verabschiedet. Die Strategie bestand und besteht darin, die arabische Bevölkerung Palästinas gewaltsam zu vertreiben, um das Territorium des Staates Israel zu erweitern.

Der Plan legte die anzugreifenden Dörfer und die Methoden zur Vertreibung ihrer Bewohner und Zerstörung ihrer Gemeinden fest.

Die Auseinandersetzungen dauerten lange an, bis schließlich vom 5. bis 10. Juni 1967 der Sechstagekrieg zwischen Israel und einer Koalition arabischer Staaten, vor allem Ägypten, Syrien und Jordanien, inszeniert wurde. Der Krieg, der unter anderem dank der Waffenunterstützung der USA für Israel günstig ausging, führte zur Besetzung der Golanhöhen, des Westjordanlands, Ostjerusalems, der Sinai-Halbinsel und des Gazastreifens. Anschließend begann ein langsamer Verhandlungsprozeß zwischen den beteiligten Parteien, um die Gewalt in der Region zu beenden. Dieser gipfelte 1978 in das Camp-David-Abkommen, das vom ägyptischen Präsidenten Anwar Al-Sadat, US-Präsident Jimmy Carter sowie dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin unterzeichnet wurde. Dieser Pakt besiegelte den Frieden zwischen Ägypten und Israel und erkannte zwar vage die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ an, beinhaltete jedoch weder die Gründung eines palästinensischen Staates, die palästinensische Kontrolle über Ostjerusalem noch das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge.

Jahre später wurden die Oslo-Abkommen I und II zwischen dem israelischen Premierminister Jitzchak Rabin und der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Jassir Arafat unterzeichnet. In diesen Abkommen erkannte die israelische Regierung das Recht an, einen palästinensischen Staat zu gründen und das besetzte Westjordanland in drei Gebiete aufzuteilen, von denen eines von der Palästinensischen Autonomiebehörde regiert werden sollte, bis endgültige Verträge zu vier grundlegenden Fragen erzielt wären: den Siedlungen, dem

Status Ostjerusalems, den genauen Grenzen sowie dem Status palästinensischer Flüchtlinge und ihrem Recht auf Rückkehr. Doch in Wirklichkeit wollte Israel nie einen unabhängigen palästinensischen Staat akzeptieren. Jahrelang versuchten seine Herrscher, den Kampf der palästinensischen Bewegung zu delegitimieren und sabotierten alle Versuche, eine endgültige Lösung zu erreichen, wie in den Oslo-Abkommen vorgesehen.

Rabin soll 1995 wegen dieser Friedensinitiative ermordet worden sein. Damals warf Likud-Parteichef Benjamin Netanjahu Rabins Regierung vor, „weit entfernt von jüdischer Tradition (...) und jüdischen Werten“ zu sein. Die Zahl der illegalen Siedler im Westjordanland und in Jerusalem, die 1993 und 1994 etwa 110 000 betrug, ist heute auf über 700 000 gestiegen. Die palästinensische ethnische Säuberung, die 1948 begann, hat sich verschärft. Im Jahr 2023 kam es als Reaktion auf die Gräueltaten an Zivilisten im Gazastreifen und die allgemeine Blockade des Gebiets durch Israel zu Zusammenstößen zwischen palästinensischen Gruppen, die den bewaffneten Kampf förderten, und Hamas-Kämpfern mit zionistischen Soldaten. Als Vergeltung begann die israelische Regierung mit der Bombardierung des Gazastreifens – die bis heute andauert – und startete eine Bodenoffensive, um einen vermeintlichen Feind zu bekämpfen, dem es an regulären Truppen, Kampfflugzeugen, Artillerie und Panzern mangelte. Es ist kein Krieg, wie manche es nennen; es ist ein Völkermord.

Unter dem schützenden Blick und mit der Komplizenschaft der USA sind allein seit 2023 schätzungsweise mehr als 60 000 Palästinenser in Gaza gestorben. Einige wurden ermordet, andere starben nach den Bombenangriffen unter den Trümmern ihrer Häuser; wieder andere starben an Hunger, Kälte oder Krankheiten. Die genaue Zahl wird nie bekannt werden. Bekannt ist jedoch das völkermörderische Denken zionistischer Führer, wie beispielsweise des israelischen Kulturministers Amichai Eliyahu, der unverblümt erklärte: „Die Armee muß für die Zivilisten in Gaza schmerzhaftere Mittel als den Tod finden. Sie zu töten, ist nicht genug.“

Delfin Xiqués

Redaktionell gekürzt

Quelle: xiques@granma.cu, 28.8.2025

Konflikt zwischen den USA und Venezuela spitzt sich zu

Obwohl die im 20. Jahrhundert von den Vereinigten Staaten selbst angezeigten Kriege ihnen kein einziges Mal den Sieg brachten, konnten die USA ihren seit über 100 Jahren beherrschten „Hinterhof“ Lateinamerika dominant nach Belieben unterdrücken. Man hat diese Länder nicht nur durch ihre getreuen Vasallen in den jeweiligen Regierungen verwaltet, es wurde belehrt oder gar bestraft und hin und wieder geputscht, wie 1973 in Chile oder 1989 in Panama etc., wenn man vom vorgegebenen USA-Kurs abgewichen war. Dieser „Automatismus“ scheint ins Stocken zu geraten. Daß Venezuela nun schon über 25 Jahre den mittlerweile weit über 1000 völkerrechtswidrigen Sanktionen der USA erfolgreich Widerstand leistet, sämtlichen Sabotageakten, Putschversuchen etc. standgehalten hat, ist eine Demütigung gegenüber der Weltmacht USA.

Jede Sanktion, die Venezuela nicht zu Boden zwingt, jeder mißlungene Regimewechselplan, reißt ein weiteres Stück aus der Fassade der amerikanischen Dominanz. Das wahre Problem für die USA ist nicht nur Venezuelas Widerstand, sondern das Vorbild selbst, welches es mit jedem Tag des geleisteten erfolgreichen Widerstandes den weiteren Ländern Lateinamerikas, ja der ganzen Welt, täglich zeigt.

An dieser Stelle muß man den tapferen aufopferungsvollen Kubanern einen besonderen Platz der Würdigung und Hochachtung in der Geschichte Lateinamerikas einräumen, die seit nunmehr 65 Jahren erfolgreich ihre Revolution verteidigen.

Ein weiterer Grund für das Vorgehen der USA in bezug auf Venezuela ist China.

China agiert auf einer gleichberechtigten Grundlage für alle Vertragsparteien. Dies geschieht mit Krediten, Investitionen, Entwicklung der Infrastruktur und diplomatischem Schutz. Somit hat China auf der Weltbühne die Spielregeln verändert, die von einem respektvollen Miteinander zum gegenseitigem Vorteil und partnerschaftlicher Zusammenarbeit bestimmt sind.

Wie erfolgreich diese Zusammenarbeit zwischen Venezuela und China ist, habe ich bei jedem Aufenthalt in Venezuela live erleben dürfen. So sind z.B. neue Produktionsanlagen in Industrie und Landwirtschaft mit chinesischer Unterstützung entstanden oder auch mehr als fünf Millionen neue Wohnungen im gesamten Land gebaut worden. Verträge werden auf Jahrzehnte und nicht mehr nur auf Quartale ausgelegt. Dieses strategische Vorgehen Chinas schließt, wie Parteichef Xi Jinping betonte, den Ausbau des gemeinsamen Handelns ein. Für die Entwicklung der Beziehungen mit Lateinamerika

sollen 66 Milliarden Yuan (rund 8,2 Milliarden Euro) zur Verfügung gestellt werden, wovon Venezuela einen beträchtlichen Anteil erhalten wird. Nach chinesischen Angaben hat Peking in der Region bereits mehr als 200 Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht – Energie, Kreditlinien, Häfen und Pipelines sind in ein Netzwerk jenseits westlicher Hebel eingewoben worden.

Jeder chinesische Dollar, der in Venezuela investiert wird, ist eine Investition in die Zukunft eines freien, unabhängigen Landes und verschiebt das Ungleichgewicht stets



ein Stückchen weiter.

In diesem Zusammenhang spielt Öl eine wichtige Rolle. Es ist nicht einfach Ware, sondern Hebel zur Veränderung der „Spielregeln“, die bislang von den USA durch Konzerne, Finanzinstitutionen und Dollarmacht diktiert wurden.

Jeder Tanker, der nun in Richtung Osten ausläuft, unterläuft den Anspruch des US-Imperiums, die Energieströme global zu kontrollieren. Somit wird jede Lieferung nach Asien nicht nur ein Geschäft, vorbei an den USA, sondern zu einem politischen Signal. Da können die jetzt erhobenen „Strafzölle“ der USA mitunter das Tempo dieser Entwicklung etwas bremsen, aber selbst das ist noch nicht bewiesen, da es eine neue, bereits praktizierte Option im Zusammenwirken mit China gibt. Das, was Venezuela schwächen sollte, wird jetzt zum Schild, gestützt durch neue Partner und abgesichert durch alternative Finanzwege.

Diese Auseinandersetzung zwischen den USA und Venezuela ist somit zugleich eine Auseinandersetzung über die Rohstoffpolitik Venezuelas.

Für die Venezolaner ist ein Vergleich zwischen der Politik der USA und China praktisch hautnah spürbar. Im Gegensatz zu der durch die US-Sanktionen ausgelösten

Knappheit von Lebensmitteln wird die Versorgung spürbar verbessert, was deutlich motivierend wirkt, den Angriffen der USA gemeinsam zu widerstehen.

Multipolarität ist keine Theorie mehr, sondern gelebte Praxis. Rußland kooperiert, China finanziert, regionale Akteure diversifizieren. Was früher automatische Gefolgschaft bedeutete, produziert heute Alternativen und die Erkenntnis, daß der Widerstand gegenüber dem unipolaren Machstreben der USA nicht mehr aussichtslos ist.

Venezuela wird künftig, gemessen an seinem Rohstoffpotential, eines der bedeutenden Zentren dieser Welt werden. Schon jetzt spielt Venezuela in der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) und in der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) eine bedeutende politische und wirtschaftliche Rolle. Das Land ist nicht zusammengebrochen, obwohl es zusammenbrechen sollte. Die bisher so „erfolgreich praktizierte Politik des Drucks“ der USA kommt an ihre Grenzen.

Es ist zu befürchten, daß die Aggressivität der USA ein noch nie dagewesenes Ausmaß annimmt, welches in den aktuellen Drohgebärden vor der Küste Venezuelas durch die US-Marine seine Bestätigung findet. Angesichts der Stationierung von sieben Kriegsschiffen mit 4500 Mann Besatzung vor Venezuelas Küste hat der Präsident Venezuelas, Nicolas Maduro, klare Worte gefunden: „Wir lassen uns nicht mehr vorschreiben, wem wir dienen.“

Es ist meine Überzeugung, daß Venezuela auch gegen diese bisher stärkste Bedrohung durch die USA erfolgreich Widerstand leistet und gemeinsam mit der Regierung Maduros eine Geschlossenheit praktiziert, die die meisten westlich geprägten Europäer kaum verstehen können. Aufmerksame Besucher Venezuelas aber erleben und spüren es hautnah. So ist es nicht verwunderlich, daß sich nach dem Aufruf Maduros, sich für die Verteidigung ihrer Heimat bei den zusätzlich eingerichteten öffentlichen Stellen der Milizen registrieren zu lassen, in kürzester Zeit über 8,5 Millionen Menschen haben einschreiben lassen. Freunde berichteten, daß sie, obwohl sie kaum Geld für die Busfahrten hatten, gemeinsam aus dem ländlichen Raum nach Caracas gefahren sind, um sich registrieren zu lassen. Trotz dieser inneren Stärke der Venezolaner und ihrer Verbundenheit mit der Regierung, bedarf es angesichts der wachsenden Bedrohung durch die USA der weltweiten Solidarität mit dem Volk Venezuelas.

Carsten Hanke

Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFiS e.V.)

Zölle und multipolare Welt

Weltweit beeilen sich betroffene Länder, Handelsverhandlungen mit Trump vor Ablauf der Frist für die Einführung von sogenannten Reziprok-Zöllen abzuschließen. Ihnen wurden Mahnbriefe zugeschickt, in denen Zölle in astronomischer Höhe drohen, sollte es nicht zu einer Einigung kommen. Viele haben daraufhin Handelsabkommen mit den USA unterzeichnet.

Trump verfolgt in den Beziehungen zwischen den Ländern eine Strategie von „teile und herrsche“. Er spielt die nationalen Interessen der Länder gegeneinander aus, um deren Staats- und Regierungschefs Zugeständnisse abzurufen. Manche Länder knicken ein, andere wehren sich, die großen Länder des globalen Südens zeigen sich unbeeindruckt. Trumps Vasallen im Wertewesten pilgerten demütig nach Washington und unterwarfen sich den Forderungen ihres Herrn. China, Rußland, Indien und Brasilien aber hielten dem Druck stand, schlossen sich noch enger zusammen und ergriffen Gegenmaßnahmen.

Dabei sind Zölle ein durchaus zweischneidiges Schwert, denn sie schaden beiden Seiten, den USA und dem bestraften Land. Höhere Endverbraucherpreise in den USA belasten die Nachfrage auf dem amerikanischen Markt. Es sind die amerikanischen Verbraucher, die am Ende die Zeche zahlen. Zudem heizt die Verteuerung die Inflation in den USA an. Selbst haus eigene Produkte werden teurer, wenn die Betriebe auf importierte Rohstoffe und Vorprodukte zurückgreifen. Arbeitsplätze gehen verloren, Kleinunternehmen machen bankrott.

Asien

Die Trump-Regierung hat, neben den BRICS-Partnern, besonders die asiatischen Volkswirtschaften im Visier, darunter Japan, Südkorea, Kambodscha, Indonesien, Thailand, Malaysia, Laos und Myanmar. Die US-Zollattacke soll den Handel der Länder mit China reduzieren. China ist der größte Handelspartner von Japan, Südkorea, Malaysia, Myanmar und Indonesien und größter Warenimporteur für Kambodscha und Thailand. Der Handelsüberschuß Asiens (ohne China) mit den USA hat sich von 2019 bis heute auf 400 Milliarden USD verdoppelt. Nachdem Trump in seiner ersten Amtszeit Zölle auf chinesische Importe verhängt hatte, verlagerten viele Unternehmen ihre Produktion nach Vietnam oder Kambodscha. Der Anstieg der Exporte aus Südostasien in die USA ging in Vietnam, Indonesien und Thailand zudem mit einem starken Anstieg ihrer chinesischen Importe einher. Manche chinesische Unternehmen sind bereits nach Südostasien abgewandert, um die Zölle zu

umgehen. China und viele seiner Kunden in den USA versuchen, die höheren Zölle oder Sanktionen für direkt aus China exportierte Waren zu umgehen, indem sie Waren nach USA über Zwischenhändler umleiten (Transshipment). Trump kündigte Anfang Juli neue Zölle gegen 14 Länder an, die meisten davon in Asien, ließ aber die Tür für Verhandlungen offen. Diese haben das Schlimmste verhindert, die hohen Zusatzzollsätze wurden zum Teil deutlich gesenkt. Trotzdem gehen die



Trump's Zollkrieg beeindruckt sie nicht: Wladimir Putin, Narendra Modi und Xi Jinping am 1. September in Tianjin

Wachstumsprognosen für die ASEAN-Länder nach unten. Als Gegenleistung für die Senkung der angedrohten Zölle mußten die Länder ihre Importzölle senken oder ganz darauf verzichten und sich verpflichten, mehr Waren aus den USA zu kaufen und Investitionen dort zu tätigen. Trotzdem zeigen sich die meisten Regierungen erfreut über ihren „Verhandlungserfolg“, die Bevölkerung und die einheimischen Firmen zeigen sich dagegen weniger begeistert. Natürlich kann man behaupten, in geschickten Verhandlungen mit den USA einen Erfolg erzielt zu haben, weil die Zölle gesenkt wurden. Das war allerdings auch so vorauszusehen, denn die USA hatten ursprünglich Zollsätze in unhaltbarer Höhe festgesetzt.

Indonesien z.B. handelte einen Zollsatz von 19 Prozent aus, der deutlich unter den angedrohten 32 Prozent liegt. Als Teil des Abkommens mußte Indonesien sich aber bereit erklären, Öl und Gas im Wert von 15 Milliarden US-Dollar, Agrarprodukte im Wert von 4,5 Milliarden US-Dollar und

50 Boeing-Flugzeuge zu kaufen. Für Vietnam wurden die Zölle von 46 % auf 20 % gesenkt, sehen aber einen Zoll von 40 % auf Transshipment-Waren vor. US-Waren dagegen haben zollfreien Marktzugang nach Vietnam. Thailand bekam einen Zoll von 19 % aufgebremmt, angedroht waren ursprünglich 36 %. Dafür akzeptierte das Land Zollfreiheit für Einfuhren aus den USA und Ursprungsregeln für Lieferungen aus China, die über Thailand umgeleitet werden. Weitere Klauseln beinhalten eine Verringerung des Handelsüberschusses mit den USA, Einkauf von mehr Energie und Flugzeugen in den USA.

Das Muster ist immer dasselbe: Unrealistische Zollforderungen versetzen die „Handelspartner“ in Panik. Das Genie im Weißen Haus läßt sie der Reihe nach in Washington antanzen, reduziert dann die Zölle gegen sonstige Zugeständnisse und freien Zugang zu den einheimischen Märkten um etwa die Hälfte und entläßt die Delegationen wieder nach Hause, wo sie ihren Bürgern und Wirtschaftsverbänden ihre Reise in die USA als Erfolg verkaufen. Aber so einfach ist es nicht, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die USA sind ein unzuverlässiger Handelspartner und stellen aus wichtigen Anlässen täglich neue Forderungen. Und die mit den Zöllen belegten Länder suchen sich bereits neue Absatzmärkte.

Der Globale Süden

China und Rußland machen sich schon lange keine Illusionen mehr über die USA, weder über deren Zuverlässigkeit als Handelspartner noch über deren Konfrontationspolitik. Sie ignorieren die Zollforderungen Trumps. China und Rußland werden von den USA als deren Hauptgegner betrachtet und entsprechend „behandelt“. China soll „eingedämmt“ und Rußland am besten ganz vernichtet werden. Da die USA aber nicht stark genug sind, sich mit beiden Ländern gleichzeitig anzulegen, versuchen sie es scheinbarweise, nehmen alle mit ihnen befreundeten Länder ins Visier und versuchen, sie gegeneinander und gegen China und Rußland auszuspielen. Mit Sanktionen und extrem hohen Zöllen, sogar mit Kriegsandrohungen und Umsturzversuchen wollen sie Länder, die sich gegen eine unipolare Kontrolle der USA über die gesamte Weltwirtschaft wehren, isolieren und in eines von zahlreichen regionalen Bündnissen der USA gegen China und Rußland treiben. Auch hier nur mit mäßigem Erfolg. Die QUAD und die AUKUS, die größten Bündnisse gegen China im asiatischen Raum, sind von den Angelsachsen geprägt und kommen nicht voran. Australien hat kein Geld, um die teuren atomgetriebenen U-Boote zu kaufen und die Umweltaktivisten protestieren wegen der Gefahr der Atom-brennstäbe.

In Südkorea wurde der treueste Anhänger der USA, Yoon Suk Yeol, wegen versuchten Putschversuchs abgesetzt und befindet sich derzeit in Untersuchungshaft. Er hatte zusammen mit Joe Biden und dem japanischen Premier Fumio Kishida eine eigene Allianz gegen China gegründet und die Beziehungen zu Nordkorea gekappt. Die neue Regierung bemüht sich nun um Schadensbegrenzung und erneute Annäherung an China und Pjöngjang.

In Japan ist Anfang September Premierminister Ishiba zurückgetreten, nachdem seine liberale Partei keine Mehrheit mehr zustande bekommen hat. Japan und Indonesien gelten als besonders amerikafreundlich.

Nur die Philippinen unter Marcos halten derzeit noch draufgängerisch an der Konfrontationspolitik gegen China fest, die Herrschaft des Quislings Marcos (Bong-Bong) ist aber in Gefahr, die Opposition könnte 2028 die Wahlen gewinnen und wieder einen chinafreundlichen Kurs fahren. Und in den Philippinen fragt sich die Bevölkerung, ob sie sich im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit China auf die USA verlassen können. Und da ist natürlich noch das unverbesserliche Taiwan, dessen unseliger Premier weiterhin China provoziert, dessen politisches Überleben aber alles andere als gesichert gilt.

Die US-Regierungen haben seit Obamas Wende nach Asien versucht, Indien an

ihre Seite zu ziehen. Das war fast gelungen, Indien ist als einziges echt asiatisches Land in der QUAD. Weil Indien aber weiterhin russisches Öl kauft und verkauft, hat Trump Indien mit Strafzöllen von 50 % belegt. Statt einzuknicken, flog Modi kurz darauf nach China zum Gipfeltreffen der SOC und stärkte seine Beziehungen zu den Mitgliedsländern der SOC und der BRICS. Trump hat daraufhin eine geplante Reise nach Indien zum QUAD-Treffen abgesagt. Die Zollverhandlungen zwischen Indien und den USA wurden auf Eis gelegt. Gleich nach seiner Rückkehr aus Tianjin bemühte sich Modi jedoch sofort um Schadensbegrenzung in den angespannten Beziehungen zu den USA. Am 9. September sagte Trump, er freue sich, in den nächsten Wochen wieder mit seinem „very good friend Modi“ zu sprechen. Weiteres bleibt abzuwarten.

Zunehmende Isolation des Westens

Es ist ein weltweiter Raubzug. Um Amerika wieder groß zu machen und die Profite der amerikanischen Großkonzerne und der Wallstreet zu verteidigen, überzieht Trump die ganze Welt mit Strafzöllen und Kriegsdrohungen. Und die EU hilft ihm dabei. Mit ihrer Zollstrategie versuchen die USA, ihre Dominanz zu erhalten, die Länder der Welt zu spalten und von Alternativen, wie sie die Länder des Globalen Südens inzwischen längst bieten, wegzutreiben. Gute Beziehungen zu den USA gehen nur über eine

Abkehr vom Globalen Süden. Die Länder sollen sich entscheiden und ihr Heil allein bei den USA suchen. Selbst eine vorsichtige Neutralität, gar das Streben nach geopolitischer Unabhängigkeit, wird von den USA als anti-amerikanische Gesinnung gedeutet. Trump drohte sogar, einen Zoll von zusätzlichen 10 % auf alle mit den BRICS verbündeten Länder auszuweiten und warf dem Block vor, „anti-amerikanische Werte“ zu fördern. Die BRICS-Staaten bekennen sich zu einem alternativen Modell, das seine Mitglieder nicht zwingt, sich für eine Seite zu entscheiden. Trump hat auch Brasilien mit Zöllen von 50 % belegt, weil das Land gegen seinen Freund, den früheren rechts-extremen Premierminister Bolsonaro, einen Prozeß wegen Putschversuchs führt. Daraufhin beschlossen Brasilien und Indien eine Verdreifachung ihrer Handelsströme. Die hohen Zölle stehen auch in Gegensatz zu den Annäherungsversuchen der USA an Vietnam. 50 Jahre nach dem Vietnamkrieg hatten die beiden ehemaligen Feinde eine neue strategische Partnerschaft geknüpft. Die USA wollen Vietnam näher an sich binden, als Bollwerk gegen China und als Partner im Indopazifik. Dank hoher Zölle und erpresserischer Zwangsinvestitionen in den USA wird der Welt und selbst Japan und Südkorea, Verbündeten der USA mit langjährigen Verträgen, langsam klar, wie unzuverlässig und bedrohlich Washington geworden ist.

KLJ

Putsch in Nepal

Am 8. September brachen Massendemonstrationen, angeführt von der Generation Z, in Nepal aus, die zum Sturz der Regierung von Ministerpräsident Oli von der kommunistischen Partei Nepals führten. Der trat zurück und floh nach Dubai. Der Präsidentenpalast brannte, Minister und deren Familienangehörige wurden getötet oder verprügelt, ihre Häuser geplündert und in Brand gesteckt. Aber die Unruhen kamen nicht aus heiterem Himmel, wie uns die Mainstream-Medien glauben machen wollen, sie waren lange vorbereitet. Drahtzieher dahinter sind die USA. Alle Merkmale einer US-gesteuerten Farbrevolution sind vorhanden: Es sind nie Arbeiteraufstände, sie gehen immer von einer bestimmten Personengruppe, meist Generation Z, aus, entstehen scheinbar wie aus dem Nichts über einen unbedeutenden Mißstand, werden sofort gewalttätig, haben die nötigen Mittel, um ihre Proteste auszuweiten und haben, statt Dialog, den Sturz der Regierung im Visier.

Die maoistische NCP hat sich in den letzten Jahren von Indien ab- und China zugewandt. China hat im Rahmen des Projektes Neue Seidenstraße viel in Nepal investiert. Nepal

wollte auch Chinas unabhängigem Internetmodell folgen. Das habe die USA verärgert. Die US-amerikanische Nationale Stiftung für Demokratie (NED), deren Ziel es ist, dem kommunistischen Einfluß im Ausland entgegenzuwirken, hat seit Jahren junge Leute in Nepal in politischem Aktivismus ausgebildet und Journalisten finanziert, um die Korruption der Elite anzuprangern, mit dem Ziel, den Sturz der Regierung herbeizuführen. Dafür hat die US-Regierung bereits 2023 Geld zur Verfügung gestellt, u.a. für Seminare über das Organisieren von Kampagnen und Massenprotesten und Propaganda für ein „offenes, globales Internet“. Die Internetkampagne #nepokids, die sich gegen die Korruption und den extravaganten Lebensstil der Elite und ihrer Sprößlinge wandte, spielte eine große Rolle dabei, die Wut der Generation Z zu schüren.

Der Stein wurde durch die Sperrung von 26 amerikanischen Social-Media-Plattformen, Facebook, X, YouTube usw. ins Rollen gebracht. Die Gen. Z sprach von Zensur und ging auf die Straße. Die Regierung erteilte Schießbefehl, 19 Menschen starben durch Polizeikugeln. In der Folge eskalierte

die Situation. Die Zahl der Todesopfer der Proteste stieg auf 51.

Die gesperrten, fast allesamt amerikanischen, Medien hatten die von der Regierung gesetzte Frist für die Registrierung nicht eingehalten, die verlangte, daß die Plattformen bis zum 3. September einen lokalen Ansprechpartner, eine befugte Person zur Bearbeitung von Beschwerden und eine für die Selbstregulierung zuständige Person benennen. Die Plattformen, die sich registriert hatten, darunter TikTok und Viber, blieben online. Zweifellos ist die Frustration der Bevölkerung über mangelnde Chancen, Korruption und die soziale Kluft zwischen Arm und Reich groß. Die Jugend hat kaum andere Perspektiven, als im Ausland zu arbeiten, ein Viertel des BIP sind Zahlungen an Familienangehörige aus dem Ausland. Aber der Vandalismus und die Gewalt, die stattgefunden haben, sind eindeutig das Werk externer Akteure. Das Verbot sozialer Medien dauerte nur vier Tage. Es ist unmöglich, daß solche gewalttätigen Reaktionen in so kurzer Zeit im ganzen Land ohne Planung im voraus orchestriert wurden.

KLJ

„Chinas Gegen-Entwurf – ein Weg in die Zukunft?“

Diese Überschrift ist anspruchsvoll und wird durch das Fragezeichen nicht geschmälert. Dem Autor gelingt es, mit einer großen Fülle an Daten und authentischen Erlebnissen, immer wieder ein Gefühl und die Sympathie für den Gegen-Entwurf zu tradierten Entwicklungsmodellen aufzuzeigen. Damit kann eine Diskussion angestoßen werden, die uns alle betrifft und weit über den Leserkreis von Freunden des asiatischen Lebensraums hinausgeht. Wie macht das Uwe Behrens, gemeinsam mit seiner Frau Wei Lan? Sie entschließen sich zu einer spannenden, abenteuerlichen, risikvollen und informativen Studienreise über 5000 km mit dem eigenen Auto. Das Ziel ist es, sich persönlich ein Bild davon zu machen, was es bedeutet „bescheidenen Wohlstand“ für alle zu erreichen und Antworten darauf zu finden, wie dieser abstrakte Begriff gelebt wird und wodurch das möglich wurde. Die Route führt sie in entlegene Bergdörfer, in arme Regionen, zu supermodernen Ingenieurleistungen und High-Tech-Innovationen, zumeist weit entfernt von den international bekannten Hot-Spots des Tourismus. Man spürt die Neugier und den Respekt des Autors für das Alltägliche, für Menschenschicksale, für den Umgang mit Gewohnheiten, Traditionen und geschichtlichen Veränderungen. Das spüren offenbar auch die chinesischen Gesprächspartner, die z.T. in frappierender Offenheit ihre Lebensgeschichten offenbaren. Dabei werden selbst kleine Geheimnisse der Gesetzesverstöße offenbart, oder von selbst organisiertem Widerstand der Dorfbevölkerung berichtet, gegen vermeintliches Unrecht der Behörden. Alles erfolgt in einer Art und Weise, die nicht den Eindruck erweckt, daß „die Luft brennt“ und die einfachen Bürger das Gefühl hätten, sich in einem Überwachungsstaat zu befinden.

Gekonnt verknüpft Behrens ca. 40 unterschiedliche Halte- und Übernachtungsstationen mit ganz spezifischen Gesichtspunkten, an denen er die Überwindung der Armut festmacht und dem Leser plastisch nahebringt. Dabei tun sich immer wieder überraschende Sichtweisen auf. Gespräche werden nach dem Zufallsprinzip geführt. Einmal ist es die junge Hotelbesitzerin, dann eine Verkäuferin, dann wieder ein alter Bauer, eine Jungunternehmerin, ein Gespräch in der Warteschlange einer Museumsanlage. Es sind gleichermaßen Junge wie Alte, aber immer geht es um die Armut und deren Überwindung. Randomisiert, also zufällig, wie es in der Soziologie bei Feldstudien lautet ist die Route, die Stopps, die Dauer des Aufenthaltes,

die Gesprächspartner und zum Teil die Interviews. Nichts scheint geschönt oder konstruiert. Und doch gelingt es dem Autor, eine Struktur in das Buch zu bringen. Entlang der Zufälligkeiten entwickeln der Autor und seine Frau eine Struktur, die es ihnen ermöglicht, ganz verschiedene Lebenswelten einzufangen und zugleich die Vielfalt der „Hebel“ zu beleuchten, mit denen die Armut bekämpft wird. Einmal ist es das „Musikdorf“, dann das „Porzellan“, der „Fußball“, der „Honig“, der „Marathon“, ein anderes Mal das „Taihang-Gebirge“, „Mao-Zedong“ oder die Landschaftsparks und noch etliches mehr. Immer wieder erfährt der deutsche Leser auch weitestgehend unbekanntes. So wird im Buch berichtet, daß sich Zhu Ringji (von 1998 bis 2003 Chinas Ministerpräsident), der ein musischer Mensch war, mit seinem Ausscheiden aus der Politik 2003 als Siebzigjähriger dem Ensemble der Peking-Oper anschloß. Altkanzler Helmut Schmidt besuchte ihn dann 2004 zu Hause in Beijing, wobei er große Anerkennung erfuhr. „Sie, so Zhu Rongji, schreiben alle vier Monate ein Buch. Ich schaffe in vier Jahren nicht mal eins“. Dieser Zhu Rongji war ein enger Vertrauter von Deng Xiaoping, dem Vater der Reformen und zugleich ein direkter Nachfahre des chinesischen Kaisers Hongwu.

Im vorletzten Abschnitt stellt sich Behrens die Frage „Wie geht es weiter?“. Die chinesische Zivilisation existiert seit über 5000 Jahren. In den letzten Jahrzehnten wurde die Transformation der Wirtschaft von der internationalen Werkbank hin zum Innovationszentrum der Welt vollzogen, die Wiederbelebung des ländlichen Raumes begonnen, Hervorragendes zum Schutz der Umwelt geleistet und die Armut von über 400 Millionen Chinesen beseitigt. All das ist nicht abgeschlossen und konkrete Pläne der Weiterführung liegen vor. Etwas unvermittelt behandelt er im letzten Abschnitt die „Reformen“ als eine typische Form der Veränderungen und Konfliktbewältigung Chinas, für die es, laut Behrens, keinen „Masterplan“ gab und zukünftig auch nicht geben wird. Es gilt weiterhin das Credo der chinesischen Entwicklung: Den Fluß, nach Steinen tastend, zu überqueren. Danach entscheidet die Praxis und nicht ideologische Wunsch-Vorstellungen.

So ganz nebenbei erfährt der Leser, daß in den letzten Jahrzehnten des Reformprozesses kein einziger staatseigener Betrieb privatisiert wurde und daß es heute etwa hundert große staatseigene Unternehmen gibt, die vor allem die Daseinsfürsorge der Bevölkerung sichern, wie Infrastruktur,

Telekommunikation, Energieversorgung, das Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheitswesen und die Pharmazieproduktion.

Eine Bedingung des Erfolges war augenscheinlich, daß sich China der Öffnung seiner Währung gegenüber den ausländischen Finanzmärkten widersetzt, so die Kontrolle über wesentliche Seiten des Marktes behielt und Finanzspekulationen verhinderte. Zum Abschluß zitiert U. Behrens aus Befragungen der Harvard-Universität unter der chinesischen Bevölkerung, die sie von 2003 bis 2016 jährlich durchführte, wonach etwa 95 % mit der Regierungsführung zufrieden sind. Ein Ergebnis, welches nach dem Lesen des Buches in keiner Weise erstaunt.

Die Führung der Kommunistischen Partei hat zu keinem Zeitpunkt das Bekenntnis zum Marxismus und den sozialistischen Ideen aufgegeben. Das westliche Establishment ist so verhaftet in seinem schwarz-weiß Denken, daß es bis heute den spezifischen Weg der Volksrepublik zum Sozialismus nicht versteht. Wie sich das im Alltag mit der Überwindung der Armut darstellt, das hat Behrens mit einer Fülle empirischer Daten untersetzt und zugleich in plastischen und bewegenden Erlebnissen und Schilderungen dargestellt. Aus den authentischen Zeugnissen des gewöhnlichen Alltags im heutigen China erwächst ein Bild des Gegen-Entwurfs für den westlichen Beobachter, zumindest was die Überwindung der Armut betrifft. Den neutralen Leser, der durch den Mainstream des christlichen Abendlandes geprägt ist, beschleicht ein Gefühl für das Machbare, dafür, daß andere Wege möglich und bei deren Beschreiten Menschen ganz offensichtlich glücklich und zufrieden sind. Aus der wieder und wieder propagierten „gelben Gefahr“ erwächst nun der westlichen Welt ein Staunen. Für manch einen ist aber ein „Staunen“ für alternative Wege schon selbst wieder gefährlich. Weil uns allen Optimismus so wohl tut, genau deshalb ist das Buch dem deutschen Leser zu empfehlen.

Dr. Michael Geiger

Uwe Behrens, edition ost, Berlin 2025, 256 Seiten, 20 €, ISBN 978-2-360-02820-4

P.S. Uwe Behrens ist zu Buchlesungen bzw. Vorträgen über sein neues Buch in den RF-Regionalgruppen bereit.

1954: Das Staatliche Volkskunstensemble der DDR reist in die VR China

Fast zeitgleich mit der Gründung der DDR entstand Anfang Oktober 1949 die Volksrepublik China. Als ein erster Höhepunkt der politischen Annäherung beider Länder gilt der Besuch des Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, in China Ende 1955. Auch auf kulturellem Gebiet wurde versucht, freundschaftliche Kontakte zu knüpfen. Viele Künstler der DDR besuchten Anfang der 50er Jahre die Volksrepublik, darunter 1951 die Schriftstellerin Anna Seghers und der Bildhauer Gustav Seitz. 1953 folgten der Schriftsteller Stephan Hermlin und 1954 sein Kollege Bodo Uhse. Ein Jahr später statteten die Schriftsteller Willi Bredel und Willi Meinck dem Land einen mehrwöchigen Besuch ab. Ein Jahr später reisten die Fotografin Eva Siao und der Schriftsteller Harald Hauser durch die Volksrepublik. Der Schriftsteller F. C. Weiskopf war Anfang der 50er Jahre Botschafter der CSSR in China. Seine Frau, Grete Weiskopf, alias Alex Wedding, veröffentlichte 1956 das Jugendbuch „Das Eiserner Büffelchen“, das die Entstehung der Volksrepublik zum Thema hat. Und Bredel vermerkte in seinem Reisetagebuch, daß die „Reise durch China ein Erlebnis fürs Leben war“.

Der Aufenthalt des Staatlichen Volkskunstensembles in der Volksrepublik unter Leitung von Hans Mrowetz, seit 1962 „Staatliches Tanzensemble der DDR“, ist ein Beispiel dafür, daß auch auf der Ebene der Volkskunst ein enger kultureller Austausch angestrebt wurde. Das Staatliche Volkskunstensemble war ein Gesangs- und Tanzensemble mit großem Orchester, das Tanz- und Gesangsdarbietungen von Volkstänzen und -liedern in seinem Repertoire hatte. Namhafte Choreografen und Tanzpädagogen, wie die Schweizer Tanzpädagogin Anne Goldschmidt, arbeiteten mit dem Ensemble. Ihr Konzept war die Bewahrung des kulturellen Erbes der Volksmusik, das von den Nazis mißbraucht worden war. Es ging um die authentische Wiedergabe der über die Jahrhunderte entstandenen deutschen Volkslieder und -tänze, die Bewahrung des kulturellen Erbes.

Vom 10. Dezember 1953 bis 11. März 1954 gab es eine Tournee durch die Volksrepublik China. Allein die Anreise war ein Abenteuer. Im Gegensatz zu Hermlin, Uhse oder Bredel reiste der größte Teil des Volkskunstensembles mit dem Zug an und traf nach vierzehntägiger Fahrt, unter anderem durch Sibirien und vorbei am Baikalsee, am 24. Dezember in Peking ein. Nur die Tänzerinnen und Tänzer durften fliegen, weil sie sonst nach der langen Bahnfahrt nicht sofort hätten auftreten können.

Hans Mrowetz, seinerzeit Leiter des Ensembles, hat in mehreren Artikeln, die in den 50er Jahren in der DDR veröffentlicht wurden, einiges über diese Reise dokumentiert. Eine zweite Quelle ist das handschriftliche Reisetagebuch von Johanna Becker, einem Ensemblemitglied, die auf 98 Seiten, inklusive eingeklebter Fotografien, die Reise dokumentierte. Die Teilnehmer besuchten eine Reihe von chinesischen Großstädten wie Peking, Kanton, Shanghai, waren aber auch in Fushun, Mandschuria und Tientsin. Den Weihnachtsabend verbrachten sie in einem Pekinger Hotel. Die Ensemblemitglieder hatten sich Miniaturweihnachtsbäume von zu Hause mitgenommen und in ihren Hotelzimmern aufgestellt. Doch die chinesischen Gastgeber waren echte Gastgeber und hatten eine Zypresse als Weihnachtsbaum aufgestellt. Der Chor des Ensembles trug erzgebirgische Weihnachtslieder vor. Als Geschenk wurde ein erzgebirgischer Weihnachtsbaum überreicht. Kulinarisch standen Pekingente, Haifischflossen, gebackene Chrysanthemenstengel, dazu Reiswein, auf der Speisekarte.

Das Ensemble erlebte im Februar einen frühen Frühling in China und war voller Begeisterung für das Land und seine Menschen. Hans Mrowetz, der aus einer kommunistischen Familie stammte und als Jungkommunist 1930 am II. Welttreffen der Arbeiterkinder teilgenommen hatte, berichtete auch über das durch Kuomintang-Herrschaft und Kolonialismus ruinierte China und die Leiden seiner Bevölkerung. So gibt er den Bericht von Tiang Sou-Shang aus der Provinz Kiangsu über die katastrophalen Lebensumstände wieder: „Im 19. Jahr des Kuomintang-Regimes war meine siebenköpfige Familie trotz unsäglicher Arbeitslast dem Hungertod nah – wir fanden keinen anderen Ausweg mehr, als dem Blutsauger, dem schon alles, auch unsere Arbeit auf Jahre voraus verpfändet war, nunmehr unsere elfjährige Tochter für einen halber Sack Reis zu verkaufen, um allen anderen das Leben zu erhalten.“ Erst die chinesische Revolution schaffte es, die unhaltbaren Lebensumstände breiter Bevölkerungsgruppen zu verbessern, was zu einer unglaublichen Mobilisierung der Bevölkerung für den Neuaufbau des Landes führte. Hans Mrowetz hat diesen Enthusiasmus selbst erlebt und in einem faszinierenden Bericht festgehalten. „Was taten die Werktätigen, als das Staatliche Volkskunstensemble nach Schanghai kam und auf der dortigen Freilichtbühne auftreten sollte, und es in Strömen regnete?

Die Schanghaier fuhren dem Petrus in die Parade. In drei Tagen und Nächten überdachten sie die Freilichtbühne. Es wurden heizbare Räume geschaffen, mit Sitzplätzen für 17 000 Personen. Daneben ein Bühnenhaus, ausgestattet mit allen Erfordernissen modernster Beleuchtungstechnik und sogar mit einer Dispatcheranlage, die es ermöglichte, vom Zuschauerraum aus die Einstellung der Mikrofone während der einzelnen Darbietungen zu kontrollieren und zu regeln. Dazu kamen die Garderoben- und Erholungsräume für 250 Ensemblemitglieder, fließendes Wasser, warm und kalt, elektrische Beheizung, Neon-Beleuchtung. Und die Betreuer? Keine Kellner, keine Hausangestellten, keine Schaulustigen, sondern Sänger, Schauspieler, Tänzer, hohe Funktionäre. Seltsam? Nein, Freundschaft.“ Dieses Engagement, das Mrowetz beschreibt, ist sicher ein nicht zu unterschätzender Grund für den erstaunlichen wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß, den China in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt hat.

Am Ende der Reise steht für Hans fest: „Es war eines der ganz großen Erlebnisse meines Lebens, als ich 1954 China – das Land der 1000 Wunder – durchreiste und, als das Wunderbarste, Menschen, Genossen, Freunde fand, die nur vergessen kann, wer selbst keiner tiefen menschlichen Empfindung fähig ist.“

Die älteste Tochter von Hans Mrowetz, Helga Niestroj, damals fünf Jahre alt, erinnert sich noch gut an die begeisternden Berichte ihres Vaters: „Jedem Besucher der Familie wurden die Fotos gezeigt und berichtet, was mein Vater erlebt und gesehen hatte. Er konnte sehr lebendig erzählen, so daß die Freunde oder Kollegen erst spät in der Nacht wieder nach Hause gingen. Immer wieder betonte er mit Freude und Stolz, daß nun nach dem größten Land der Welt, der Sowjetunion, auch das bevölkerungsreichste Land – China – sozialistisch geworden sei. Er und viele andere, die am Entstehen der DDR aktiven Anteil hatten, empfanden dies als großes Glück.“

Stefan Kraus
Hamburg

Hans Mrowetz war von 1951 bis 1954 Direktor des Staatlichen Volkskunstensembles, danach arbeitete er als Referent im Ministerium für Kultur der DDR. Nach der Aspirantur und Promotion zum Dr. phil. war er im Ministerium für Kultur für die künstlerischen Hoch- und Fachschulen der DDR verantwortlich. Ab 1971 bis 1985 arbeitete er als Dozent an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee.

„Denn eine Gesellschaft mit vielen Gefängnissen ist eine Gesellschaft im Gefängnis.“

Eine notwendige Erinnerung an die historische Realität der auf mörderischer Knechtung nach innen und außen beruhenden US-Demokratie

1965 haben sich sieben katholischen Theologen aus Europa zusammengefunden, um gemeinsam eine internationale Zeitschrift für Theologie herauszugeben. Mit ihrem Namen „Concilium“ will diese Zeitschrift den vom II. Vatikanischen Konzil (1962–1965) inspirierten Aufbruch der Katholischen Kirche zu den Wurzeln des Christentums wissenschaftlich begleiten und begründen. Seit Anbeginn ist das „Concilium“ immer wieder bemüht, die christliche Botschaft von dem gesellschaftlichen Ort der beherrschten Klasse aus zu vermitteln. Heft 3 dieses Jahres von „Concilium“ hat als Schwerpunkt: „Gefängnis. Soziale und theologische Aspekte“ und geht mit seinen Artikeln weit über das hinaus, was der im intellektuellen Milieu öfter zitierte französische Philosoph Michel Foucault (1926–1984) in seinem Buch zu den Strafstrukturen seit Mitte des 19. Jahrhunderts „Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses“ erörtert hat.

Für den katholischen, als Antirassisten unmittelbar an der US-Front kämpfenden, Sozialethiker Alex Mikulich (*1960) aus Norfolk (Virginia) ist in seinem Artikel „Gefängnisse als Krieg. Auf dem Weg zu einer politischen Theologie der revolutionären Abschaffung“ das Geschehen um einen am 9. September 1971 im Staatsgefängnis Attica ausgebrochenen Streik gegen unmenschliche Haftbedingungen auch ein Aufschrei für die Selbstbestimmung des schwarzen Volkes und für die Befreiung von Unterdrückung durch die von Weißen dominierte Klassenherrschaft. Inhaltlich entsprechen die Forderung der schwarzen Gefängnisinsassen in Attica dem Programm der Black Panther Partei vom Oktober 1966, dessen erster Punkt lautet: „Wir fordern Freiheit. Wir fordern die Macht, das Schicksal unseres Volkes selbst zu bestimmen. Wir denken, daß das schwarze Volk erst frei sein wird, wenn wir unsere Zukunft selbst bestimmen können“. Auf Anordnung des New Yorker Gouverneurs und Milliardärs Nelson Rockefeller (1908–1979) wurde dieser Weckruf im Gefängnis Attica im Einvernehmen mit Präsident Richard M. Nixon (1913–1994) nach vier Tagen am 13. September von den eingesetzten Nationalgardisten mit einem Massaker an den Widerstand leistenden Gefängnisinsassen beendet. Die westlichen Medien haben diese Vorkommnisse als isolierte Sensation verkauft und von den

Hintergründen bewußt weggeschaut. Nicht so der journalistisch tätige Staatsanwalt in der DDR, Klaus Steiniger (1932–2016), der Attica als „Schande und Fluch über ein System moderner Barbarei“ kommentierte und den Konnex mit dem gegen die 26jährige schwarze revolutionäre Angela Davis (*1944) mobilisierten Lynchklima herstellte.[1] Über diese mutige kommunistische Befreiungskämpferin, die in der Gaskammer von St. Quentin in dem von Ronald Reagan (1911–2004) als Gouverneur befahligen Bundesstaat Kalifornien ermordet werden sollte, hat Klaus Steiniger ein von Angela Davis selbst als „wertvollen Beitrag zur Humanität und Solidarität“ bezeichnetes Buch veröffentlicht.[2] Hinrichtungen von zum Tode Verurteilten in Gaskammern hat das US-Justizsystem seit den 20er Jahren bis 1999 (!) praktiziert. Giftgas zur massenhaften Tötung von Menschen hat erstmals die deutsche Kriegsführung im ersten Weltkrieg 1915 eingesetzt.

Für Angela Davis und Klaus Steiniger war das US-Gefängnis Attica eines von vielen US-Gefängnissen, gegen deren Insassen die herrschende Klasse einen mörderischen Krieg führte. Alex Mikulich spricht von den Todeswelten des US-kapitalistischen und kolonialen Rassismus, der in den Bundesstaaten statt in die soziale Wohlfahrt in die mit Sturmgewehren ausgerüsteten Nationalgarden, Polizei und Gefängnisse investiert. „Die Abhängigkeit der kapitalistischen US-Gesellschaft zeigt“, so Mikulich, „daß das System weder der Rehabilitation dient noch die Gesellschaft sicherer macht“. Ihm sind die im Heute nicht nur in den USA praktizierten Strategien der Gefangennahme und des Einsperrens die absichtliche Praktizierung von Todeswelten: „Unsere Arrest-Gesellschaft opfert das Leben von Schwarzen, Working Poor, indigenen und muslimischen Menschen auf dem Altar des US-Imperialismus, der Kolonialität und der Kapitalakkumulation.“ Die Fetischisierung des Weißseins, der Kapitalakkumulation und der polizeilichen und militärischen Vorherrschaft sind ihm „die götzendienerische Heiligung unserer gesamten Lebensweise“. Alex Mikulich erinnert „im Geiste der langen Attica-Revolte“ an den historischen, von den Pharisäern der römischen Herrschaft zur Hinrichtung ausgelieferten von Jesus von Nazareth (+30/31 n. u. Z.), der dazu aufgerufen hat, Gefangene freizulassen und die Tische der Geldwechsler umzustoßen.

Im selben Juli-Heft von Concilium finden sich einige Artikel, die mit Blick auf die Vergangenheit Grundsätzliches zur Gegenwart

aussagen. Der salvadorianische Jesuit Rodolfo Cardenal SJ (*1950) analysiert das von den USA gestützte System von Nayib Bukele (*1981) in El Salvador, wo „Masseneinkerkerungen“ die dort sich infolge der terroristischen Ausbeutung des Volkes zusammengefundenen Banden bekämpfen sollen. Das dafür verwendete „Modell Bukele“ ist mit dem „Modell des deutschen Hitlerfaschismus“ identisch. Es gibt Gefängnisse mit akzeptablen Bedingungen, welche der Öffentlichkeit und freundlichen ausländischen Besuchern vorgeführt werden. „In den anderen Gefängnissen“, so Cardenal SJ, „in denen meist ‚normale‘ Gefangene inhaftiert sind, sind sie systematischen Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt. Das ‚Notstandsregime‘ verweigert ihnen Nahrung, Wasser, die notwendige medizinische Versorgung und den Kontakt zu ihren Familien. [...] Die Behandlung ist grausam und unmenschlich und umfaßt Überbelegung, lange Einzelhaft, Schläge, Elektroschocks, Vergewaltigung und verschiedene Formen von Folter. [...] Minderjährige werden ab dem Alter von zwölf Jahren inhaftiert und mit Erwachsenenstrafen belegt“. (...) Der Artikel von Rodolfo Cardenal SJ ist ein Aufschrei um globale Solidarität mit dem Volk in El Salvador. Dennoch, der Artikel versäumt leider, jene materialistischen Analysen aufzugreifen und weiterzuentwickeln, mit denen die in El Salvador tätig gewesen und im Auftrag der USA am 16. November 1989 ermordeten, an der Universidad Centroamerica (UCA) wirkenden Befreiungstheologen Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989), Segundo Montes SJ (1933–1989), Ignacio Martín Baró SJ (1942–1989), Amando López y López SJ (1918–1989) für die Praxis des möglichen Widerstandes des „gekreuzigten Volkes“ aktiv tätig gewesen sind.

(...) Der afrikanische Beiträger Wilfried Okambawa SJ (*1961) resümiert in seiner Exegese über die Gefängnisse im Neuen Testament: „Denn eine Gesellschaft mit vielen Gefängnissen ist eine Gesellschaft im Gefängnis.“

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Quelle: Zeitung der Arbeit Wien, 4.9.2025

[1] Neues Deutschland vom 17. September 1971 (Artikel Was geschah in Attica?).

[2] Klaus Steiniger: Angela Davis. Eine Frau schreibt Geschichte. Verlag Neues Leben, Berlin 2010; derselbe: Angela Davis wird 70. „RotFuchs“ 192 vom Januar 2014.

Anwalt aus innerer Überzeugung

Vor 100 Jahren wurde Heinrich Hannover geboren

Die Bundesrepublik hat in den Jahren des Kalten Krieges nur wenige Anwälte hervorgebracht, die sich intensiv mit den juristischen Angriffen auf Kommunisten, Gewerkschafter und andere gesellschaftskritisch auftretende Menschen auseinandersetzten und ihnen zur Seite standen. Einer von ihnen ist ohne jeden Zweifel Heinrich Hannover.

Er wurde am 31. Oktober 1925 in Anklam geboren und wuchs in einer Familie auf, wo vor allem der Vater sehr dominant war und den Ideen der Nazis nahestand. Als Kriegsteilnehmer erlebte Hannover, daß die gesamte Nazi-Propaganda nur Worthülsen waren und der Weg Hitlers geradezu in den Abgrund führen mußte. Das machte ihn zum Pazifisten, der er Zeit seines Lebens blieb. Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus kehrte er in die pommersche Heimat zurück und wollte eigentlich Förster werden. Doch es kam anders. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen gründete Hannover in Bremen seine eigene Kanzlei, nachdem er im Oktober 1954 als Anwalt zugelassen wurde. Bereits kurze Zeit später trug man ihm die Pflichtverteidigung eines Kommunisten an. Im Laufe des Verfahrens kamen noch weitere Angeklagte hinzu, die ihm das Mandat erteilten. Letztlich wurden sie freigesprochen, was zum schnellen Bekanntheitsgrad Hannovers beitrug. In jener Zeit mußte er die Erfahrung machen, daß viele der noch tätigen Richter und Staatsanwälte ihre ursprüngliche Überzeugung keineswegs aufgegeben hatten, sondern noch immer antikommunistisch und von Vorurteilen geprägt waren. Auch nach dem Verbot der KPD zeigte sich, daß diese Stimmung in der Justiz nicht nur erhalten blieb, sondern durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eher noch gefestigt wurde. Das änderte sich erst mit der Liberalisierung des bundesdeutschen Strafrechts im Jahr 1968. Junge Studenten gingen auf die Straße und kämpften für die Beendigung des Vietnam-Krieges, verurteilten das Schweigen der Eltern über die Nazizeit. Sie wollten Antworten auf Fragen, die ihnen die „Alten“ verwehrten. Nicht wenige von ihnen erkannten, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse eine wesentliche Ursache hierfür bildeten. Als sich aus der außerparlamentarischen Opposition ein kleiner Teil abspaltete, der sich für den Weg in die Gewalt entschied, wurde auch Ulrike Meinhof seine Mandantin. Während man sich anfangs über bestimmte Positionen einig war, änderte

sich dies sukzessive, je mehr Meinhof die Gewalt proklamierte und sie als einzigen gangbaren Weg ansah. Das war aber nicht der Weg Heinrich Hannovers, den er gutheißen konnte. So trennten sich ihre Wege. Zuvor hatte er für Ulrike Meinhof eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingereicht, die sich gegen die Isolationshaft in der JVA Köln-Ossendorf richtete. Auch wenn diese nicht erfolgreich war und Hannover schon gar nicht mehr an dem Prozeß gegen Baader und Meinhof teilnahm, hatte er das Etikett, ein Terroristenanwalt zu sein, verliehen bekommen und wurde es auch nicht mehr los. Andere sahen darin ihre Chance, sich mit ihren rechtlichen Problemen ihm anzuvertrauen. Darunter befinden sich solche Namen wie Daniel Cohn-Bendit, Otto Schily, Günter Wallraff und viele Jahre später auch Hans Modrow. Ihnen allen stand er in Zeiten der Not zur Seite und setzte sich mit besten Kräften für sie ein. Sein konsequentes Auftreten behagte manchen der Richter und Staatsanwälte nicht. Mehrfach wurde versucht, ihm durch Ehrengerichtsverfahren Ärgernisse zu bereiten. Er wußte, was er gesagt hatte und was er verantworten konnte. Es sollte noch lange Jahre dauern, bis die Toleranz und Akzeptanz der Meinungsfreiheit auch für den Rechtsanwalt erweitert wurde, der sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen für seine Mandanten einsetzt. Heinrich Hannover kann deshalb als ein Vorreiter dieser Entwicklung angesehen werden.

Besondere Verdienste erwarb er sich bei der Strafverfolgung der Mörder Ernst Thälmanns. Nahezu 20 Jahre hatte sich der mit ihm befreundete Anwaltskollege Friedrich Karl Kaul im Auftrag der Witwe und später der Tochter Thälmanns hierfür eingesetzt. Immer wieder wurden die Ermittlungen aus den unterschiedlichsten und mitunter fadenscheinigen Gründen eingestellt. Als die letzte Einstellung erfolgte und nur noch der Weg des Klagerzwingungsverfahrens offen gewesen ist, war Kaul kurz zuvor gestorben. Aufgrund der rechtlichen Regelungen mußte nunmehr innerhalb eines Monats der Klagerzwingungsantrag bei dem zuständigen Gericht eingereicht werden. Es war Eile geboten und auch notwendig, den „Richtigen“ zu finden, denn die Frist war nicht verlängerbar, und vom Einsatz des Verfassers des Antrages hing geradezu alles ab. Heinrich Hannover übernahm diese Aufgabe ohne zu zögern, obgleich er wußte, daß dies bedeutete, sich in

allerkürzester Zeit durch Berge von Akten zu lesen, denn der gesamte Ablauf der bisherigen Ereignisse mußte minutiös in dem Antrag dargestellt werden, um ihn zulässig zu machen. Diese Aufgabe ist ihm gelungen. So kam es zur Anklageerhebung gegen den damals noch letzten bekannten Tatverdächtigen. Das Landgericht Krefeld verurteilte diesen am 15. Mai 1986 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren wegen Beihilfe zum Mord. Unbeschadet der geringen Strafe und der fragwürdigen Reduzierung auf Beihilfe, war das ein Erfolg angesichts der damaligen Rechtsprechung bei der Verfolgung von Nazi-Gewaltdelikten. Als aufgrund der Revision des Angeklagten das Urteil durch den Bundesgerichtshof aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Düsseldorf zurückverwiesen wurde, endete das dortige Verfahren mit Freispruch des Angeklagten am 29. August 1988. Die hiergegen gerichtete Revision verwarf der Bundesgerichtshof im Folgejahr. Damit blieb der Mord an Ernst Thälmann ungesühnt.

Der Einsatz Heinrich Hannovers war trotz allem beispielhaft und kann nicht genügend gewürdigt werden. Er erreichte, daß der sich so sicher geglaubte Angeklagte vor Gericht erscheinen und sich den Fragen der Verfahrensbeteiligten stellen mußte. Die Begründung des Freispruchs ist darüber hinaus problembehaftet.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß Heinrich Hannover – zum Teil mit seiner Frau – auch zeitgeschichtliche Bücher veröffentlichte, die ihren eigenen Leserkreis fanden. Als Ausgleich zu der juristischen Alltagsarbeit verfaßte er auch Kinderbücher, die wunderbar illustriert, auf ein großes Interesse bei jungen Menschen stoßen.

Seine Leistungen wurden unter anderem mit der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Humboldt-Universität Berlin 1986 und zehn Jahre später auch durch die Bremer Universität gewürdigt.

Ich lernte ihn Mitte der 90er Jahre persönlich kennen und erlebte ihn noch in seinem Bremer Anwaltsbüro und bei gemeinsam durchgeführten Buchlesungen mit seinen Erinnerungen in Thüringen. Bis zu seinem Tod am 14. Januar 2023 verband uns eine gute Freundschaft, die sich keineswegs nur auf berufliche Belange erstreckte. Ich bin dankbar dafür, einen solchen hervorragenden Kollegen kennengelernt zu haben.

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Nach den Beiträgen der Rundfunk-Serie „Wissenschaftliche Weltanschauung“ (Deutschlandsender / Stimme der DDR) und den Nachdrucken aus der Zeitung „Freies Deutschland“ des Nationalkomitees Freies Deutschland setzen wir die Veröffentlichungen „Aus dem ‚RotFuchs‘-Archiv“ fort mit Artikeln aus der Zeitschrift der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion „Die neue Gesellschaft“. Die „Gesellschaft zum Studium ...“ war die Vorläuferin der am 2. Juli 1949 gegründeten Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).

Ein Verlag, der uns die Sowjetunion näherbringt

Am 30. Oktober 1947 fand im Hause der Kultur der Sowjetunion zu Berlin ein von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion veranstalteter Abend statt, der einer Aussprache über die im SWA-Verlag Berlin/Leipzig veröffentlichten Werke gewidmet war.

Der Präsident der Gesellschaft, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, drückte dieser Aussprache den Stempel auf, indem er die Anwesenden zu einer ebenso sachlichen wie schonungslosen Kritik aufforderte.

Der Vertreter des SWA-Verlags, Herr Markuschewitsch, gab in seiner Einleitung zur Diskussion einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Verlags. Der Verlag erblickt seine Aufgabe in der Vermittlung der Kultur zwischen der Sowjetunion und Deutschland. Das Buch ist zweifellos eines der besten Mittel der Völkerverständigung. Die klassische russische Literatur interessierte, ja begeisterte schon zur Zeit des Zarismus den westeuropäischen Leser. Aber heute, nach der jahrzehntelangen Hetze gegen die Sowjetunion, gibt es deutsche Leser genug, die vielleicht noch die alte russische Literatur gelten lassen, die sowjetische Literatur aber von vornherein als „tendenziös“ ablehnen, als ob es absolut tendenzlose Literatur überhaupt geben könnte. Jede zeitgebundene Literatur ist „tendenziös“, es kommt nur darauf an, wie weit diese Literatur fortschrittlich oder reaktionär, volksfremd oder volksnah ist. Die Literatur der sowjetischen Epoche ist frei von jeder Überheblichkeit, sie widerspiegelt und entwickelt das progressivste Gedankengut der Menschheit, zeigt wahrheitsgetreu die Verhältnisse im Sowjetlande, die aus dem neuen historisch fortgeschrittensten System der Gesellschaft zu erklären sind. Der SWA-Verlag hat in den letzten zwei Jahren 120 Bücher herausgegeben, etwa 30 weitere Schriften sollen demnächst erscheinen. Diese Literatur setzt sich aus drei Gruppen zusammen:

1. die klassische und zeitgenössische schöne Literatur,
2. grundlegende politische und historische Werke und
3. aufklärende Literatur über das Sowjetleben, die sozialistische Gesellschaftsform, den sozialistischen Aufbau, die sowjetische Innen- und Außenpolitik (Literatur, die man auch als „Propagandaliteratur“ bezeichnen kann, aber „Propaganda“ nicht

gleichbedeutend mit „Lüge“, wie es uns noch aus der Goebbelszeit in Erinnerung ist).

„In unserem Lande sind Wahrheit und Propaganda synonym“, sagte Herr Markuschewitsch.

Da die UdSSR ein Nationalitätenstaat ist, in dem außer den Russen noch andere Nationen mit einer eigenen, zum Teil reichen Kultur leben, wird der SWA-Verlag 1948 mit



MICHAIL PETROWITSCH SOKOLOW

Michail Sokolow
6. V. 85.

Michail Petrowitsch Sokolow (Verlagsleiter), signiert am 6. Mai 1985 auf einer Veranstaltung der DSFW (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin)

der Herausgabe einer Reihe schöner Literatur dieser Nationen beginnen: der Ukrainer, Belorussen, Georgier u. a.

Der kurze Bericht des SWA-Vertreters gab tiefen Einblick in die Tätigkeit eines Verlags, nach dessen Ausgaben jeder, der unvoreingenommen die Wahrheit über Sowjetrußland zu erfahren sucht, gierig greift, eines Verlags, der das gewaltige Land im Osten, die Heimat des Sozialismus, unserem Volke näherbringt.

Im Vollbewußtsein der großen Verdienste des SWA-Verlags schritten die Versammelten zur Kritik an der vom Verlag geleisteten Arbeit. Zusammenfassend muß daran Kritik geübt werden, daß die Bücher, die von Russen für Russen geschrieben sind, für Deutsche übersetzt und herausgegeben werden, die mit ganz anderen Vorstellungen und Voraussetzungen an die Probleme herantreten, die die Sowjetmenschen beschäftigen. Ein Beispiel: Der Verlag hat eine Reihe Broschüren über die verschiedensten Fragen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Sowjetunion, so auch über das Volksschulwesen in der Sowjetunion, herausgebracht, und doch sah sich Herr Prof. Bach, als Vertreter der Zentralverwaltung für Volksbildung, zu der Äußerung gezwungen, daß wir bis jetzt nicht das Richtige haben, was wir in unserer Arbeit auf dem Gebiete der Volksbildung nutzbringend verwenden könnten. Über das Hochschulwesen in der Sowjetunion hat der Verlag u. a. eine Broschüre von Kaftanow herausgegeben. Der Verfasser ist Minister für das Hochschulwesen, und wir finden in seiner Schrift eine Unmenge Material zu diesem wichtigen Thema. Aber gerade die Probleme, die uns jetzt in Deutschland auf diesem Gebiet interessieren, wie, auf welchem Wege die Sowjetunion die Vorbildung der Arbeiter für die Hochschule durchgeführt hat, werden in dieser Broschüre nicht berührt. Eine Rednerin wies darauf hin, daß man in den antisowjetischen Kreisen überhaupt geneigt sei, das Hochschulwesen der Sowjetunion zu diskreditieren und die Hochschulen der Sowjetunion für nicht vollwertig zu nehmen. Es sei wichtig, einmal das Programm einer sowjetischen Hochschule anzuführen, um zu zeigen, wie ernsthaft man es mit der Hochschulbildung in der Sowjetunion nimmt. Das Studium ist im allgemeinen viel tiefer und gründlicher und dauert gewöhnlich länger als das übliche Studium an einer deutschen Universität, das mit dem Doktorexamen endet. Die Verfasser vieler Schriften, die im SWA-Verlag erscheinen, begehen gewöhnlich den Fehler, daß sie die Schwierigkeiten, die das Sowjetland im sozialistischen Aufbau zu überwinden hatte, ungenügend oder gar nicht behandeln, so daß dem westeuropäischen Leser manches als „patriotisch und deklamatorisch“ erscheint,

anstatt informatorisch und instruktiv zu wirken.

Beachtenswert war die Kritik des Prof. Dr. Steinitz an der informativen Literatur des Verlags. Als Beispiel führte er Stellen zweier Veröffentlichungen des gleichen Buches, also des gleichen Schriftstellers, an, von denen die erste eine Landschaftsschilderung in pathetischer Form wiedergibt, während in der zweiten die Größe des Landes aus einer ruhigen Darstellung lebendig hervortritt. Obgleich die letzte Darstellung viel nüchterner, man möchte sagen, viel trockener ist, wirkt sie viel plastischer und interessanter. Auch Prof. Steinitz kam zu dem Ergebnis, daß man bei der Behandlung sowjetischer Themen für den deutschen Leserkreis nicht denselben Stil wie für den russischen Leser anwenden könne.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde der Vorschlag eingebracht, daß bei dem Verlag eine Redaktionskommission fungiere, die vor der Übersetzung des betreffenden Buches beurteilen sollte, ob dieses Buch – das an sich sehr wertvoll sein kann – sich in der gegebenen Form für die deutschen Leser eigne, beziehungsweise was ergänzt und abgeändert werden müsse. Natürlich geht es dabei nicht darum, zwei verschiedene Inhalte herzustellen, den einen für den russischen, den anderen für den deutschen Leser. Bei gleichbleibendem Inhalt müssen die Form und der Stil des Buches verschieden sein.

Ein besonderer Punkt, der bei der Besprechung eine große Rolle spielte, ist die Frage der Übersetzungen. Bekanntlich

werden heute Werke der russischen Klassiker auch von Verlagen herausgegeben, die in der Herausgabe solcher Meister wie Puschkin, Gogol, Tolstoj usw. in der Hauptsache ein lukratives Geschäft sehen. Man findet deshalb heute häufig Übersetzungen aus dem Russischen, die – bestenfalls aus der Vorhitlerzeit übernommen – von einem „Neuübersetzer“ angefertigt worden sind, der nur dafür sorgt, daß die Übersetzung sich „glatt“ liest, im übrigen aber weder den Geist des Verfassers wiedergibt noch überhaupt die Epoche, aus der das Werk entstanden ist, begreift. Ein typisches Beispiel dafür ist das berühmte Werk von Turgenjew „Väter und Söhne“, das in letzter Zeit in verschiedenen deutschen Verlagen erschienen ist. Die Kritik hat bereits auf die Mangelhaftigkeit dieser Übersetzungen hingewiesen. Die Schreiberin dieser

Zeilen hat ebenfalls „Väter und Söhne“ ins Deutsche übertragen (Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1946) und war mit ungeheurer viel Arbeit, Sorgfalt und Liebe bemüht, dem besonderen Reiz der russischen Landschaft, der Ausdrucksweise jedes einzelnen Helden, dem sozialen und



Alexander Grin: Das Purpursegel. Aus dem Russischen von L. Klementinowskaja; Vorwort von Konstantin Paustowskij. SWA-Verlag, Berlin 1946

politischen Hintergrund der Handlung in einer adäquaten Übertragung gerecht zu werden. Natürlich kostet das sehr viel Zeit. In der Diskussion wurde auf die minderwertige Übersetzung des so bedeutenden Buches von N. Ostrowski „Wie der Stahl gehärtet wurde“ hingewiesen. Der Inhalt des Buches ist so ergreifend, die Geschehnisse, die darin geschildert werden, wirken so stark, daß sie auch in einer schlechten Übersetzung ihren Eindruck nicht verfehlen. Aber es hätte noch ganz anders wirken können, wenn es in einer guten Übersetzung, die dem Geist des Verfassers entsprochen hätte, erschienen wäre. Ferner wurden Zweifel laut, ob es richtig war, das Buch von Scholochow „Neuland unterm Pflug“ in Deutschland zu veröffentlichen. Das Buch schildert nämlich die Kollektivierung der Landwirtschaft in der

Sowjetunion in einer Epoche, als der Kampf um die Kollektivierung noch in vollem Gange war. Heute ist es eine feststehende Tatsache, daß die Idee der Kollektivierung den vollen Sieg davongetragen hat. Der beste Beweis hierfür ist der Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland insofern, als das

kollektivierte Dorf viel zur ökonomischen Stärke der Sowjetunion beigetragen hat. Das Buch von Scholochow steht künstlerisch sehr hoch, es hätte aber mit einem Vorwort versehen werden müssen, das den deutschen Leser über das Problem der Kollektivierung und ihre Durchführung in der Sowjetunion informierte.

Wenn der Verlag mit Erfolg arbeiten will, muß er nicht nur einen oder zwei Kontrollredakteure für jede Übersetzung haben. Auch erfahrene Korrektoren sind für einen Verlag eine Selbstverständlichkeit, besonders dann, wenn er sich in der Hauptsache mit Übersetzungen befaßt.

In der Aussprache wiesen verschiedene Redner auf Mängel wie unexakte Orthographie, uneinheitliche und zum Teil falsche Schreibweisen von Personennamen und andere Nachlässigkeiten hin, die sich leicht vermeiden lassen, die aber einem feindselig gestimmten Leser einen Vorwand geben, gegen die Editionen des SWA-Verlags aufzutreten.

Der Dichter Erich Weinert kritisierte u. a. auch die äußere Ausgestaltung verschiedener Ausgaben des SWA-Verlags, so besonders die Kasette des SWA-Verlags mit 5 Bändchen zum 30. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution „Das Sowjetland“.

Außer der Kritik gaben die Redner viele wertvolle Anregungen für weitere Ausgaben. Prof. Steinitz verlangte mehr und bessere

Lehrbücher und Nachschlagebücher über die Sowjetunion. Es fehlt an einem Lehrbuch der Geschichte der Sowjetunion, an einer Literaturgeschichte usw. Dr. Zweiling, Chefredakteur der „Einheit“, äußerte den Wunsch, außer einer Gesamtausgabe der Klassiker des Marxismus ein mit stichhaltigen Zahlen ausgestattetes Buch über die Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion zu sehen. Auch fehlen Mitteilungen über die Ergebnisse der neuesten Forschungen in der Sowjetunion.

In angeregter Diskussion beendeten die Gäste der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion diesen interessanten und produktiven Abend.

Dr. Frida Rubiner

„Die neue Gesellschaft“, Berlin, Heft 1-1948
(2. Jahrgang)

Verschwiegenes und Neues zum sogenannten Hitler-Stalin-Pakt 1939 (Teil 2)

1938/39 – die UdSSR in Gefahr

Dieser Nichtangriffsvertrag wurde schon einen Tag nach seinem Abschluß, mehr und zunehmend aber seit 1945, vor allem nach dem Untergang der Sowjetunion, durch politisch festgelegte Karrierehistoriker, mainstreamhörige Journalisten und inkompetente, für ihr Amt ungebildete Politiker einer Verleumdungskampagne unterworfen.

Von Fakten und Tatsachen nicht gedeckt, wurden ihre Kernaussagen immer abenteuerlicher:

Die UdSSR habe sich für Hitlerdeutschland entschieden, weil es auch eine Diktatur gewesen sei; die Bündnisangebote des Westens ausgeschlagen, da es ihr um territorialen Gewinn ging, der nur mit Hitler zu realisieren war. Beide hätten Osteuropa aufgeteilt, die UdSSR sei mit Hitler verbündet gewesen (Bündnis, Pakt, Allianz), beide hätten gemeinsam Polen zerschlagen und Hitler habe mit dem Vertrag erst seinen Krieg beginnen können, d. h. die Sowjetunion sei am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (möglicherweise) der Hauptschuldige.

Hierzu läßt sich folgendes sagen:

Mit der Machtübertragung an Hitler hatte aber in Wirklichkeit der Westen in Deutschland endlich seinen Rambock gegen die Sowjetunion gefunden. Doch zunächst mußten die Nazis andere Prioritäten setzen. Die antisowjetische Propaganda konzentrierte sich vor allem auf KPD und SPD. Zudem mußten sich die Nazis politisch bis 1935 konsolidieren.

Zwar hatten sie ihren Antikommunismus durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung unter Beweis gestellt, doch die faschistische Propaganda richtete sich erst einmal gegen das Versailler System, denn damit hatte die NSDAP auch ihre Wahlerfolge errungen.

Zur Zerschlagung des Versailler Systems, das von westlicher Vorherrschaft gekennzeichnet war, mußte der Westen zurückdrängt und sein Bündnisystem in Osteuropa unwirksam gemacht werden. Zugleich mußte sich Deutschland völlige Souveränität verschaffen, um sich politische, wirtschaftliche und militärische Handlungsfreiheit zu erretzen. Daher trat Deutschland 1933 aus dem Völkerbund aus.

Für die Sowjetunion bestand vorerst keine unmittelbare Bedrohung. Deutschland hatte auch keine gemeinsame Grenze zum Sowjetland.

Das Neutralitätsabkommen mit Berlin von 1926 war noch aktuell und mit den baltischen Staaten, Finnland und Polen gab es Nichtangriffsverträge. Vorerst richteten sich die deutschen Vorstöße und Verstöße

ausschließlich gegen die Westmächte, nicht gegen die UdSSR.

Es schien so, als ob die antiwestliche Außenpolitik der Nazis der UdSSR in die Hände spielen würde, denn bisher war die größte Gefahr für die UdSSR vom kollektiven Westen ausgegangen.

Die junge sowjetische Diplomatie war aber weitblickend genug, zu erkennen, daß die deutschen Vorstöße gegen das Versailler System, das die UdSSR selbst auch ablehnte, vorrangig dazu dienten, es zu zerschlagen, um sich so besser gegen die Sowjetunion in Stellung zu bringen.



Nikolai Krestinski (1883–1938) unterzeichnete 1926 als sowjetischer Botschafter in Berlin das deutsch-sowjetische Neutralitätsabkommen

Führende westliche Politiker sahen das ebenso und ließen deshalb Deutschland gewähren (Appeasement-Politik).

Statt die weitere Entwicklung in diese Richtung aus scheinbar sicherer Distanz abzuwarten, trat die UdSSR dem Völkerbund bei, um ein System der kollektiven Sicherheit, im Grund genommen gegen Deutschland, zu initiieren. Dadurch kam es zu einer enormen außenpolitischen Aufwertung der UdSSR in Europa, zu Bündnisverträgen mit Frankreich, der CSR und völkerrechtlicher Anerkennung durch einige Staaten.

Die Nazis indes hielten an ihrem Kurs fest: Ein durch Schulden finanziertes enormes

Rüstungsprogramm, ähnlich dem der BRD heute, Wiedereinführung der Wehrpflicht, ein mit den Briten abgesprochenes Flottenprogramm und die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, den „Anschluß“ Österreichs. Das verstieß massiv gegen Friedensverträge von 1919 und gegen Abkommen, die in der Weimarer Republik abgeschlossen worden waren.

Die Westmächte sahen dem mit schwachen Protesten zu.

Mit dem Münchener Abkommen, das den Nazis ein Drittel des CSR-Territoriums überließ, hatte die Appeasement-Politik ihren Höhepunkt erreicht. Die bisherigen Erfolge sowjetischer Außenpolitik waren damit hinfällig.

Schlimmer noch: Die Briten schlossen als „Demokraten“ im September und die Franzosen im Dezember 1938 mit der Nazidiktatur Nichtangriffserklärungen ab, taten also das, was sie später Moskau vorwerfen sollten. Diese Tatsache wird heute verschwiegen.

Dadurch war die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems unmöglich geworden: Im Falle eines Krieges stände die UdSSR allein gegen die Nazis. Zur Jahreswende 1938/39 war sie isoliert und in einer äußerst gefährlichen Lage.

Bis März 1939 verschlechterte sich diese Lage weiter. In Spanien siegten die Faschisten über die Linken, Deutschland annektierte das Memelland und drang im Baltikum vor, die restliche CSR wurde vertragswidrig von den Deutschen besetzt, in der Slowakei bildete sich ein mit Deutschland verbündeter faschistischer Staat heraus.

Nun existierte ein breiter Streifen durch Grenzen verbundener faschistischer Staaten und ihrer Verbündeten: Deutschland, Italien, das okkupierte Tschechien, das annektierte Österreich, die Slowakei und Ungarn. Europa war geteilt, die potenziellen Verbündeten Polen, Rumänien, Griechenland und Jugoslawien waren durch dieses breite geographische Band voneinander getrennt. Militärische Hilfe hätten die westlichen Länder zwar leisten können, doch ohne die Militärmacht Polens und vor allem der UdSSR kaum mit Erfolg.

Die Rolle Polens

Bis heute wird die Rolle Polens in diesem Zusammenhang unterschiedlich bewertet. Die sozialistische Geschichtsschreibung warf Polen vor, aus klassenegoistischen Gründen und verbohrtem Antisowjetismus ein Bündnis mit der UdSSR ausgeschlagen zu haben. Das ist faktisch zwar richtig, doch kein Grund, der polnischen Regierung allein direkt oder indirekt eine Mitschuld

am Ausbruch des Krieges anzulasten, wie es auch in westlichen Publikationen zu lesen ist.

Hier wird die polnische Vorgeschichte wesentlich ausgeblendet!

Der polnische Staatsführer Marschall Józef Piłsudski konnte nach seiner erneuten Machtübernahme 1926 feststellen, daß sich parallel zum Wiederaufstieg Deutschlands Frankreich als militärischer Bündnispartner Polens immer mehr seinen Verpflichtungen zu entziehen trachtete. Piłsudski wußte, daß die Deutschen ihre verlorenen Ostgebiete wiederhaben wollten, wie es schon vor 1933 offiziell artikuliert worden war. Zugleich war ihm bekannt, daß die UdSSR Interesse an ihren an Polen 1920 verlorenen Westgebieten hatte. Doch gegen beide wollte er keinen Krieg führen.

So entwickelte er seine außenpolitische Linie des gleichen Abstandes zu Berlin und Moskau. Mit keinem der beiden sollten Bündnisse geschlossen, doch bessere Beziehungen entwickelt werden. Damit wollte er auch den prosovjatischen Stimmungen in seinen ukrainischen und belorussischen Gebieten den Wind aus den Segeln nehmen. Diese Politik hatte über Jahre Erfolg. 1932 wurde mit Moskau ein Nichtangriffsvertrag abgeschlossen, die Beziehungen entwickelten sich gut und waren wesentlich besser als heute. Es kam sogar zu einer gewissen Annäherung.

Mit den Deutschen schloß Polen 1934 eine Nichtangriffsdeklaration ab, keinen Nichtangriffsvertrag, wie heute behauptet wird. Das diente den Nazis auch zur Demonstration ihrer angeblichen Friedensliebe. Aus Sicht sozialistischer Historiker und nicht nur von ihnen, sollte dieser Vertrag der Täuschung der Polen dienen. Das hat sicher auch eine Rolle gespielt, doch gerade das ist den Nazis nicht gelungen: Polen blieb immer wachsam.

Tatsächlich aber ging es den Nazis darum, Polen als militärischen Bündnispartner gegen die UdSSR zu gewinnen. Dafür trieben die Nazis viel propagandistischen Aufwand, denn Polen galt bisher als Feind. Es kam letztlich zu einer unerwarteten Annäherung und regen Besucherdiplomatie. Kein anderes Land verfügte über dermaßen bedeutende Kontakte; führende Nazis wie Göring, Himmler, Geheimdienstler und Generäle waren polnische Staatsgäste. Dem gegenüber traten die Kontakte mit den Sowjets zurück.

Ende 1938 sah es für die Sowjets so aus, als ob Polen sich den deutschen Wünschen fügen würde. Berlin verlangte nun von Polen im wesentlichen die verlorenen Gebiete zurück und versprach dafür bei einem gemeinsamen Kriegseinsatz gegen die UdSSR einen Großteil der Ukraine.

Für die Sowjets hätte dieses neue Bündnis besonders gefährlich werden können, da sie die Polen als tapfere, hoch antisojjetisch motivierte Soldaten kannten und 1920 nicht besiegen konnten. Zudem

wären polnische Soldaten viel besser als die deutschen mit den geographischen und klimatischen Verhältnissen Osteuropas zu rechtgekommen. Die polnische Armee war zwar nicht besonders modern ausgerüstet, doch schlagkräftig genug und seit Jahren auf einen Krieg mit der UdSSR ausgerichtet worden.

Polen hätte bis zu zwei Millionen Soldaten mobilisieren können, mehr als die anderen Verbündeten Deutschlands 1941. Polen hätte so ein Drittel aller faschistischen Streitkräfte stellen können.

Doch diese Rechnung ging nicht auf. Polen hatte sich zwar an der Zerschlagung der ČSR beteiligt, doch weiter ging seine Zusammenarbeit mit den Nazis nicht. Piłsudski, der 1935 gestorben war, und sein Außenpolitiker Józef Beck lehnten einen gemeinsamen Ostfeldzug ab und hielten eisern an ihrem formalen Bündnis mit Frankreich und dem Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion fest.

Die Gründe für ihre Absage an Deutschland hatte moralische, vor allem aber politische Gründe: Es war nicht die Furcht vor der Roten Armee, gegen die Polen 1920 in der Ukraine eine Niederlage erlitten hatte, sondern vor der eigenen Bevölkerung.

Die Deutschen forderten ihre ehemaligen Ostgebiete, die Polen erst 20 Jahre zuvor für sich erkämpft hatte. Hier waren die deutschfeindlichen nationalistischen Nationaldemokraten stärkste Partei, die mitgliederstärkste Polens überhaupt. Ihnen hatte sich das Regierungslager in den letzten Jahren angenähert. Ein Bündnis mit den Deutschen hätte einen Machtwechsel mit ungewissem Ausgang bedeutet. Die Nationaldemokraten waren auch von Anfang an gegen den Erwerb ukrainischer und belorussischer Gebiete, dafür an zusätzlichen deutschen Gebieten interessiert.

Gerade der ostslawische Charakter dieser Gebiete, die immerhin die Hälfte des damaligen polnischen Staatsgebietes ausmachten, bewog die Herrschenden, ein Bündnis mit der UdSSR abzulehnen. Dabei konnten sie sich auf die überwiegende Mehrzahl der Polen stützen.

Diese Gebiete waren das Armenhaus Polens mit mehrheitlich Belorussen und Ukrainern. Die Westmächte hatten schon 1920 Polen vor der Inbesitznahme dieser Gebiete gewarnt, denn sie kannten als Kolonialmächte die Probleme mit unterdrückten Mehrheiten. Tatsächlich bildete sich hier ein enormes Sicherheitsrisiko heraus, dessen Polen nie Herr werden konnte: Hier gab es die stärksten linksorientierten Bauernbewegungen, kommunistische Partisanen und nationalistische Terroristen. In Westbelorußland überwogen prosojjetische Auffassungen, war das Zentrum der kommunistischen Bewegung ganz Polens, in der Westukraine war neben ihnen noch eine extrem nationalistische Bewegung aktiv, die gezielt die

Tötung von Staatsbeamten betrieb. Aus diesen Territorien kamen mehr kommunistische Abgeordnete als aus den ethnisch-polnischen.

Pazifizierungsaktionen von polnischem Militär und Polizei vertieften den Haß der Bevölkerung auf die polnischen Herren, die zumeist Großgrundbesitzer und Beamte waren.

Die Befürchtungen Warschaws sollten sich als richtig erweisen: Nach dem deutschen Angriff auf Polen und dem Ausbleiben westlicher Hilfe riefen ukrainische Nationalisten zum Aufstand auf, griffen zurückweichende polnische Truppen an und beseitigten staatliche Strukturen.

Als die Rote Armee am 17. September in diese Gebiete einmarschierte, wurde sie von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. In der Westukraine schlossen sich nun die Linken dem Aufstand an. In Westbelorußland erhoben sich die Linken und unterstützten den sowjetischen Vormarsch.

Dieser ostslawische Aufstand wird heute entweder verschwiegen, heruntergespielt oder völlig unberechtigterweise der jüdischen Bevölkerung zugerechnet.

Andererseits gab es unter den Polen keine ernstzunehmende legale politische Gruppierung, die ein Bündnis mit der Sowjetunion anstrebte. Auch in diesem Falle hätte ein Bündnis mit Moskau zum Sturz der Regierung geführt.

Das war also ausgeschlossen.

Im Gegenteil. Polen schwelgte propagandistisch immer noch im Sieg über die Rote Armee im Sommer 1920, fühlte sich stark und kampfbereit. In der polnisch-ethnischen Bevölkerungsmehrheit (65 %) gab es 1939 eine politisch-moralische Einheit zwischen Volk und Regierung gegen die deutsche Bedrohung, wie sie nie wieder erreicht werden sollte.

Die Verteidigungsbereitschaft des polnischen Volkes und dessen Siegesgewißheit im Sommer 1939 schien reale Grundlagen zu haben. Man war mit Frankreich verbündet, das 15 Tage nach einem deutschen Überfall auf Polen eine Offensive gegen Deutschland beginnen sollte, dazu noch britische Sicherheitsgarantien. Die Polen rechneten damit, sich erfolgreich verteidigen zu können, bis die alliierte Offensive im Westen greifen würde.

Das war nicht unrealistisch!

Polen vertraute darauf. Immerhin besaß der Westen damals noch ein statistisches Übergewicht gegenüber den Deutschen, hätte möglicherweise auch keine sowjetische Hilfe benötigt.

Es war also nicht die vielzitierte klassenpolitische Arroganz der Polen gegenüber der UdSSR, sondern der Verrat des Westens an seinen Verbündeten im Osten, die das polnische Volk und auch die Europäer in die Katastrophe stürzen sollten.

Schule des Kampfes

Slowenen im spanischen Bürgerkrieg

Im Oktober 1982 wurde im jugoslawischen Ort Sveti Jurij ob Ščavnica (Sankt Georgen an der Stainz) im heutigen Slowenien ein besonderes Denkmal eingeweiht. Der große nicht zu übersehende Sandsteinwürfel liegt etwas abseits der Hauptstraße, umgeben von Wiesen und Bäumen. Entworfen und gestaltet wurde er von dem jugoslawischen Bildhauer Prof. B. Prokofiev und von der Eisenbahner Hochschule in Ljubljana und dem Kultur- und Kunstverein Tina Rožanc gestiftet. Elentin Tine Rožanc war Eisenbahner und slowenischer Kommunist. Im Oktober 1942 wurde er im Rahmen einer sogenannten Vergeltungsaktion von den deutschen Faschisten erschossen. Geehrt werden sollen mit dem Denkmal die Partisanenkämpfer, die von 1936 bis 1939 an der Seite der spanischen Republik für deren Freiheit und Unabhängigkeit kämpften, von denen viele Eisenbahner von Beruf waren. Zwei der Kämpfer stammten direkt aus Sveti Jurij ob Ščavnica und fielen im Spanischen Befreiungskampf.

54 internationale Brigaden mit mehr als 35 000 Freiwilligen schlossen sich den Kämpfern gegen den Faschismus in Spanien an. Über 1700 jugoslawische Interbrigadisten kämpften an der Seite der Spanischen Republik. Davon verloren knapp 600 Personen in Spanien, weitere 116 während des Volksbefreiungskrieges in Jugoslawien ihr Leben. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens stellte eines der größten Kontingente von Spanienkämpfern, mehr als alle anderen damaligen kommunistischen Parteien. Das ZK der KPJ hatte schon Ende Juli 1936 in einem Telegramm an die KP Spaniens seine Solidarität mit der Spanischen Republik ausgedrückt und die Entsendung Freiwilliger nach Spanien beschlossen. Sowohl aus dem jugoslawischen Königreich, als auch aus der Emigration in der Sowjetunion kamen sie nach Spanien. Auf Grund der sogenannten Neutralitätspolitik Jugoslawiens unternahmen allerdings die staatlichen Behörden und die Polizei alle möglichen Schritte, um die Ausreise von Freiwilligen nach Spanien zu verhindern. Man geht heute davon aus, daß über 1000 von ihnen an der Ausreise gehindert oder während ihres Versuchs, über andere Wege nach Spanien zu gelangen, von diesen Drittstaaten gefangen genommen und an das jugoslawische Königreich ausgeliefert wurden. Es war das Verdienst von Tito, daß er während seiner Zeit in Moskau dafür sorgte, daß er viele der jugoslawischen Emigranten in der Sowjetunion zur

illegalen Arbeit in die Heimat schickte und vor allem die jüngeren von ihnen in die Internationalen Brigaden nach Spanien entsandte, um sie so vor den politischen Prozessen der damaligen Zeit zu schützen. Er war der Überzeugung, daß Spanien für sie eine ausgezeichnete Schule für zukünftige politische Aufgaben war. Viele von ihnen standen später führend an der Spitze des Partisanenkampfes. Darüber hinaus gehörten die Spanier zu den ersten Organisatoren des bewaffneten Kampfes, der Volksbefreiungsbewegung gegen die faschistischen deutschen Besatzer. Sie gaben den unerfahrenen und jungen Partisanen Selbstvertrauen, Mut und erwiesen sich so als erfahrene Organisatoren des Widerstands, insbesondere im technischen und militärpolitischen Bereich. Die jugoslawische KP folgte den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und unterstützte u. a. in der Parteipresse massiv die Gewinnung von Freiwilligen und deren Entsendung nach Spanien. Sie beschränkt konsequent den politischen Weg der Volksfrontpolitik, was sich im späteren Volksbefreiungskrieg als erfolgreich erweisen sollte. Die Spanienpolitik der KP umfaßte ferner die Gründung eines Solidaritätskomitees, die Schaffung einer Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Organisationen, aber auch die Aktivierung von Frauen- und Jugendorganisationen ebenso wie die Bereitstellung medizinischer Hilfe.

Die nach Spanien Gelangten wurden überwiegend in der 129. Internationalen Brigade eingesetzt.

Nach dem erzwungenen Abzug der Interbrigadisten 1939 aus Spanien begann für die meisten die Zeit der jahrelangen Inhaftierung in vornehmlich französischen Konzentrations- und Arbeitslagern. Auf jugoslawischer Seite waren es annähernd 500. Die nach Jugoslawien zurückgekehrten Interbrigadisten beteiligten sich überwiegend am Volksbefreiungskrieg, wo sie auch zentrale Positionen innerhalb der Partisanenarmee einnahmen. Von den slowenischen Eisenbahnern, die am Spanischen Bürgerkrieg teilnahmen, hatte Viktor Kološa das höchste Parteiamt inne. Von 1929 bis 1930 war er Organisationssekretär des Politbüros des Zentralkomitees der KP Jugoslawiens. Er war Mitbegründer der Kommunistischen Partei Sloweniens (1937) und Delegierter des Parteitag der KPJ in Vukovar und wurde dort in den Zentralrat gewählt. 1936 ging er nach Spanien und diente in der Republikanischen Armee, unter anderem als

Organisator für die Rüstungsindustrie. Erinnert sei hier auch an den Slowenen Josip Kopinic-Voksin. Er gehörte zu den ersten fünf Ausländern, die gleich zu Beginn des Bürgerkrieges der Republik zu Hilfe gekommen waren, und sich als heldenhafte Kämpfer bewährten. Er kämpfte in Madrid zusammen mit seinem Kameraden aus Moskauer Zeiten, Enrique Lister, dem Kommandeur des berühmten 5. Regiments. Kopinic-Voksin wurde spanischer Fregattenkapitän und Mitglied der spanischen Militärmission in Paris. Während des Zweiten Weltkriegs stellte er in Zagreb die erste Funkverbindung zwischen Moskau, dem Balkan und Italien her und erlangte als Kämpfer im Nationalen Befreiungskampf den Rang eines Kommandeurs der Jugoslawischen Volksarmee.

Der 4. Juli wurde in SFRJ Jugoslawien als Nationalfeiertag begangen wird. Der Beschluß geht auf die Tatsache zurück, daß das erste Gefecht des Volksbefreiungskampfes von einer Partisanenabteilung in dem serbischen Dorf Bela Crkva ausgelöst wurde, das unter dem Kommando des erst 27jährigen Spanienkämpfers Jovanovic Zikica stand. Er wurde bekannt als der „Spanier“ wegen seiner Teilnahme am Kampf gegen das Franco-Regime. Innerhalb kurzer Zeit erfaßte der Aufstand gegen die Aggressoren und ihre Marionetten im Lande ganz Jugoslawien. Die 12 000 Mitglieder der Kommunistischen Partei sowie 40 000 Angehörige der Kommunistischen Jugend, die zu den Waffen griffen, wurden zum Kern einer breiten antifaschistischen patriotischen Bewegung.

Viele der Spanien-Kämpfer erhielten später in der SFRJ hohe Auszeichnungen. Straßen und Plätze wurden nach ihnen benannt, zahlreiche Kinofilme erzählten von den Schlachten. Für einen dieser Streifen komponierte Mikis Theodorakis 1973 die Musik. Man errichtete Denkmäler nicht nur für die „Spanier“, die vornehmlich im heutigen Slowenien in Ehren gehalten werden und immer im guten Zustand sind. Das hohe Ansehen der Spanien-Kämpfer, so wie das aller jugoslawischen Partisanen, wird heute in der Slowenischen Republik durch verschiedene Formen der Erinnerungskultur und staatliche Anerkennung geehrt und geachtet. Der 27. April ist heute in Slowenien als „Tag des Aufstands gegen den Besatzer“ ein staatlicher Feiertag.

Der Chirurg Prof. Bier und der Eid des Hippokrates

August Bier (1861–1949), wurde als Chirurg und Hochschullehrer insbesondere durch seine wissenschaftliche Forschungstätigkeit bekannt. Er war Pionier regionalanästhetischer Verfahren wie der Spinalanästhesie und der nach ihm als Bier-Block benannten intravenösen Regionalanästhesie.

Bier, der dem Hitlerregime zunächst nahestand, distanzierte sich im Verlauf des 2. Weltkrieges zunehmend von ihm.

Sein Refugium nach der Emeritierung 1932 wurde der Ort Sauen bei Fürstenwalde, unweit von Bad Saarow, abseits der Straße von Fürstenwalde nach Beeskow.

Ich war ein Jahrzehnt im Armee-Lazarett, später der Militärmedizinischen Akademie, als Institutsdirektor tätig. Neben der klinischen Arbeit, der Lehre und Forschung gab es auch ungewöhnliche Ereignisse: Eines Tages herrschte helle Aufregung. Der Chef des Medizinischen Dienstes der Sowjetischen Armee, Generaloberst Alexander Alexandrowitsch Wischnewski, Kriegschirurg, Spezialist für die Behandlung von Schußwunden und Pionier der Bypass-Operation in der Sowjetunion, hatte sich zu einer Inspektion angemeldet. Er äußerte den Wunsch, auch das Grab seines verehrten Lehrers August Bier im Wald bei

Sauen, wenige Kilometer vom Lazarett entfernt, zu besuchen. Das brachte die Militärs im Lazarett in arge Verlegenheit. Damals hatten wir uns nur oberflächlich mit der Bedeutung und dem Wirken von August Bier beschäftigt. Das waldbauliche Wirken auf dem Waldgut Sauen bei Beeskow (Umgestaltung der monotonen Kiefernwälder zu einem klimaresistenten Mischwald) war uns unbekannt. Umgehend wurde eine „Aufklärungstrupp“ mobilisiert, der die Grabstätte auffinden und mit Sense, Axt, Hacke, Harke und Spaten herrichten sollte. Das Ergebnis zeigt, daß das nur unvollständig gelang.

Das „besondere“ Vorkommnis wurde zum Anlaß, der Traditionspflege mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gesellschaft für Militärmedizin nahm sich der Aufgabe an. Sie stellte Geld für die Pflege von Biers Grab im Bezirk Frankfurt/O. bereit.

Aus Berichten über das Kriegsende erfuhr ich, daß bei den Armeearzten der sowjetischen Armee der Name August Bier bekannt war und sein Wirken als Chirurg hohe Anerkennung genoß. Offensichtlich waren beim Aufbau des medizinischen Dienstes der sowjetischen Armee zahlreiche Militärärzte bei Bier „in die Lehre“ gegangen.

Die Angst vor den Vergeltungen der sowjetischen Armee für die Greuelthaten der Hitler-Faschisten in ihrem Land veranlaßte viele Deutsche zur Flucht in den Westen, so auch die Familie Bier. Ihr Weg endete jedoch in Magdeburg, wo Professor Bier wegen Erkrankung in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Hier wurde er von einer sowjetischen Militärärztin bei einem Besuch des Krankenhauses erkannt, die offensichtlich auch eine seiner Schülerinnen war. Seiner Bitte um Rückkehr nach Sauen wurde sofort entsprochen. Das Gutshaus war als sowjetisches Lazarett genutzt, aber unverzüglich freigeräumt worden. Die Lebensmittelversorgung in der Zeit der Not soll trotz aller Schwierigkeiten funktioniert haben. Für frische Milch wurde der Familie eine Kuh geschenkt.

Erinnerten sich die sowjetischen Militärärzte in einer Zeit des Hasses und der Vergeltung an den Eid des Hippokrates: „Dem, der mich diese Kunst gelehrt hat, gleichachten meinen Eltern und ihm an dem Lebensunterhaltsgemeinschaft zu geben und ihm Anteil nehmen zu lassen an dem Lebensnotwendigen, wenn er dessen bedarf.“?

Dr. Gerd Machalet
Siedenbollentin

Auch in diesem Jahr bitten wir herzlich, aber dringend

Es ist wieder soweit: Dem Oktober Heft des „RotFuchs“ legen wir ein Überweisungsformular bei und bitten alle Leser, die es sich leisten können, in diesen symbolischen Hut Geldscheine oder Münzen hineinzuworfen. Wir wissen, daß viele unserer Bezieher einer ungewissen Zukunft entgegensehen. Die Teuerung als Folge des Wirtschaftskrieges gegen Rußland und der Profitgier der Konzerne frißt an Reallöhnen, Renten, Stipendien und vor allem an niedrigen Einkommen. Mit der im März beschlossenen Ermächtigung zur unbegrenzten Staatsverschuldung für Rüstung werden Kürzungen von staatlichen Leistungen für Bedürftige, von Zuschüssen zur gesetzlichen Rente, zum Gesundheitswesen und zur Kultur gerechtfertigt.

Jeder bekommt das zu spüren und je kleiner die Haushaltseinkommen sind, desto mehr. Auch der „RotFuchs“ ist weiterhin betroffen: Die Preise für Papier, Druck und Vertrieb – dabei ist vor allem die Post zu nennen – steigen zum Teil sprunghaft. Obwohl Redaktion und Versand ehrenamtlich arbeiten, sind unsere Kosten auch in

diesem Jahr um mehrere tausend Euro monatlich gewachsen.

Wir wollen aber an unserem Ziel festhalten, allen Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken in diesem Land und darüber hinaus eine kostenlose, durch Spenden finanzierte marxistische Monatszeitschrift zur Verfügung zu stellen. Allein das ist ein in diesem Land fast unglaubliches Vorhaben, das wir aber seit 1998 verwirklichen. Das war nur möglich durch die Spenden unserer Leser und die Bereitschaft unserer Autoren, ohne Honorar für den „RotFuchs“ zu schreiben, sowie die unentgeltliche Arbeit der Mitglieder des Vereinsvorstandes, der Redaktion und des Versandkollektivs.

Angesichts der politischen Lage, angesichts der Kriegs- und Krisenpolitik der Bundesregierung halten wir eine Zeitschrift wie den „RotFuchs“ für nötiger denn je. Er ist der Auflage nach die größte deutschsprachige marxistische Monatszeitschrift. Daher bitten wir erneut dringend um Spenden, um unsere Arbeit fortsetzen zu können.

Dank großzügiger Zuwendungen ist das Erscheinen des „RotFuchs“ gegenwärtig für ein Jahr finanziell gesichert, aber aus unserer Sicht ist es nötig, den Einfluß unserer Zeitschrift spürbar zu erhöhen. Wir verbinden daher unsere Bitte um Spenden kleinster, kleiner oder größerer Art mit einer zweiten an alle Leser: Bitte überlegt, wie Ihr zur Verbreitung des „RotFuchs“ beitragen könnt – durch Weitergabe von Heften, durch Gewinnung von Abonnenten oder von Unterstützern unseres Fördervereins und seiner Regionalgruppen. Der Aufwand ist gering, der Ertrag kann aber groß sein. Der „RotFuchs“ bleibt in der Frage von Krieg und Frieden, von Antifaschismus und dem Krieg der Reichen gegen die Armen kompromißlos parteilich – so wie in der Verteidigung der DDR und der Traditionen der Arbeiterbewegung. Der Kampf für den Frieden und gegen imperialistischen Krieg bleibt für uns die wichtigste Aufgabe von Kommunisten, Sozialisten und allen anderen Linken.

**Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger,
Wolfgang Dockhorn, Gabriele Parakeninks**

Anmaßende Bonner Politik auch gegenüber dem DDR-Sport

Am 14. März 1961, verurteilte der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs den Deutschen Turn- und Sportbund der DDR zur „verfassungsfeindlichen“ Organisation.“

Ein solches Urteil gegen eine Sportorganisation war weltweit einmalig. Es hatte zur juristischen Folge, daß jedes DTSB-Mitglied (DDR) in der Bundesrepublik strafrechtlich verfolgt werden konnte. Das Gericht hatte damals exakt präzisiert, was als „verfassungsfeindlich“ bewertet würde: „... alle politischen Aktivitäten, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet waren und darauf abzielten, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.“ In dem ersten BGH-Urteil von 1961 hieß es wörtlich: „Das Vereinbaren von Wettkämpfen zwischen Sportlern der BRD und der Sowjetzone ist für sich allein weder verboten noch strafbar. Wenn dadurch aber die staats- und verfassungsfeindlichen Bestrebungen der SED gefördert werden sollen, besteht kein rechtlich bedeutsamer Unterschied gegenüber anderen Methoden kommunistischer Wühlarbeit.“

Sportler, denen von der Justiz vorgeworfen worden war, gegen diese Gesetzespassage verstoßen zu haben, wurden verurteilt, verbrachten sogar Monate in Gefängnissen. Ein Prozeß aus dem Jahr 1966 war damals gegen einen Arnold B. (Name dem Autor bekannt) und zwei Mitangeklagte (Namen ebenfalls bekannt) geführt worden. Jener B. war damals 36 Jahre alt, von Beruf Rundfunkmechaniker, seit 1958 selbständiger Hersteller von Laborgeräten.

Er reiste auch oft zu Sportfreunden in die DDR und entschloß sich eines Tages, eine kleine Zeitschrift „Sport-Tribüne“ für Freunde herauszugeben, die in dieser Hinsicht so dachten wie er. Wegen dieser Publikation wurden er und Winfried L. aus Hilden und Helmut K., ein Geschäftsmann aus Düsseldorf, wegen „Verletzung der Verfassung“ angeklagt.

Die zuständige Staatsanwaltschaft erstellte eine 116-Seiten-Anklageschrift, die den Angeklagten „Staatsgefährdung“ vorwarf. ... Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll:

VORSITZENDER: „Sie haben am III. Deutschen Turn- und Sportfest in Leipzig teilgenommen?“

B.: „Ja.“

VORSITZENDER: „Wie kamen Sie dorthin?“

B.: „Ich habe mich ordnungsgemäß beim Pressebüro angemeldet, als Vertreter der ‚Sport-Tribüne‘. VORSITZENDER: „Sie haben Fräulein Wiegand (eine damals bekannte westdeutsche Rekordschwimmerin) mitgenommen, obwohl doch der Sportverkehr abgebrochen war, wegen der Mauer.“

B.: „Also aus politischen Gründen!“

VORSITZENDER: „Das sagen Sie. Ich sage, wegen der Mauer.“

B.: „Inzwischen ist ja das Sportverbot, wenigstens formal, aufgehoben, wie es die ‚Sport-Tribüne‘ damals forderte. Obwohl die Grenze weiter existiert.“

VORSITZENDER: „Ich bin da anderer Meinung. Der Sport wurde dort für politische Zwecke mißbraucht. Man hatte unser Vaterland gespalten. Haben Sie denn diese Zustände nicht berührt?“ B.: „Wir Sportler haben das deutsche Land nicht gespalten. Das war eine Folge der Politik zwischen 1933 und 1945, des unseligen Krieges und der Nachkriegspolitik bei uns.“

VORSITZENDER: „Trotz der dortigen Verhältnisse?“

B.: „Herr Vorsitzender, waren Sie denn überhaupt schon einmal dort? Ich fahre jedes Jahr in die DDR, spreche mit den Menschen und habe sie kennengelernt.“

STAATSANWALT: „Auf dieses Thema werde ich noch zurückkommen!“

VORSITZENDER: „Es geht hier um die Frage, ob Sie Kontaktperson der Zone sind (...) und Ihre Absicht mit dem Deckmantel des Sports umgeben haben. Was haben Sie beispielsweise in Oberhof gemacht?“

B.: „Ich bin Ski gelaufen. Ich habe zu Hause noch das Abzeichen für die Teilnahme an einem 5-km-Lauf. Außerdem habe ich dort Tischtennis gespielt.“

VORSITZENDER: „Haben Sie politische Gespräche geführt?“

B.: „Ich habe an Gesprächen teilgenommen, die den Beziehungen zwischen den deutschen Sportlern dienen.“

VORSITZENDER: B. habe die Forderung nach dem Bau einer Sporthalle in Düsseldorf unterstützt. Das war ein durchaus erstrebenswertes Ziel. Aber die Methoden waren anfechtbar!

VORSITZENDER: zitierte ein Flugblatt Bitters, in dem dieser darauf verwiesen hatte, daß die Mittel für die Halle mühelos dem Rüstungsetat entnommen werden könnten.

B.: „Der Rüstungsetat ist riesengroß. Jeden Tag fallen zwei Düsenjäger vom Himmel. Einer kostet Millionen. Nur ein Bruchteil davon würde für eine Sporthalle genügen.“

VORSITZENDER: „Das ist die Terminologie des Ostens. Das scheint Ihr Lieblingsthema zu sein.“ B.: „Ist die atomare Aufrüstung nicht Wahnsinn? Ist es nicht richtig, gegen den Krieg zu schreiben, für das Leben, als ein Mann, der an Seelenbinder denkt, der von den Faschisten ermordet wurde? Habe ich nicht recht, Herr Vorsitzender?“

VORSITZENDER: „Sie sind hier nicht Richter, sondern Angeklagter. Hier ist kein

Schauplatz, um Reden zu halten. Mir sind Leute lieber, die nicht Worte von Frieden und Völkerverständigung im Munde führen, sondern handeln.“

B.: „Gehandelt für den Frieden – das habe ich gestern getan und das tue ich heute. Dafür habe ich 1963 vier Monate im Gefängnis gesessen. Deshalb stehe ich hier vor Gericht.“

ANKLÄGER: „Ich fordere die Beschlagnahme der Kartei, die Durchsuchung des Angeklagten, seiner Wohnung und seines Betriebes und der ihm gehörenden Sachen. Außerdem fordere ich Haftbefehl wegen Verdachts auf Verdunklungsgefahr.“

VORSITZENDER: „Angeklagter, Sie sind festgenommen, Sie dürfen bis zur Beschließung des Gerichts den Raum nicht verlassen und nicht mit den Mitangeklagten sprechen.“

Der Verteidiger protestierte. Schon formal bestünde kein Haftgrund.

Doch trotz aller einleuchtenden Gegenargumente verkündete das Gericht einen Beschluß, der noch über den Antrag des Staatsanwalts hinausgeht: „Es wird angeordnet: Die Beschlagnahme der Kartei, die Durchsuchung der Wohnung, der Person und der ihr gehörenden Sachen. Es ergeht Haftbefehl. Der Angeklagte ist in Untersuchungshaft zu überstellen. Er ist dringend der verfassungsfeindlichen Tätigkeit in Tateinheit mit Verstoß gegen das KPD-Verbot verdächtig ...“

Das Urteil der IV. Großen Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf lautete:

ARNOLD B.: neun Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft zuzüglich 1000 Mark Geldstrafe;

WINFRIED L.: vier Monate Gefängnis zuzüglich 250 Mark Geldstrafe;

HELMUT K.: vier Monate Gefängnis zuzüglich 500 Mark Geldstrafe.

Die Strafen wurden den drei Angeklagten zur Bewährung ausgesetzt. Die Bewährungszeit wurde auf fünf Jahre festgelegt. Das Gericht bestätigte, daß es sich beim DTSB um eine verfassungsfeindliche Organisation handele.“ Damit konnte von nun an jede Aktivität des DTSB willkürlich als „Staatsgefährdung“ ausgelegt werden.

Johann Weber
Niederbayern

Entnommen aus Heft Nr. 41, Beiträge zur Sportgeschichte, ALS SPORT NOCH STRAFBAR WAR, Sport und Gesellschaft e.V., DER PROZESS DER GAR KEINER WAR ... Von FRANK CRONAU

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 7. Oktober, um 16.30 Uhr spricht der Militärgeschichtler und Buchautor Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Der Ukraine-Krieg! Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO – die andere Sicht**
Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Mittwoch, dem 8. Oktober, um 16 Uhr:
Besuch der Archivpräsentation „Kalter Krieg vor Ort, Uran für die Sowjetmacht“
Ort: Chemnitz, Elsasser Straße 8, 09120 Chemnitz

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 9. Oktober, um 16 Uhr spricht der Vorsitzende der GRH, Rechtsanwalt Hans Bauer, zum Thema: **Meinungsfreiheit in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich Engelsstraße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, dem 11. Oktober, um 14 Uhr spricht Dr. Ing. Wolfgang Beck zu **alternativen Wirtschaftsmodellen** und stellt sein Buch **„Manifest für die Bedarfswirtschaft“** vor.
Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 18. Oktober, um 10 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zu seinem neuen Buch **„Chinas Gegenentwurf“ (Wirtschaft, Armutsüberwindung, Seidenstraße, BRICS, Uiguren...)**
Ort: Mehrgenerationenhaus In Via, Danziger Straße 45 D (Straßenbahnhaltestelle Rügener Straße), 18107 Rostock

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 18. Oktober, 15 Uhr
Gemeinsame Veranstaltung der Regionalgruppe mit dem Kommunalpolitischen Forum e.V. Land Brandenburg: **Vortrag und Diskussion zu neuen strategischen Überlegungen für die Sicherheits- und Geopolitik Rußlands.** Es sprechen Dr. Siegfried Fischer und Kai Kleinwächter –WeltTrends e.V.
Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 21. Oktober, um 18 Uhr spricht Prof. Dr. sc. Nina Hager (Physikerin, Philosophin, Journalistin) zum Thema: **Der Weltraum als Gebiet der Kriegsführung. Raumfahrt und Militär – Geschichte und Gegenwart**
Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 21. Oktober, um 15 Uhr, spricht Dr. Monika Lücke (Historikerin) zum Thema: **Reformation und Bauernkrieg in der Stadt Stolberg**
Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Treptow-Köpenick

Am Mittwoch, dem 22. Oktober, um 17 Uhr:
Diskussionsveranstaltung zur Deutsch-Russischen Freundschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen – **Ist Rußland wieder Feind der Deutschen?**
Referent: Lothar Schlüter, Geschäftsführer der Deutsch-Russischen Gesellschaft
Ort: Wahlkreisbüro der Partei Die Linke, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 22. Oktober, um 18 Uhr spricht Johann Wurz (RG Leipzig) zum Thema: **Die Lehren der Pariser Kommune**
Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 23. Oktober, um 15 Uhr spricht Niels-Olaf Lüders, Fraktionsvorsitzender des BSW im Landtag Brandenburg, zum Thema **Analyse der bisher geleisteten Arbeit – Prognose der bevorstehenden Aufgaben**
Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 24. Oktober, um 14 Uhr:
Gedankenaustausch zur Bilanz der neuen Bundesregierung, mit Impulsbeiträgen zur aktuellen Lage und zur Bildung des BSW-Kreisverbandes
Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 24. Oktober, um 15 Uhr, spricht Kai Kleinwächter (WeltTrends e.V.) zur **Außenpolitik Rußlands.**
Ort: Klub der Volkssolidarität „Oderblick“, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, um 10 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**
Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 25. Oktober, um 10 Uhr spricht Gretl Danner (KAZ) zum Thema: **Ein halbes Jahr Merz-Regierung – wie ist die Bilanz?**
Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 28. Oktober, um 18 Uhr
500 Jahre Deutscher Bauernkrieg - „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“.
Ist das heute noch von Bedeutung ?
Gespräch zwischen apl. Prof. Jürgen Angelow (Historiker) und Burkhardt Otto (Historiker)
Ort: BIWA e. V., Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Güstrow

Am Am Donnerstag, dem 30. Oktober, um 16 Uhr spricht Uwe Trostel, (1992 bis 2004 Berater in Rußland und der Ukraine), zum Thema: **Die russische Gefahr – Realität oder Mythos?**
Ort: Haus der Generationen der Volkssolidarität, Weinbergstraße 28, 18273 Güstrow

Veranstaltungen November 2025

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 1. November, um 10 Uhr stellt Dr. Hartmut König sein neues Buch **„Stalin, Dulles und der Galgen in Prag“** sowie seine jüngste CD **„Warum ich nun mal Ossi bin“** vor.
Ort: Café CLARA, Innere Schneeberger Straße 17, 08056 Zwickau

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

Zum 97. Geburtstag

Ursula Söder (Panketal) am 15. Oktober

Zum 96. Geburtstag

Gerhard Miska (Chemnitz) am 11. Oktober

Zum 94. Geburtstag

Charlotte Gehrmann (Frankfurt/Oder) am 31. Oktober

Zum 93. Geburtstag

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Brunhilde Bauer (Berlin) am 30. Oktober

Zum 92. Geburtstag

Willi Vinzing (Malchin) am 14. Oktober

Zum 91. Geburtstag

Gerhard Hentze (Berlin) am 31. Oktober

Zum 90. Geburtstag

Horst Rohne (Zörbig) am 21. Oktober

Zum 85. Geburtstag

Günter Mensch (Leipzig) am 29. Oktober

Zum 80. Geburtstag

Wilfried Handwerk (Hönow) am 16. Oktober

Zum 75. Geburtstag

Klaus Schiller (Harsleben) am 17. Oktober

Zum 70. Geburtstag

Ulrich Stelmaszewski (Malchin) am 22. Oktober
Eckhard Laurich (Chorin) am 23. Oktober
Uwe Borg (Rostock) am 28. Oktober
Gerd Borgwardt (Neubrandenburg) am 31. Oktober

Zum 65. Geburtstag

Carsten Hanke (Rostock) am 11. Oktober

Zum 60. Geburtstag

Thomas Rulf (Bad Belzig) am 13. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Rußland bleibt wachsam

Halten Bundeskanzler Merz und weitere führende Politiker von EU und NATO Rußland wirklich für so dumm, daß es darauf hereinfalle, die NATO wolle nach einer Waffenruhe in der Ukraine dort eine Truppenpräsenz von 26 Staaten zur Friedenssicherung oder Ausbildungszwecken bilden? Näher an seine Grenze könnte Rußland die NATO-Streitkräfte nicht lassen. Rußland hat nicht vergessen, daß Deutschland den 1. und 2. Weltkrieg mit 85 Millionen russischen bzw. sowjetischen Opfern begann. Für den 2. Weltkrieg gab es sogar einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Im April 2022 lag der Entwurf eines Friedensvertrages zwischen Rußland und der Ukraine vor. Den Abschluß verhinderte die NATO über den damaligen englischen Premier. Drohgebärden, Hetze und Sanktionen gegen Rußland haben Hochkonjunktur. Bundeskanzler Merz bezeichnet Putin als den „vielleicht schwersten Kriegsverbrecher.“ Neben der Teilhabe Deutschlands an US-Atomwaffen spielen führende Politiker mit dem Gedanken, Deutschland atomar zu bewaffnen. Das, obwohl Deutschland, mit dem 2+4-Vertrag, darauf verzichtete. Die EU beschloß wieder ein Sanktionspaket gegen Rußland, das bisher Umfassendste. Deutschland würde am meisten von der Abschaffung der Sanktionen profitieren. Die Sanktionen kosten die deutsche Wirtschaft jährlich 5,45 Milliarden € an BP-Wachstum.

Wilfried Schubert, Güstrow

Deutschland im Kriegswahn

In der Leserbriefecke der „Ostseezeitung“ mokierte sich jemand darüber, daß die Sowjetunion in der DDR bis 1990 eine Besatzungsmacht war. Vergessen, daß die BRD drei Besatzungsmächte hatte und die USA auch über viele weitere Jahre (möglich bis 2095) Besatzungsmacht in Deutschland sind und bleiben? Vergessen, daß die USA von Deutschland aus Kriege gegen Nahost, den Osten und weitere Länder führen? Vergessen, daß sich Deutschland mit den gegen Rußland verhängten Sanktionen ins eigene Knie schießt? Vergessen, daß wir aus

Rußland sehr preiswert Öl und Erdgas bekommen haben und das LNG der USA sehr teuer bezahlen müssen?

Im besagten Leserbrief äußerte sich der Autor auch verächtlich darüber, daß sich die Herren Stegner und Platzbeck (beide SPD) um Kontakte zu Rußland bemühen und Putin darüber sicher nur lachen würde. Ich denke, Putin weiß sehr genau, über welche deutschen Politiker er lachen muß und wessen Kontaktbemühungen er zu würdigen weiß. Rußland ist nicht Feind Deutschlands, des Westens und der NATO, es wird von denen zum Feind gemacht, damit man der eigenen Bevölkerung den Rüstungswahn und die „notwendige Kriegsfähigkeit des Landes“ erklären und entsprechend verkaufen kann. „Verteidigungsminister“ Pistorius spricht demzufolge auch nicht von der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, sondern von Kriegsfähigkeit, gar Kriegstüchtigkeit. Im Klartext: Deutschland plant Krieg. Gegen wen? Natürlich gegen Rußland, das spätestens 2029 den Westen samt NATO angreifen will, erklärt der Minister. Wo, wann und wem gegenüber Putin das kundgetan hat, kann der Minister nicht sagen. Hätte nicht Boris Johnson im Auftrag der USA 2022 Selenskyj in Kiew verboten, den von beiden Seiten (Ukraine-Rußland) vorbereiteten und gebilligten Vertrag zu unterschreiben, wäre der Ukraine-Spuk im März 2022 beendet gewesen. Aber USA und NATO geht es darum, Rußland eine Niederlage zuzufügen und zu kolonialisieren. Dafür wird alles getan, um diesen Konflikt zu eskalieren. Einen Eindruck davon haben meine Frau und ich bekommen, als wir mit unserer Enkelin im August den Vogelpark Marlow besuchten. Unzählige Urlauber, Touristen, Erholung Suchende um uns herum. Am Vormittag bis zum Mittag donnerten Kampfsjets der Luftwaffe, teilweise im Tiefflug, über die Gegend, so daß nicht nur die Menschen heftig erschrecken, sondern auch den Tieren Angst eingejagt wurde. Wir haben das sehr wohl bemerkt. Wenn der Westen bereit wäre, Rußlands Interessen zu berücksichtigen und anzuerkennen, könnte ein von beiden Seiten akzeptiertes Sicherheitskonzept für Europa entstehen und die Piloten müßten keinen Krieg in der Luft proben.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Kriegsdienst – Frauen überreden!

Was meinte Pistorius hinsichtlich von Wehrdienst, als er sagte „... müssen wir auch über Frauen reden ...“ Oder meint er: Wir müssen auch Frauen überreden, den Wehrdienst als ihre Pflicht zu begreifen? Wie wäre es, die vielen europäischen Partner, Männer wie Frauen, zum Frieden zu überreden, sozusagen „friedenslüstern“ zu werden und zu bleiben, Genosse „Sozialdemokrat“ Pistorius? Aber die Rüstungsindustrie haßt das Wort Frieden, es drückt die Aktienwerte und Gewinne nach unten. Und Leute wie Pistorius wissen dann nicht weiter! Denn sie werden dann bestimmte

„Freunde“ verlieren, weil sie ihre Aufgabe nicht erfüllt haben. Und diese lautet, die „freie Marktwirtschaft“ zu sichern und sie als „sozial“ zu verkaufen. Die Maximalprofite sind zu garantieren und die „soziale Hängematte“ ist abzuschaffen, Angst und Gefahr ist zu predigen und alles, was Rüstung ankurbelt, ist am Köcheln zu halten. Es war ab den ersten Tagen seines Amtsantritts als Kriegsminister überdeutlich, von welchem Schlage Pistorius ist. Im Glanz von Panzerstahl, unter dem Himmel voller Drohnenschwärme erstrahlt Deutschlands kriegslüsterner Scharfmacher, gern umgeben von findigen Generalen und Soldaten, und will uns alle doppelzüngig weiter in das nächste Desaster führen. Keine noch so starke Erinnerung an die vielen vergeblich geführten Kriege in der Geschichte, zuletzt der in Afghanistan, wo die NATO vor aller Welt vorgeführt wurde, hält ihn zurück. Achtung: Nur ganz einfache Tatsachen zeigen, wo die Gefahr lauert. Es waren die Russen, die aus den besetzten Gebieten in ganz Osteuropa abgezogen sind, und es ist die NATO, die wider mehrfache Versprechungen bis an die Grenzen Rußlands entfaltet wurde. Und Krieg gegen den Donbass ging von Kiew aus, wurde nach dem westlich angeleiteten faschistisch eingefärbten „Maidan“-Putsch so eskaliert, daß die Menschen sich Rußland zu Hilfe wünschten. Aber dieses Mal will Pistorius es endlich schaffen, so die Botschaft, den bösen Russen zu besiegen, schon in wenigen Jahren. Was wir brauchen ist eine Gegenkraft, die diesem Wahnsinn ein Ende setzt.

Renato Lorenz, Berlin

Wir brauchen eine große vereinte Friedensbewegung

In der deutschen Jugend bewegt sich etwas. Offenbar ist die Ablehnung von Krieg und Wehrpflicht recht groß, wie offizielle Medien nicht umhin kommen einzugestehen. Die Mehrheit der Jugendlichen lehnt die Wehrpflicht ab. Laut der „Jugendtrendstudie 2025“ sind 81 Prozent derjenigen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden, nicht bereit, für die Nation zu sterben, erfahren wir. Sagt Nein! Nur mit der Konsequenz NEIN zu sagen, sich der Pflicht zum Töten zu entziehen, wo und wie es noch möglich ist, kann Wirkung erzielt werden. Das Deutschland unserer Tage ist voll und ganz im Modus der Kriegsvorbereitung, scheint nicht erst 2029, sondern jederzeit bereit zu sein, in den Krieg einzutreten. Pistorius und Co., die gar kein Hehl aus ihren militanten Absichten machen, geben sich optimistisch. Es kann nur die Kraft einer großen vereinten Friedensbewegung von der Jugend bis zu den Alten, von Gewerkschaftern und Lohnarbeitern, von denen in den Rüstungsschmieden, der Forscher und Entwickler von Kriegsgerät und aller friedliebenden Menschen sein, das noch zu verhindern, was die Kriegskräfte seit langem geplant

und in Vorbereitung haben. Die Bilanzen und Profite der Rüstungskonzerne schießen in die Höhe. Konzerne mit ziviler Produktion haben sich längst am Rüstungs- und Kriegsmarkt orientiert und umgestellt. Sie schreien geradezu nach Krieg, nach Verwertung ihrer tödlichen Kapitale, Menschenmaterial inbegriffen.

Halten wir es mit dem Dr. der Philosophie aus Trier: „Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten.“ (K. Marx, Ök.-phil. Manuskripte, 1844)

Roland Winkler

Verantwortung für wen?

Fakt ist, für die gegenwärtige Lage sind die NATO, die EU und in zunehmendem Maße Deutschland verantwortlich. Getroffene Hunde bellen, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Das könnte man auf Bundeskanzler Merz beziehen, der Putin als den gegenwärtig wohl „größten Kriegsverbrecher“ bezeichnet. Deshalb sei es Deutschlands Verantwortung, die Ukraine weiter zu unterstützen. Unterstützung in dieser Situation sollte allerdings vor allem in der Beendigung des Krieges bestehen und darin, die Sicherheitsinteressen Rußlands anzuerkennen. Das jedoch ist nicht die Absicht der deutschen Führungsspitze. Sie redet von Verantwortung gegenüber dem eigenen Volk und wählt den Kriegskurs. Wäre doch interessant zu schauen, wie Merz, Klingbeil, Spahn, Miersch und Pistorius angesichts des gewaltigen Rüstungsprogramms den Spagat hinbekommen wollen, die Wirtschaft zu sanieren und den „Sozialstaat“ zu erhalten. Auf einen konstruktiven Lösungsansatz werden insbesondere die Menschen im Osten Deutschlands besonders gespannt sein. Jedenfalls ist es in den letzten über 30 Jahren nicht gelungen, eine tragfähige Wirtschaft hier aufzubauen. Die neuen Bundesländer haben über ein Fünftel ihrer Einwohner verloren, und dieser Prozeß setzt sich fort, weil Arbeitsplätze fehlen und der Lohnunterschied immer noch bei 20 Prozent liegt. In Mecklenburg-Vorpommern soll es jetzt der Marineschiffbau richten. Abzusehen ist schon jetzt, daß nur ein Bruchteil der ehemals in den Werften Beschäftigten eine Chance auf Anstellung hat. Wir brauchen also Politiker, die nicht nur an die nächsten Wahlen und an ihr Aussehen denken. Aus all dem kann es nur eine Schlußfolgerung geben: den Krieg schnellstens zu beenden, die Kriegsdrohung gegenüber Rußland unverzüglich einzustellen und gute Beziehungen zu Rußland, China und den anderen BRICS-Staaten herzustellen.

Ralf Kaestner, Bützow

Medienmanipulation kennt keine Grenzen

Ich habe lange überlegt, ob ich mich an die Nachrichtenmacher dieses Landes wende oder es lieber bleiben lasse. Aber die Tonlage ihrer Berichterstattung über die Treffen in Alaska und New York im September drängten mich dazu. Ich schrieb: „Seit Jahren vermerke ich, daß Ihre Nachrichtensendungen immer einseitiger und manipulativer werden. Putin ist von Ihnen zur Inkarnation des Bösen erkoren worden. Dabei gibt es nicht nur diesen einen Konflikt, der gegenwärtig die Welt in Atem hält. Schauen wir nur nach Gaza. Da ist Netanjahu für Sie kein mit internationalem Haftbefehl gesuchter Kriegsverbrecher, der aktuell einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen führt, der sich gerade anschickt, eine Million Menschen aus Gaza-Stadt zu vertreiben, der Nachbarstaaten willkürlich mit Bombardements überzieht, der ihm nicht genehme Menschen gezielt ermorden läßt und dabei den Tod unschuldiger Zivilisten ungerührt in Kauf nimmt, der durch eine aggressive Siedlungspolitik fremdes Land raubt. Das ist für mich Ausdruck von Doppelmoral, Doppelzüngigkeit, Heuchelei und Desinformation.“

Und kommen Sie mir jetzt bitte nicht mit der Staatsräson, resultierend aus der Schuld der deutschen Verbrechen an den Juden. Ich spreche nicht von Israel, sondern von den Taten der aktuellen Regierung. Und wenn wir einmal dabei sind, vielleicht sollten wir in unserem Land auch einmal über eine neue Staatsräson nachdenken, resultierend aus der Schuld der deutschen Verbrechen an den Völkern der Sowjetunion. Für mich sind schon Gedankenspiele über den Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine unerträglich und geschichtsverachtend.“

Ralph Wolter, Gersdorf

Iran, Jemen, Katar

Im Stile eines sekundären Weltgendarms setzt das israelische Kriegskabinett seine scheinbar politischen Interessen gegen andere Staaten durch.

Es hat dabei Rückhalt durch das „trumpfonierte“ Land USA und durch die Mitgliedsstaaten der EU.

Jede Kritik an diesem Vorgehen, an den Verbrechen gegenüber den Bewohnern in Gaza, wird unter den Verdacht des Antisemitismus gestellt und in der BRD geahndet. So wird weiter unsäglicher Terror mit Staatsterror bekämpft.

Wer schadet dem Ansehen des Judentums, seinem 5. Gebot: „du sollst nicht morden“ mehr als Netanjahu?

Wer ist mehr Antisemit als Netanjahu?

Ronald Wandel, Chemnitz

Die PDL und der Sozialismus

Die Fraktionsvorsitzende der PDL im Bundestag, Frau Heidi Reichinnek, erklärte in einem Interview mit dem „Stern“: „Das in der DDR war kein Sozialismus. Also nicht so, wie ihn sich meine Partei vorstellt.“ Weiter führte sie aus, man plane nicht „das politische System umzustürzen“ und „die Demokratie abzuschaffen“, man wolle nur das Wirtschaftssystem ändern.

Mit ihren Aussagen belegt sie, daß die PDL zwar mit ihrem Namen suggerieren will LINKS zu sein, aber in Wirklichkeit eine opportunistische Partei ist, eine bürgerliche ideologische Strömung in der Arbeiterbewegung, die versucht, der Arbeiterklasse das kapitalistische System schmackhaft zu machen. Frau Reichinnek hat unsere Klassiker entweder gar nicht gelesen oder nicht verstanden. Sonst wüßte sie: Marx, Engels & Lenin hatten erkannt, daß zwischen dem Kapitalismus und Kommunismus eine „Übergangsperiode“, der Sozialismus, liegen muß. Lenin charakterisierte das so: „I. ‚lange Geburtswehen‘; II. ‚erste Phase der kommunistischen Gesellschaft‘; III. ‚höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft‘“. (Lenin, Marxismus und Staat, Berlin 1960, S. 47) Man kann auch sagen I. Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, II. Aufbau der Grundlagen des Soz., und III. Gestaltung der entwickelten soz. Gesellschaft, die dann schließlich zum Kommunismus führt.

Die wichtigste Erkenntnis Lenins war, daß die Wirtschaft ohne Warenproduktion, ohne Geld und ohne marktwirtschaftliche Kräfte nicht aufgebaut werden kann. Damit brach er mit der Vorstellung, daß die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft mit der Abschaffung der Warenproduktion verbunden sei.

Die DDR hatte zwar die Grundlagen des Sozialismus geschaffen, befand sich aber erst im Anfangsstadium des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Und natürlich wurden von unserer Parteispitze die Erkenntnisse der Klassiker oftmals nicht beachtet, es wurden viele Fehler gemacht, aber eine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, grundlegendes Merkmal des Kapitalismus, gab es nicht.

Ökonomisch gesehen handelt es sich beim Sozialismus um eine Kombination des kapitalistischen Wertprinzips einerseits mit dem sozialistischen Planprinzip andererseits. In seiner optimalen Kombination ergibt das den „Staatskapitalismus der außergewöhnlichen Art“ (Lenin), wie er sich sowohl während der NÖP-Periode in der Sowjetunion als auch in der VR China seit der Einführung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ voll bewährt hat und wie ihn Ulbricht mit dem Neuen Ökonomischen System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft (NÖP) gestalten wollte.

Damit sollten sich Frau Reichinnek und ihre Partei einmal beschäftigen.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Friedensstaat
Die Staatsdoktrin der DDR lautet: «Wir werden keinen Krieg ausführen». Reden von Egon Krenz auf der Veranstaltung »75 Jahre DDR, Was bleibt?«

SEITE 3

Solidarität! Jetzt: 3.000 Abos für die Pressefreiheit! Siehe Seite 9

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 1. OKTOBER 2024, NR. 399 · 2,30 EURO (DE), 2,60 EURO (AT), 3,00 CHF (CH) · IPVET ANSOZ · ENTGELT BEZAHLT · WWW.JUNGEWELT.DE



»Die DDR hat niemals Krieg geführt«

Kein Märchen: Vor 75 Jahren gegründet, bestand östlich der Elbe 40 Jahre lang ein deutscher Friedensstaat, der sich an einer anderen Gesellschaftsordnung versucht hat. Das soll in Abrede gestellt werden.
Von Daniel Bratanovik

Es war eine wohl vergessene Botschaft. Als Egon Krenz am Sonntag im Berliner Kino Babylon zur Frage »75 Jahre DDR. Was bleibt?« referierte (wie Anhang unten) hielt er sich auf Seite drei, über die Arbeiter- und Bauernrat aufklärerische zu informieren. Was er aber von Wissenschaftlern, Politikern und Medienfachleuten der Bundesrepublik erwarnt, das sei sein objektives und geschichtlich gesichertes Urteil über die DDR. „Sein Plädoyer dürfte bei den Angehörigen ungehört verhallen, auch wenn oder gerade weil die neuen Medien der Kommunisten gewachsen haben sollten.“

Daniel Friedlich Stamm, Leiter des Hauptredaktions des Berliner Tagespost, wählte sich jenseits in einer »Märchenstunde mit Egon Krenz« und wollte vom ehemaligen SED-Generalsekretär und Staatsratsvorsitzenden der DDR ein Lob auf Stalin gehört haben. Letztlich wie Stalin schämen despektensiert an dem, was seine eigene Zeitung immerhin zum Mitleid erheben hat: Die Ursachen der Dinge erkennen.

Was waren die Gründe dafür, dass die Deutsche Demokratische Republik vor nun genau 75 Jahren in die Weltgeschichte eintrat? Was waren die Leistungen und auch Verfehlungen des aufstrebend sozialistisch-demokratischen, später sozialistischen Staates? Aus der Erinnerung hunderttausender Bürger tieflich der Erde sollte sich erlösen lassen, was aber immer noch nicht Teil des öffentlichen Gedächtnisses sein darf. Der einseitigen geschichtlichen Versuch, eine andere Eigenmannschaft zu erheben, eine andere Produktionsweise jenseits von Profit und Anreicherung, soll in der kapitalistischen Diktatur der Verdammen schwebelassen.

Und noch etwas nicht ganz zur Politik des übergelebten deutschen Staates: »Die DDR hat niemals Krieg geführt. Sie war der deutsche Friedensstaat, wie Krenz in seiner Rede unterstrich. Angesichts einer seit 1945 nicht erlösten Alltags- und Kriegshölle in diesem Land kann es nicht schaden, an diese unersättliche Tatsache zu erinnern.«

Vor dem Verlust
5 Die deutsche Automobilwirtschaft bangt wegen der EU-Schutzzölle um ihr China-Geschäft

Vor dem Schlag
7 Man erwartet baldige israelische Angriffe auf seine Energiewirtschaft und Atomanlagen

Vor dem Gesetz
12 Franz Kafkas Arbeit bei einer Arbeiter-Unfall-Versicherung prägte seine Literatur der Erzählung

www.jungewelt.de
www.kommunisten.at
www.kommunisten.at
www.kommunisten.at
www.kommunisten.at

10041

Titel der „jungen Welt“ zum 75. Jahrestag der DDR 2024

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH
Herstellung: Evertz Berlin Papier GmbH

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für das November-Heft ist der 29.9.2025.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dresch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXC

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.